

SACHSEN

SPD

UNSER SACHSEN **FÜR MORGEN**

LANDESPARTEITAG

7. NOVEMBER 2015

LANDSKRON KULTURBRAUEREI GÖRLITZ

– ANTRAGSBUCH –

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
Leitanträge			
L01	Landesvorstand Unser Sachsen für morgen: Der Weg geht weiter.	Leitanträge Diskussion durch den Parteitag	10 - 21
L02	Landesvorstand Kommunale Basis stärken	Leitanträge Diskussion durch den Parteitag	22 - 24
Anträge Asyl und Integration			
AI01	Jusos Sachsen Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz	Asyl und Integration Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	25 - 26
AI02	SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen Asylrecht ist Menschenrecht!	Asyl und Integration Diskussion durch den Parteitag	27 - 28
AI03	SPD-Ortsverein Leipzig-Alt-West Offenheit statt Abschreckung – unsere Antworten auf die Flüchtlingssituation	Asyl und Integration Diskussion durch den Parteitag	29 - 33
AI04	Jusos Sachsen Unsere Verantwortung ist unser Boot – Asylverfahrensgesetz ändern!	Asyl und Integration Diskussion durch den Parteitag	34

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
AI05	Jusos Sachsen Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung	Asyl und Integration Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	35 – 37
AI06	Jusos Sachsen Winterabschiebestopp in Sachsen	Asyl und Integration Diskussion durch den Parteitag	38
Anträge Bildung			
B01	SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement.	Bildung Konsensliste	39 – 42
B02	SPD-Unterbezirk Dresden Schulbauförderung für kreisfreie Städte	Bildung Konsensliste	43 - 44
B03	SPD-Stadtverband Leipzig Die neue Wahlperiode auch für Sachsens Bibliotheken nutzen.	Bildung Konsensliste	45 - 47
B04	Jusos Sachsen Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten	Bildung Konsensliste	48 - 49
B05	Jusos Sachsen Gute studentische Arbeit an sächsischen Hochschulen	Bildung Konsensliste	50 - 52

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
B06	SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost/Ost Digitalisierung der Bildung mit- hilfe von Open Educational Re- sources voranbringen	Bildung Konsensliste	53 – 56
B07	AfB Sachsen Nachhaltigkeit lernen, lehren und leben: Verankerung des Konzep- tes „Bildung für nachhaltige Ent- wicklung“ als Leitidee bildungs- politischen Handelns	Bildung Konsensliste	57 - 60
B08	AfB Sachsen Mit neuem Schulgesetz Sachsens Schulen für die Zukunft rüsten	Bildung Diskussion durch den Parteitag	61 - 66
B09	Jusos Sachsen Novellierung des Schulgesetzes – Mitwirkungsrechte stärken	Bildung Diskussion durch den Parteitag	67 – 68
B10	SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost/Ost Ergänzung des §39 des SchulG des Freistaates Sachsen	Bildung Diskussion durch den Parteitag	69 - 70
B11	SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost/Ost Strukturierung des Unterrichts für Deutsch als Zweitsprache	Bildung Diskussion durch den Parteitag	71
B12	SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost/Ost Bessere Ausfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen	Bildung Diskussion durch den Parteitag	72

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
B13	SPD-Stadtvorstand Leipzig Forschungsgrundfinanzierung für Fachhochschulen	Bildung Diskussion durch den Parteitag	73
B14	Jusos Sachsen Das Semesterticket ist Aufgabe der Studienräte	Bildung Diskussion durch den Parteitag	74
Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr			
WA01	SPD-Ortsverein Freiberg Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund abschaffen	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste	75 - 76
WA02	Jusos Sachsen Vermögensteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste	77 – 78
WA03	Jusos Sachsen Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste	79 - 80
WA04	Jusos Sachsen Mautpflicht für Omnibusse einführen!	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste	81
WA05	Jusos Sachsen Europäische Kerosinsteuer einführen!	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste	82

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
WA06	AK Energie Sachsen Energieland Sachsen – Strukturwandel und Erneuerung	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	83 - 88
WA07	Jusos Sachsen Neue Technologien für neue Energiekonzepte systematisch fördern	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Diskussion durch den Parteitag, erledigt bei Annahme von WA06	89 - 90
WA08	SPD-Ortsverein Dresden-Nord und AK Energie Sachsen Klimaschutz als Staatsziel	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Diskussion durch den Parteitag	91
WA09	Jusos Sachsen 02.10.2015 Diskriminierung der Braunkohle stoppen!	Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Diskussion durch den Parteitag	92
Anträge Familie, Soziales und Gesundheit			
FSG01	Jusos Sachsen Anonymisierter Krankenschein für Sachsen	Familie, Soziales und Gesundheit Konsensliste	93 – 94
FSG02	SPD-Ortsverein Aue-Bad Schlema-Schneeberg Anhebung der Behindertenpauschbeträge	Familie, Soziales und Gesundheit Konsensliste	95 - 96

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
FSG03	SPD-Unterbezirk Meißen und SPD-Kreisverband Bautzen Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option	Familie, Soziales und Gesundheit Diskussion durch den Parteitag	97 - 99
Anträge Inneres, Recht und Sicherheit			
IRS01	SPD-Ortsverein Bischofswerda Entlastung der Gemeinden für Einsätze ihrer Feuerwehren auf der Autobahn	Inneres, Recht und Sicherheit Konsensliste	100 - 101
IRS02	Jusos Sachsen Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern	Inneres, Recht und Sicherheit Konsensliste	102 - 103
IRS03	Jusos Sachsen Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen	Inneres, Recht und Sicherheit Konsensliste	104 - 107
IRS04	Jusos Sachsen Nein heißt Nein! – Fehlendes Einverständnis als juristisches Merkmal für Vergewaltigung	Inneres, Recht und Sicherheit Konsensliste	108 - 110
IRS05	Jusos Sachsen Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen	Inneres, Recht und Sicherheit Diskussion durch den Parteitag	111 - 113

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
IRS06	Jusos Sachsen Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!	Inneres, Recht und Sicherheit Diskussion durch den Parteitag	114 - 116
IRS07	SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen Privatisierungsbremse für Sachsen	Inneres, Recht und Sicherheit Diskussion durch den Parteitag	117 - 118
IRS08	Jusos Sachsen Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz	Inneres, Recht und Sicherheit Diskussion durch den Parteitag	119 - 120
Anträge Umwelt und Verbraucherschutz			
UV01	SPD-Ortsverein Reichenbach u. U. Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen	Umwelt und Verbraucherschutz Konsensliste	121
UV02	Jusos Sachsen Mehr Anreize – weniger Antibiotika in der Tiermast!	Umwelt und Verbraucherschutz Konsensliste	122 - 123
UV03	Jusos Sachsen Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben	Umwelt und Verbraucherschutz Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	124 - 126
UV04	Jusos Sachsen Glyphosat aus dem Verkehr ziehen	Umwelt und Verbraucherschutz Diskussion durch den Parteitag	127 - 131

Antragsübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Seite
Anträge Parteileben			
PL01	Jusos Sachsen Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – für einen fairen Mitgliederentscheid	Parteileben Konsensliste	132 - 133
PL02	AG SelbstAktiv Sachsen Information zur Inanspruchnahme des „Fonds für behinderungsbedingten Mehraufwand“ in Einladungen der SPD Sachsen und ihrer Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften	Parteileben Diskussion durch den Parteitag	134
PL03	SPD-Unterbezirk Meißen Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen	Parteileben Diskussion durch den Parteitag	135 - 137
PL04	Jusos Sachsen Lebendige Partei – gerade in Regierungszeiten	Parteileben Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	138 - 140
PL05	SPD-Stadtverband Leipzig Landeslisten mit echtem Reißverschluss auf allen Ebenen	Parteileben Diskussion durch den Parteitag	141
PL06	SPD-Ortsverein Leipzig-Mitte Tag der Sozialdemokratie in Leipzig	Parteileben Diskussion durch den Parteitag	142
Antrag		Themenbereich	Seite

Antragsübersicht

Nr.	Antragsteller Thema	Votum der Antragskommission	
PL07	SPD-Stadtverband Leipzig Teilhabe von Menschen mit Be- hinderung an Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	Parteilieben erledigt durch Be- schlusslage von 2013	143 - 144

Leitanträge

Antrag L01

Votum der Antragskommission: Diskussion durch Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Landesvorstand Sachsen

Thema: Unser Sachsen für morgen: Der Weg geht weiter.

Mit einem klaren Bild für „**Unser Sachsen für morgen**“ sind wir sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Sommer 2014 in den Landtagswahlkampf gezogen. Wir haben in unserem Wahlprogramm konkrete Vorschläge gemacht: Wie wir in Sachsen ein lebenswertes Zuhause für alle Menschen schaffen können. Wie wir die Bildung in unseren Schulen und Hochschulen verbessern wollen. Wie wir eine gesunde Wirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen und soliden Finanzen in Einklang bringen. Wie sich unser Land nachhaltig entwickeln kann. Wie die sächsischen Behörden, Verwaltung und Polizei gestaltet werden sollen. Und auch, wie wir ein demokratisches Miteinander in Sachsen stärken können.

Viele unserer Vorschläge sind nach der Wahl in den **Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU** aufgenommen worden. Und deshalb haben die Mitglieder der sächsischen SPD mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag gestimmt. Heute, ein gutes Jahr später, wurden bereits viele Vereinbarungen umgesetzt. Sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung:

- Ab September 2015 wird der Betreuungsschlüssel in Kindergärten und Krippen erstmals seit 1992 schrittweise verbessert.
- Wir unterstützen die Kinder- und Jugendhilfe und haben eine Erhöhung der Jugendpauschale auf 12,40 Euro beschlossen.
- Für das Schuljahr 2015/2016 wurden über 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.
- Der Stellenabbau an Hochschulen wurde aufgehalten.
- Für eine starke demokratische Kultur haben wir die Mittel für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ um mehr als 1,3 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.
- Zum ersten Mal gibt es ein Programm, das Integration stärkt: Mit der Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ wird ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe und die Integrationsarbeit von sächsischen Kommunen mit mehreren Millionen Euro unterstützt.
- Mit den Personalkommissionen des Freistaats wird es endlich eine wirkliche Bedarfsplanung und damit einen Paradigmenwechsel bei der Personalpolitik geben.
- Wir schaffen mit den TarifpartnerInnen eine Fachkräfteallianz.

Leitanträge

- 43
- 44
- 45
- 46
- Wir investieren massiv in den Breitbandausbau – für eine flächendeckende Versorgung in Stadt und Land.
 - In der Kunst- und Kulturförderung steigt das Budget jährlich um knapp eine Million Euro.

47

48 **Sachsen ist ein Land mit Zukunft – heute mehr denn je:** Trotz politischer und wirtschaftlicher Krisen in der Welt zeigt sich die sächsische Wirtschaft robust. Die Industrie erreichte hierzulande seit dem Jahr 2000 das zweitstärkste Wachstum aller Bundesländer. Die Handwerksdichte ist außergewöhnlich hoch und liegt klar über dem deutschen Durchschnitt. Ein großer Teil des gesamten Exports der ostdeutschen Flächenländer stammt aus Sachsen. Die Einkommen steigen. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Einheimische Betriebe behaupten sich auf den Märkten, neue Unternehmen siedeln sich bei uns an. Der eingeführte Mindestlohn sorgt für mehr wirtschaftliche Sicherheit. Jungen Menschen stehen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. An den sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird Spitzenforschung betrieben. Familien finden verlässliche Betreuung für ihre Kinder. Kultur und Sport werden gefördert. Sachsen könnte eigentlich allen, die hier leben, eine gute Heimat sein.

59

60

61 Doch bei allen Erfolgen besteht in der Bevölkerung oft auch ein Gefühl von Unsicherheit. Nach den Umbrüchen nach der Wiedervereinigung mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und fehlender Wertschätzung geht es den meisten Menschen im Freistaat heute besser. Dennoch fühlen sich viele Sächsinnen und Sachsen von weltweiten Krisen direkt betroffen. Menschen fliehen vor Bürgerkriegen, politischer Verfolgung oder wirtschaftlichem Elend auch nach Deutschland, die extrem niedrigen Zinsen fressen bei gleichzeitig höherer Inflation die Ersparnisse für das Alter auf.

68

69 Zu viele Menschen in unserem Land fühlen sich nach wie vor unsicher, wenn sie an ihre Zukunft denken. Manche Menschen in unserem Land blicken mit Sorge auf das **Älterwerden**. Sie fragen sich, ob sie auch im Alter ihren Lebensstandard halten können – und ob sie gut versorgt werden, wenn sie krank werden oder zu schwach sind, um ihr Leben eigenständig meistern zu können. Vielen ist es trotz Leistung, guter Ausbildung, Stress und Sparsamkeit mit ihrem schmalen Geldbeutel schwer möglich, einen kleinen Wohlstand aufzubauen. Der erreichte Status erscheint unsicher, die aktuelle wirtschaftliche Stabilität brüchig. Besonders haben die Menschen das Gefühl, dass nicht ihre Leistung über ihren Arbeitsplatz entscheidet, sondern Umstrukturierungen globaler Unternehmen oder das Missmanagement in Führungsetagen.

79

80 Manche Menschen sorgen sich um die **Sicherheit** in unserem Land: Wird in meine Wohnung eingebrochen oder wird mein Auto gestohlen? Kommt die Polizei schnell, wenn man sie ruft? Manche Menschen sorgen sich auch um ihr **Lebensumfeld**: Bleibt unsere Umwelt intakt? Kann ich hier gesund leben? Wird unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar bleiben?

85

Leitanträge

86 Die Menschen haben verschiedene Wege, mit diesen Unsicherheiten umzugehen. Man-
87 che packen an, engagieren sich und nehmen die Dinge selbst in die Hand. Sie überneh-
88 men Verantwortung für sich und für andere Menschen in unserer Gesellschaft. Manche
89 verlassen Sachsen und suchen ihr Glück woanders. Manche resignieren, andere schimpf-
90 fen. Und eine Besorgnis erregende Zahl wendet sich in ihrer Wut sogar gegen andere.
91 Doch all diese Menschen erwarten, dass die politisch Handelnden ihre Unsicherheiten er-
92 kennen, ernst nehmen und verringern.

93

94 Diese Erwartung ist durchaus gerechtfertigt. Bestimmte Risiken kann eine einzelne Per-
95 son nicht absichern. An dieser Stelle ist der Staat gefragt. Allerdings können die Politik,
96 der Staat und die öffentlichen Institutionen nicht alle Unsicherheiten beseitigen. **Unsicher-**
97 **heit gehört zu einem freien Leben dazu. Zum guten Leben gehört aber auch Ver-**
98 **trauen.** Menschen müssen Vertrauen darin haben, dass ihre Lebensgrundlage in einer
99 Demokratie sicher ist. Dass sie auch in schweren Zeiten von einer solidarischen Gemein-
100 schaft aufgefangen werden. Dass sie sich frei entwickeln können – mit den gleichen
101 Rechten und Chancen. Vertrauen wächst oder sinkt mit den Erfahrungen, die Menschen
102 in ihrem Leben machen. Genau das ist das Anliegen der Sozialdemokratie: Wir wollen
103 Menschen zu einem freien Leben befähigen und ihnen Vertrauen geben – einerseits in
104 sich selbst und andererseits in ihre Umwelt, ihre Mitmenschen und in unsere Demokratie.

105

106

107 ***Wir stehen für gute Bildung und faire Chancen***

108

109 Der Anfang allen Vertrauens liegt in der Kindheit: Wenn Menschen etwas lernen und
110 wenn sie Fähigkeiten entwickeln, dann schöpfen sie daraus Selbstvertrauen. Und wenn
111 sie gleichzeitig einen starken Rückhalt in ihrer Familie erfahren, wenn sie merken, dass
112 immer jemand für sie da ist, dann schöpfen sie auch Vertrauen in ihr Umfeld.

113

114 Deshalb sind für uns **Familienförderung, Kinderbetreuung und gute Bildung** weiterhin
115 zentrale Anliegen. Wir haben die Betreuung in unseren Kindertagesstätten durch die Sen-
116 kung des Personalschlüssels verbessert. Nach über 20 Jahren ist es uns gelungen, die-
117 sen Schritt durchzusetzen. Wir sind uns aber bewusst, dass das nicht ausreicht. Wer bes-
118 sere Kitas will, muss auch die Arbeitsbelastung der Erzieherinnen und Erzieher im Blick
119 haben – und perspektivisch für Entlastung sorgen. Deshalb bleibt ein **Betreuungsschlüs-**
120 **sel von 1:4 in Krippen und 1:10 in Kindergärten** unser Ziel.

121

122 Der Betreuungsschlüssel ist allerdings nur ein Aspekt der Bildung unserer Jüngsten. Ent-
123 scheidend sind auch motiviertes Personal und gut qualifizierter ErzieherInnennachwuchs.
124 Die Kita von morgen wird eine andere sein. Deshalb müssen neue Entwicklungen bereits
125 in der Ausbildung thematisiert werden. In der **Kita der Zukunft** werden **multiprofessio-**
126 **nelle Teams** arbeiten, die für bestmögliche Startchancen unserer Jüngsten sorgen. Per-
127 spektivisch brauchen wir dort also nicht nur pädagogische Fachkräfte, sondern auch

Leitanträge

128 Fachkräfte, die sich etwa um Inklusion, Integration, Sprachausbildung oder soziale Be-
129 treuung kümmern – und zwar nicht anstelle von Erzieherinnen und Erziehern, sondern zu-
130 sätzlich zu ihnen.

131

132 Wir haben die Mittel für die Jugendpauschale erhöht, damit Familienberatung und präven-
133 tive Angebote ausgebaut werden können. Noch immer ist aber die Zahl derjenigen zu
134 hoch, die ihre begonnene Berufsausbildung abbrechen oder nicht erfolgreich abschließen.
135 Weil derzeit die Ansprechstellen, die Jugendliche bei der Berufswahl unterstützen, in un-
136 übersichtlicher Weise auf verschiedene Behörden der Kommunen, der Arbeitsagenturen
137 und anderer Einrichtungen verteilt sind, werden wir Jugendberufsagenturen schaffen, da-
138 mit junge Menschen aus einer Hand einen guten Start in ihr eigenständiges Leben erhal-
139 ten.

140

141 Wir wollen unser sächsisches Bildungssystem weiter verbessern. Gute und erreichbare
142 Schulen mit ausreichend Lehrpersonal sind notwendige Bedingungen für den Bildungser-
143 folg. Wir haben die Zahl der unbefristet einzustellenden Lehrerinnen und Lehrer an unse-
144 ren Schulen erhöht: Zum Schuljahresbeginn 2015 wurden über 1.100 neue Lehrkräfte ein-
145 gestellt, 1.000 Neueinstellungen werden jährlich folgen. Schon heute müssen wir über
146 ideelle Anreize bis hin zu höheren Gehältern dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attrakti-
147 ver wird, so dass geeignete junge Menschen in genügender Zahl auch Lehrerin oder Leh-
148 rer werden wollen. Zugleich müssen wir Sorge tragen, dass die Schulen im ländlichen
149 Raum von diesen Einstellungen profitieren.

150

151 Wir wollen in unserem Land eine ehrliche Debatte über unser Bildungssystem in Gang
152 setzen – über Lehrpläne und Lehrmethoden, über Bildungsstandards und Vergleichbar-
153 keit. Wir haben eine gute Bildung in Sachsen. Aber zu viele fallen noch durch das Raster
154 der sächsischen Bildungspolitik. Wir akzeptieren nicht, dass fast neun Prozent der Kinder
155 die Schule ohne einen Abschluss abbrechen und dadurch möglicherweise dauerhaft ab-
156 gehängt werden – das ist bundesweit einer der miserabelsten Werte.

157

158 Und auch wenn unser derzeitiger Koalitionspartner damit ein Problem hat: Den Rahmen
159 zu schaffen für ein längeres gemeinsames Lernen bleibt eines unserer zentralen politi-
160 schen Ziele. Denn so werden wir besser den entwicklungspsychologischen Besonderhei-
161 ten von aufwachsenden Kindern gerecht und vermeiden, dass unsere Gesellschaft schon
162 früh gespalten und einzelne SchülerInnen beschämt werden. Längst ist empirisch und
163 wissenschaftlich gesichert, dass Vielfalt eine gute Basis für nachhaltiges Lernen ist. Des-
164 halb wollen wir allen Schülerinnen und Schülern in einer Schule alle Abschlüsse bis hin
165 zum Abitur ermöglichen. Wir wollen niemandem durch frühe Selektion einen Abschluss
166 erschweren oder verwehren – aber auch niemanden auf einen Abschluss festlegen, den
167 er gar nicht will. Wir wollen den Blick stärker als bisher auf die individuelle Förderung je-
168 des einzelnen jungen Menschen richten.

169

Leitanträge

170 Dafür müssen wir mit der **Novellierung des Schulgesetzes** den Schulen endlich mehr
171 Verantwortung übertragen und damit deutlich mehr Raum für die Gestaltung der Bildungs-
172 prozesse vor Ort geben. Demografische Entwicklungen auf der einen Seite und die mit
173 der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention verbundene notwendige Differenzierung
174 der Lernprozesse auf der anderen Seite läuten die Ablösung der Einheitsschulen ver-
175 schiedener Schularten ein. Schulen müssen dazu nicht nur bedarfsgerecht und verlässlich
176 auf die nötigen personellen und sächlichen Ressourcen zugreifen können, sondern ge-
177 nau so auf Beratung und Unterstützung. Da eine gute Schule mit ihrem Personal steht o-
178 der fällt, müssen Schule und Schulträger auch Einfluss darauf erhalten, wer an der Schule
179 arbeitet, welche LehrerInnen, SozialpädagogInnen, TherapeutInnen etc. Ganztagschulen
180 oder -angebote und Schulsozialarbeit sollen verlässlich über ein Landesprogramm finan-
181 ziert und damit ausgebaut werden.

182

183 Zudem müssen Kinder mit einem Migrationshintergrund – die in den kommenden Jahren
184 verstärkt in unser Bildungssystem kommen werden – von Anfang an beste Integrations-
185 chancen erhalten. Das beginnt in den Kitas und muss sich in den Schulen fortsetzen. Bil-
186 dung ist der Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft.

187

188 Die Demokratie lebt davon, dass sich Menschen engagieren und beteiligen. Dazu bedarf
189 es Wissen und Informationen, wie unsere Demokratie funktioniert und es bedarf der Er-
190 mutigung, demokratische Gestaltungsspielräume zu nutzen. Ebenso muss der konstruk-
191 tive Dialog zwischen unterschiedlichen Meinungen und Werten erlernt werden. **Politische**
192 **Bildung** ist dafür ein Schlüssel. Dies beginnt in schulischen und außerschulischen Berei-
193 chen, wo über die Formen, wie Konflikte in unserer Gesellschaft ausgetragen werden, in-
194 formiert und unterrichtet werden muss. Schulen sind kein unpolitischer Raum, sondern
195 müssen sich den gesellschaftlichen Konflikten unserer Zeit öffnen und diese auch im Dis-
196 kurs begleiten. Für Bürgerinnen und Bürger bleibt dies eine lebenslange Aufgabe. Weiter-
197 bildung, auch politische Weiterbildung, muss deshalb allen möglich sein. Wir treten des-
198 halb weiterhin für ein **Weiterbildungsfreistellungsgesetz** ein, bei dem alle Arbeitnehme-
199 rinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende die Möglichkeit auf bezahlte Weiterbil-
200 dungsfreistellung haben. Wir sehen die aktuelle Notwendigkeit, dass die finanziellen Mittel
201 für politische Weiterbildung in Sachsen im kommenden Doppelhaushalt erhöht werden
202 müssen, damit die politische Bildung gestärkt wird.

203

204

Wir stärken Unternehmen und sichern Arbeitsplätze

205

206

207 Sachsens Wirtschaft geht es gut. Das Wachstum liegt über dem ostdeutschen Durch-
208 schnitt. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die sächsi-
209 sche Industrie ist stark und innovativ, die Handwerkslandschaft vielfältig. All die guten
210 Zahlen und Daten bedeuten aber nichts, wenn wir sie feierlich vor uns hertragen und uns
211 darauf ausruhen. Wir müssen sie vielmehr als gute Grundlage und Ansporn für künftige

Leitanträge

212 Herausforderungen nutzen. Denn Sachsens wichtige Aufbaujahre nach Friedlicher Revo-
213 lution und Vereinigung sind nun vorüber. Sachsen braucht jetzt den zweiten Schwung.
214 **Wir müssen jetzt die Herausforderungen für die Zukunft angehen – sonst fallen wir**
215 **zurück.**

216
217 Es gibt erheblichen Nachholbedarf gegenüber den alten Bundesländern. Löhne und Pro-
218 duktivität sind geringer, auch weil die Unternehmensstruktur vergleichsweise kleinteilig ist
219 und wir noch zu wenige international agierende Großunternehmen mit Sitz in Sachsen ha-
220 ben. Es wird in Sachsen noch zu wenig geforscht, entwickelt und schließlich zur Serien-
221 reife gebracht.

222 **Um bei der Produktivität aufzuholen, benötigen wir größere, innovativere Unterneh-**
223 **men.** Diese tragen deutlich mehr zum Beschäftigungswachstum bei, erzielen höhere Ren-
224 diten, forschen und exportieren mehr und haben eine höhere Produktivität. Zuletzt lagen
225 die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) mit 2,74 Prozent des Bruttoin-
226 landsproduktes knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Vor allem die Unternehmen inves-
227 tieren nicht genug in Forschung und Entwicklung. Wir wollen den F&E-Anteil weiter erhö-
228 hen, insbesondere durch Ansporn für private Investitionen. Wir haben in der Landesregie-
229 rung die Angebote für High-Tech-Gründer in der aktuellen Förderperiode weiter ausge-
230 baut und die Fokussierung auf zusätzliches Personal für F&E und Transferaufgaben ge-
231 stärkt. Mit der Innovationsplattform futureSAX bringen wir GründerInnen, UnternehmerIn-
232 nen, InvestorInnen und WissenschaftlerInnen zusammen.

233
234 **Wir müssen die Chancen der zunehmenden Digitalisierung nutzen.** Noch können wir
235 diese Potenziale nur erahnen. Wenn aber schon Debatten geführt werden, ob in Zukunft
236 Google oder Apple Autos bauen oder VW und BMW, dann müssen wir alles daran setzen,
237 den Innovationsstandort Sachsen auszubauen, um gute Arbeitsplätze hier zu erhalten.
238 Eine zentrale Voraussetzung ist der flächendeckende Ausbau eines Netzes für Hochge-
239 schwindigkeitsbreitband. Deshalb investieren wir bis 2018 über das Förderprogramm Digi-
240 tale Offensive Sachsen (DiOS) allein an Landesmitteln 200 Millionen Euro für den **Aus-**
241 **bau der Netzinfrastruktur.** Unser Ziel ist dabei, den Ausbau von Internetverbindungen
242 mit Datenraten von mindestens 50 Megabit/Sekunde in ganz Sachsen zu garantieren,
243 egal ob Stadt oder Land. Mit der „Digitalen Agenda“ werden wir in der Landesregierung
244 aber nicht nur den Breitbandausbau fördern, sondern auch die **digitalen Voraussetzungen**
245 **für eine moderne Wirtschaft** schaffen: Wir stärken die digitale Innovationskraft, wir
246 gewährleisten Informations- und Cybersicherheit, wir treiben die Digitalisierung der Ver-
247 waltung und öffentlicher Institutionen voran und wir schaffen die Kompetenz für Wirtschaft
248 4.0 und Arbeit 4.0. Um hier von Anfang vorne dabei zu sein, brauchen wir eine gute digi-
249 tale Infrastruktur und die besten Fachkräfte.

250
251 Arbeit in Sachsen sichern bedeutet auch, aktiv in Teilhabe zu investieren. Derzeit gibt es
252 eine paradoxe Situation: Auf der einen Seite gibt es im Freistaat noch immer zu viele
253 Menschen ohne Arbeit. Auf der anderen Seite fehlen zunehmend Fachkräfte. Doch ohne
254 Fachkräfte kein Wachstum. **Es ist daher klug, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, in**

Leitanträge

255 **die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit benachteiligter Menschen zu investieren:**
256 Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Zuwandernde, Ältere und Jugendliche in struktur-
257 schwachen Regionen ebenso wie Menschen mit persönlichen Problemen wie Sucht,
258 Schulden oder psychosozialen Erkrankungen. **Wir wollen nicht wie bislang so viele**
259 **Menschen in Sachsen zurücklassen.** Das sind wir in der Landesregierung angegangen.
260 Für Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, haben wir durch unsere
261 ESF-Programme bessere Möglichkeiten für Qualifizierungen geschaffen. Mittelfristig wol-
262 len wir, mit Unterstützung von Bundesprogrammen, einen sozialen Arbeitsmarkt einrich-
263 ten, der vor allem Menschen zu Gute kommt, die in der heutigen Hochleistungs-Arbeitsge-
264 sellschaft nur wenige Chancen haben.

265
266 Mit der Kampagne „**Gute Arbeit für Sachsen**“ holen wir die SozialpartnerInnen und Ex-
267 pertInnen an einen Tisch. Mit der Fachkräfteallianz, einer Arbeitsschutzallianz sowie ei-
268 nem neuen Sozialpartnerdialog gehen wir das Thema an. Wir werden den sächsischen
269 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Rücken stärken und sie dabei unterstützen,
270 tarifliche Strukturen und Vereinbarungen auszuweiten. Sachsen darf nicht mehr die rote
271 Laterne bei der Tarifbindung haben.

272 Nach dem Vorbild von Hamburg werden wir auch in Sachsen flächendeckend die erfolg-
273 reichen Jugendberufsagenturen einführen. So können junge Menschen bei der Berufs-
274 wahl aktiver betreut und begleitet werden. Über eine intensivere Berufsorientierung ab
275 Klasse 7 wollen wir die **Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche deut-**
276 **lich senken.**

277
278 Gute Arbeit ist für uns ein Kriterium, welches wir in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik des
279 Landes verankern wollen. Dazu gehört, dass wir ein modernes Vergabegesetz schaffen,
280 welches gute Arbeit, Tariftreue und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards
281 belohnt. Auch in der Wirtschaftsförderung werden wir Kriterien der guten Arbeit verankern.
282 Auf Bundesebene setzen wir uns für faire Regeln zur Regulierung von Leiharbeit und
283 Werkverträgen ein.

284
285 Der Mindestlohn, für den wir so lange gekämpft haben, ist ein Erfolg. Er hat den Arbeit-
286 nehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen höhere Lohnzuwächse als im Bundesschnitt
287 gebracht. **Wir lehnen Vorschläge ab, dass der Mindestlohn für Geflüchtete ausge-**
288 **setzt wird.** Eine Aufweichung enthält sozialen Sprengstoff. Wir wollen nicht, dass Be-
289 schäftigte gerade im Dienstleistungsbereich Angst haben müssen, von einem oder einer
290 Geflüchteten unterboten zu werden. Wir wollen Flüchtlingen helfen, dass sie möglichst
291 schnell Arbeit finden und auf eigenen Füßen stehen können: mit Sprachförderung, besse-
292 rer Vermittlung und LotsInnen vor Ort. Das ist nicht nur eine Frage des Anstands sondern
293 auch des Verstands. Wenn wir jetzt gemeinsam mit den Arbeitsagenturen, Kammern und
294 Unternehmen investieren, wird dies nicht nur zu einer besseren Teilhabe für Flüchtlinge
295 führen, sondern es werden auch viele Probleme in der Zukunft vermieden werden.

296
297

Leitanträge

298 **Wir schaffen Sicherheit für ein gutes Leben im Alter**

299

300 Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Heute können die sächsischen Arbeitnehmerinnen und
301 Arbeitnehmer selbstbewusster sein. Es ist gut, dass heute viele Auszubildende ihre Lehr-
302 stelle auswählen können. Es gibt aber auch viele Menschen, gerade aus sozial schwä-
303 cher gestellten Gesellschaftsschichten, in denen sich enorme Frustpotenziale angestaut
304 haben.

305

306 Niedrige Löhne und lange Arbeitslosigkeit sind die Hauptursachen für spätere Altersar-
307 mut. Die SPD hat die Grundsicherung im Alter eingeführt, damit auch Geringverdienende
308 einen auskömmlichen Lebensabend haben. Und wir setzen uns weiter für eine Solidar-
309 rente nach 35 Beitragsjahren ein. Auch damit wird man nicht reich und es wird auch trotz-
310 dem Menschen geben, die aufgrund ihrer Arbeitsvergangenheit in der Grundsicherung
311 landen – es ist aber gerecht, wenn man nach 35 Jahren Arbeit ein wenig mehr in der Ta-
312 sche hat als jemand, der nie gearbeitet hat. Darüber hinaus bedarf es eine grundlegende
313 Weiterentwicklung im Rentensystem, damit sich Veränderungen in der Arbeitswelt wider-
314 spiegeln.

315

316 Diese Themen sind nicht nur für Sachsen wichtig sondern für ganz Ostdeutschland. Pre-
317 käre Arbeit und arme RentnerInnen gibt es in ganz Deutschland, doch in Ostdeutschland
318 leben die Betroffenen in übergroßer Zahl. Als sächsische SPD müssen wir hier der Anwalt
319 der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in der Bundespolitik sein.

320

321

322 **Wir stehen für einen starken Staat**

323

324 Vertrauen brauchen auch der Staat und seine Institutionen. Vertrauen braucht unsere De-
325 mokratie, damit sie funktionieren kann. Und dieses Vertrauen will verdient werden. In den
326 letzten Jahrzehnten hat der Freistaat Sachsen mit seiner soliden Finanzpolitik Vertrauen
327 in die Handlungsfähigkeit unseres Landes erzeugt. Gleichzeitig wurde dieser Kurs jedoch
328 an einigen Stellen übertrieben: Sparen darf nicht zum Selbstzweck werden, wichtige Zu-
329 kunftsinvestitionen verhindern oder das Gemeinwesen zerrütten. Die Unsicherheiten sind
330 nicht nur gefühlt, sie sind für viele Menschen Realität. Politik muss sich als handlungsfä-
331 hig erweisen, um die Probleme anzugehen, ohne zu viel zu versprechen. Wir müssen in
332 Bildung, Infrastruktur, Polizei, Innovation und Demokratiebildung investieren.

333

334 Gerade die derzeitigen Herausforderungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen,
335 dass der öffentliche Dienst gebraucht wird und genügend Personal haben muss, um sol-
336 che Aufgaben zu bewältigen: Es braucht Verwaltungspersonal, das ankommende Flücht-
337 linge registriert, es braucht SozialarbeiterInnen, die eine erste Orientierung geben, es
338 braucht RichterInnen, die Asylverfahren führen, es braucht LehrerInnen, die Kinder in die
339 Schule integrieren, es braucht PolizeibeamtInnen, die für die Sicherheit von Unterkünften
340 sorgen. Sachsen hat sich anfangs überfordert gezeigt, schnelle Hilfe bereitzustellen. Die

Leitanträge

341 Verwaltung war nicht gut vorbereitet, wichtige Stellen haben zu wenig miteinander kom-
342 muniziert und oft wurde versäumt, die Menschen in Sachsen rechtzeitig und umfassend
343 zu informieren.

344

345 **Wir wollen einen freiheitlichen, aber starken Staat.** Ein starker Staat ist weder ein au-
346 toritärer Staat, noch ein Staat der Regelungswut, es ist ein Staat, der Freiheit sichert, der
347 angemessene Rahmen setzt und der klug reguliert. Er ist Voraussetzung für politisches
348 Handeln. Es ist ein Staat, der Kreativität fördert und nicht hemmt, es ist ein Staat, der die
349 Schwachen schützt. So ein Staat braucht auch Geld und er braucht bestes Personal. Des-
350 halb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass der undifferenzierte Personalabbau im
351 öffentlichen Dienst gestoppt wird. Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, die tagtäglich bei
352 uns ankommen – und von denen viele dauerhaft bei uns bleiben werden –, wird sich auch
353 unser Alltag in Sachsen verändern. Wir werden mehr Schulen benötigen. Wir müssen die
354 Hochschulen zukunftssicher und weltoffen ausbauen. Wir benötigen für eine wachsende
355 Bevölkerung eine andere Infrastruktur, im Verkehr, im Gesundheitswesen, bei der Versor-
356 gung. Wir werden auch unsere Verwaltung den neuen Zahlen und Aufgaben anpassen
357 müssen: mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Ange-
358 stellte und Beamtinnen und Beamte in Justiz und Verwaltung. Für all das wollen wir un-
359 sere Spielräume für eine Stärkung des öffentlichen Dienstes nutzen.

360

361

362 ***Wir verteidigen die Demokratie und stärken Zivilcourage***

363

364 Neonazis und RechtspopulistInnen nutzen gerade ihre Chance. Rechtsextremismus war
365 in Sachsen nie verschwunden. Seit Jahren werden Menschen ausländischer Herkunft ein-
366 geschüchtert und diskriminiert und Andersdenkende von Neonazis angegriffen. Pegida,
367 die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Ausschreitungen gegen Helfende und Poli-
368 zistInnen haben Sachsens Rechtsextremismus-Problem heute wieder sichtbarer denn je
369 gemacht.

370

371 Rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien versuchen, die hohe Anzahl
372 von Flüchtenden und die bestehenden Unsicherheiten innerhalb der Bevölkerung zu in-
373 strumentalisieren. Da wird Altersarmut auf „die da unten“ – die Flüchtlinge – geschoben
374 und nicht auf 25 Jahre Niedriglohnpolitik in Sachsen. Geringverdienende werden aufge-
375 stachelt, Flüchtlinge seien eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, obwohl das Schulsys-
376 tem gleichzeitig vielen die Chance zum Schulabschluss verbaut hat. Und da wird in maß-
377 loser und obszöner Art und Weise versucht, die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung
378 zu vertiefen, um selbst politischen Profit daraus zu schlagen. Diese Bewegungen und Par-
379 teien haben den Ton in Debatten aggressiver gemacht. Pauschalisierungen, Unterstellun-
380 gen, Schwarz-Weiß-Denken und Verschwörungstheorien haben Einzug in zahlreiche Dis-
381 kussionen gehalten. Eine solche politische Instrumentalisierung will keine Unsicherheiten

Leitanträge

382 beseitigen. Sie will sie bewusst zuspitzen, um rechtsradikale, nationalistische und men-
383 schenfeindliche Politikentwürfe zu etablieren. Sie ist Gift für das Mitmenschliche und den
384 Zusammenhalt in Sachsen.

385

386 Unser Staat und unsere Gesellschaft müssen sich gegen Menschenhass, Rassismus und
387 Demokratiefindlichkeit zur Wehr setzen. Neben der notwendigen Aufwertung politischer
388 Bildung werden wir hierzu regionale und landesweite zivilgesellschaftliche Initiativen ge-
389 gen Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit intensiver unterstützen. Wir
390 sind froh und stolz, dass sich inzwischen zehntausende Menschen in ganz Sachsen für
391 unsere Demokratie und für die Integration von zugewanderten Menschen einsetzen. Wir
392 freuen uns, dass sich Unternehmen und Betriebe, Kammern und Verbände, Gewerkschaf-
393 ten und Kirchen, die Hochschulen, Kultureinrichtungen und Sportvereine dafür engagie-
394 ren, dass Menschen aus anderen Ländern in Sachsen eine Heimat finden. Denn Demo-
395 kratie verlangt nach Zivilcourage. Und Demokratie verlangt nach Übernahme von Verant-
396 wortung. Deshalb brauchen wir nicht nur einen starken Staat. Wir brauchen genauso drin-
397 gend starke Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen die Freiwilligen, die Hilfsbereiten, die-
398 jenigen, die Verantwortung mit übernehmen und nicht nur auf den Staat warten. Denn So-
399 lidarität – also auch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere – ist ein urei-
400 genes Anliegen der Sozialdemokratie. Deshalb ist Integration eine große Chance. Sie ist
401 der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Sachsens.

402

403 **Integration, so wie wir sie verstehen, ist keine Sache von Zuwandernden allein.** Wir
404 wollen das Wort bei seiner lateinischen Wurzel nehmen – „integrare“ heißt „erneuern“, „er-
405 gänzen“, „geistig auffrischen“. Wir erleben in Sachsen gerade eine herausfordernde, aber
406 auch sehr spannende Zeit: Die Geburtenrate steigt, die Abwanderung sinkt, Menschen
407 ziehen in unser Land. Sachsen wächst und dieses Wachstum ist eine Chance – für die
408 Strahlkraft unserer großen Städte, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen
409 Räume.

410

411 Nutzen wir das Wachstum, um unser Land, unsere Politik und unsere Demokratie zu er-
412 neuern, zu ergänzen und geistig aufzufrischen. **Eine solche Erneuerung ist gerade**
413 **schon in vollem Gange.** Indem wir die Menschen, den Staat und unsere Demokratie
414 dazu befähigen, ihre Zukunft zu meistern und Vertrauen zu haben. Wir wollen, dass un-
415 sere Gesellschaft zusammenhält. Dass sie im freien und demokratischen Diskurs Zu-
416 kunftsperspektiven entwickelt und Probleme löst. Dass Engagement unterstützt und ge-
417 würdigt wird. Dass verschiedene Ansichten, Lebensweisen, Herkunft und Kulturen einan-
418 der ergänzen. Dafür brauchen wir gemeinsam geteilte demokratische Werte. Deshalb wol-
419 len wir die politische und ethische Bildung in unserem Land weiter stärken – in den Kin-
420 dertagesstätten und Schulen genauso wie im öffentlichen Bereich. Wir wollen, dass Ein-
421 heimische und Zuwandernde, Junge und Alte, Fortschrittliche und Konservative, Enga-
422 gierte und Zurückgezogene einen gemeinsamen Wertekonsens teilen; dass Respekt, To-
423 leranz, Anstand und Rechtschaffenheit Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Wir

Leitanträge

424 wollen, dass die Politik mit gutem Beispiel vorangeht und Debatten sachlich und respekt-
425 voll führt. Wir wollen, dass Ausgrenzung, Demokratiefeindlichkeit und Hass in unserem
426 Land keine Chance haben. Wir wollen, dass unser Land eine gute Heimat für jeden und
427 jede sein kann, der oder die hier seine Heimat finden will.

428

429

430 ***Gleichstellung fordert uns alle***

431

432 Gleichstellungspolitik ist eine übergreifende landespolitische Querschnittsaufgabe, eine
433 kommunale Pflichtaufgabe und eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Damit diese drei Ebe-
434 nen wirksam zusammenarbeiten können, wollen wir Dachverbands-, Beratungs- und Bil-
435 dungsarbeit auf Landesebene sowie durch die Kommunen fördern. Wir wollen auch die
436 bestehenden Angebote der Frauen- und Kinderschutzhäuser, der Interventionsstellen so-
437 wie der Täterberatungsstellen finanziell besser ausstatten und für die Bedarfe der neu in
438 Sachsen lebenden geflüchteten Frauen und Familien passend ausgestalten. Kinder- und
439 Jugendhilfe, die Schwangerenkonfliktberatung und Familienhilfe müssen sich besser ver-
440 netzen und aufeinander abgestimmt agieren. Mit einem Aktionsplan werden wir gegen
441 jegliche Form von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität entgegenwirken.
442 Gleichzeitig wollen wir das sächsische Frauenfördergesetz in ein modernes Gleichstel-
443 lungsgesetz umwandeln, das sich aufgrund von Anreiz- und Sanktionsmechanismen und
444 überprüfbaren Vorgaben nicht weiterhin ignorieren lässt. Es wird die Grundlage für haupt-
445 amtliche und mit einem eigenen Budget ausgestattete Gleichstellungs- und Diversity-Ar-
446 beit in den Kommunen und in der Landesverwaltung bilden. Wir wollen nicht nur ein sach-
447 senweites Monitoring für auf Frauen ausgerichtete Personalentwicklungskonzepte für die
448 Überprüfung gerechter Entgeltstrukturen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Fa-
449 milie, sondern auch Frauenquoten für Leitungspositionen in der Landes- und der Kommu-
450 nalverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesetz auch auf die Gleichstellung in
451 der Privatwirtschaft Einfluss nimmt, zum Beispiel durch die Koppelung von Auftragsverga-
452 ben an ein gerechtes Entgeltssystem, Familienfreundlichkeit und Frauenquoten und durch
453 leistungsorientierte Fördermittelvergabe, die die Belange einer geschlechtergerechten Ar-
454 beitswelt zum Kriterium macht.

455

456 Sachsen soll für Frauen und Männer gleichermaßen eine verlässliche Heimat sein. Wir
457 wollen die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Frauen nach ihren Wünschen und
458 Möglichkeiten verwirklichen können. Dazu gehören zum Beispiel spezielle Aus- und Wei-
459 terbildungsangebote für Alleinerziehende, die sich deren Lebensrhythmus anpassen. Wir
460 wollen auch der Abwanderung von jungen, oft hochqualifizierten Frauen aus dem ländli-
461 chen Raum entgegenwirken. Dafür brauchen wir nicht nur ausreichende Arbeitsplätze:
462 Kita- und Schulangebote dürfen nicht weiter abschmelzen, die Verkehrsinfrastruktur muss
463 auf ihre Attraktivität für Familien überprüft werden.

464 Unsere vielleicht größte Herausforderung wird die Integration der neuen BürgerInnen
465 sein, die jetzt zu uns nach Deutschland kommen. Diese Integration muss in der Gesell-

Leitanträge

466 schaft genauso stattfinden wie auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen ausreichend und be-
467 darfsgerechte Angebote für Aus- und Weiterbildung und für den Jobeinstieg. Wir sagen
468 aber auch deutlich, dass die Werte der Gleichstellung und die entsprechenden Rechte
469 und Pflichten nicht verhandelbar sind: alle Frauen und Männer – ob hier geboren oder zu-
470 gezogen – können frei und gleichberechtigt leben.

471

472

Wir wollen die Zukunft gestalten

474

475 Die Sozialdemokratie war im Kern schon immer eine progressive Bewegung – eine Bewe-
476 gung der Zukunft, der Neugier und des Wagemuts. Bei uns muss „das Neue“ nicht immer
477 erst den Beweis erbringen, besser zu sein als „das Alte“. Es hat einen Vertrauensvor-
478 schuss, wenn „das Alte“ sich offensichtlich überholt. In den letzten Jahren hat sich unser
479 Leben massiv verändert: Neue Technologien eröffnen den Menschen ganz neue Möglich-
480 keiten, verlangen ihnen aber auch andere Fähigkeiten ab. Die Welt rückt zusammen und
481 kommt sich näher, gleichzeitig steigen aber auch die Konflikte. Die Menschen haben mehr
482 Freiheit und können ihre Individualität ausleben, zugleich brauchen Gesellschaften heute
483 mehr Integration und Solidarität als je zuvor, um Verschiedenheit auszuhalten.

484

485 Wir sind davon überzeugt, dass sich gute Politik nicht in Legislaturperioden messen lässt.
486 Unsere Zukunft braucht lange Gedanken, nachhaltige Antworten. Unser Wahlprogramm
487 und unser Koalitionsvertrag sind eine gute Grundlage, um die Regierungsverantwortung
488 auch in den nächsten vier Jahren gut zu meistern. Wir werden den Weg zu unserem
489 Sachsen für morgen mit Geduld, Beharrlichkeit und einem langen Atem weitergehen.

490

491 Es gibt sehr viel zu tun. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die Zukunft wartet nicht auf uns,
492 sie hat bereits unübersehbar begonnen. Die Grundlagen für unsere Zukunft in Freiheit
493 und Wohlstand in einem modernen Sachsen, die schaffen wir jetzt – oder nie. 25 Jahre
494 nach der Wiedervereinigung darf nicht mehr der Vergleich mit 1990 oder mit den west-
495 deutschen Bundesländern der Maßstab sein. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind
496 die Aufbaujahre vorbei. Wir müssen erkennen: Stillstand und Selbstgenügsamkeit brem-
497 sen uns. Lamento und Schwarzmalerei werfen uns zurück. Was wir brauchen, ist Zuver-
498 sicht und Wagemut, Klugheit und Entschlossenheit. Wir brauchen den zweiten großen
499 Schwung. Wir schaffen das moderne Sachsen!

Leitanträge

Antrag L02

Votum der Antragskommission: Diskussion durch Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Landesvorstand Sachsen

Thema: Kommunale Basis stärken

Drei ereignisreiche Jahre liegen hinter der SPD Sachsen. Im Kommunal-, im Landtags- und Bundestagswahlkampf haben viele von uns gekämpft und alles gegeben. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind oft nicht so ausgefallen, wie wir uns das erhofft haben. Trotz einiger Wermutstropfen ist aber auch klar: Wir haben uns gesteigert, wenn auch nur leicht. Und das sollte uns darin bestärken, mit Selbstbewusstsein, Durchhaltevermögen und Fleiß unseren Weg weiterzugehen! Denn auch ein steiniger Weg will gegangen werden.

Wir tragen auf Landes- und Bundesebene und in vielen sächsischen Kommunen Verantwortung. Von den sieben größten sächsischen Städten stellen wir in vier Städten die/den OberbürgermeisterIn. Unsere Erfolge konzentrieren sich dort, wo wir bereits seit vielen Jahren gute und sichtbare kommunalpolitische Arbeit leisten. Aber auch nach den Landratswahlen in diesem Jahr werden alle zehn sächsischen Landkreise von CDU-Landräten geführt und die Zahl weißer Flecken, sprich der Kommunen ohne SPD-MandatsträgerInnen, ist nicht geringer geworden.

Unsere (Ober-)BürgermeisterInnen, MandatsträgerInnen in den Stadt- und Gemeinderäten, den Kreistagen und Mitglieder kennen die Herausforderungen und Probleme vor Ort. Dort, wo wir sozialdemokratische Politik für die Menschen wahrnehmbar machen, erreichen wir auch gute Ergebnisse. Eine gute und wahrnehmbare sozialdemokratische Kommunalpolitik ist die Grundlage für mehr Mobilisierung und erfolgreiche Wahlergebnisse der SPD.

In den kommenden Wahlkämpfen wollen wir als sächsische SPD in der Fläche sichtbare Erfolge erzielen. Die Zeit bis 2019 und 2022 werden wir nutzen, um uns systematisch vorzubereiten. Diese Zielstellung muss in den kommenden Jahren mit Maßnahmen und Strukturen unteretzt werden. Die sächsische SPD setzt diese in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe im Bundestag, der Landtagsfraktion und uns nahestehenden Institutionen um. Hierzu wird es eine personenbezogene Zuständigkeit im Landesvorstand und feste AnsprechpartnerInnen geben, um Maßnahmen zu organisieren, zu koordinieren und zu vermitteln.

In folgenden vier Bereichen sehen wir aktuell besonderen Handlungsbedarf:

Leitanträge

1. Vernetzung stärken – Informationen aus erster Hand erhalten

Wir wollen den regelmäßigen Austausch zwischen unseren KommunalpolitikerInnen und unseren Abgeordneten auf Europa-, Landes- und Bundesebene ausbauen. Unser Ziel ist es, unsere MandatsträgerInnen mit Informationen aus erster Hand zu versorgen, denn die Zusammenarbeit mit Abgeordneten auf Europa-, Bundes- und Landesebene ist unser entscheidender Vorteil gegenüber anderen. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen.

Die „Kommunalpolitische Konferenz“ soll wiederbelebt werden und jährlich als Diskussionsplattform unserer Ehren- und Hauptamtlichen auf kommunaler Ebene in Sachsen stattfinden. Neben einem Leitthema werden Angebote geschaffen, um sich mit KollegInnen aus anderen Städten, Gemeinden und Kreisen inhaltlich auszutauschen und voneinander zu lernen. Anregungen der kommunalen Ebene für die erfolgreiche Neuauflage der „Kommunalpolitischen Konferenz“ sollen aufgenommen werden.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) soll in Absprache mit den sozialdemokratischen Fraktionen die MandatsträgerInnen vor Ort regelmäßig mit einem „Infobrief“ über gesetzliche und politische Veränderungen, die für die kommunale Ebene relevant sind, informieren. Außerdem werden Fachgespräche zu größeren, speziellen Themen angeboten.

2. Gelernt ist gelernt

Eine ständige Qualifizierung unserer MandatsträgerInnen und Ehrenamtlichen ist für uns eine feste Grundlage erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die WählerInnen honorieren vor allem Kompetenz und Zuverlässigkeit. Wir wollen hier bestehende Angebote verbessern. Gemeinsam mit uns nahestehenden Institutionen und der Parteschule soll eine Bildungskonzeption entwickelt werden. Die Angebote sollen gemeinsam mit interessierten KommunalpolitikerInnen erarbeitet werden, abgestimmt auf deren Rahmenbedingungen und Bedarfe.

Der Landesvorstand wird angeregt, ein „Forum Neue Kommunalpolitik“ zu schaffen, um die vielen neuen MandatsträgerInnen in Sachsen zu vernetzen und gezielte Angebote anzubieten. Die personenbezogene Zuständigkeit im Landesvorstand übernimmt die organisatorische Federführung des Forums, alternativ kann eine weitere Person aus der Mitte des Landesvorstandes benannt werden.

3. Über den eigenen Tellerrand schauen

Auf unseren Listen finden sich oft genauso viele Menschen ohne wie mit Parteibuch. Wir wollen diese Zusammenarbeit weiter ausbauen. Über geeignete Maßnahmen, um uns nahestehende parteilose kommunale MandatsträgerInnen näher an die SPD zu binden, soll

Leitanträge

86 nachgedacht werden. Neben der gezielten Ansprache vor Ort werden wir in Zusammenar-
87 beit mit der Landesgruppe im Bundestag und der Landtagsfraktion exklusive Veranstal-
88 tungen und Beteiligungsangebote schaffen.

89

4. Informationsdatenbank schaffen

91

92 Die bestehende, kommunale Antragsdatenbank der SGK soll wiederbelebt werden, mit
93 einer aktuellen Antrags- und Beschlussübersicht und möglichst einem Forum, welches
94 gute Ideen aus der Öffentlichkeitsarbeit unserer Fraktionen vorstellt. Dies soll zum einen
95 ermöglichen, dass MandatsträgerInnen und Ehrenamtliche über Entscheidungen und Ent-
96 wicklungen aus anderen Gemeinden, Städten und Kreisen sowie relevante Entwicklungen
97 auf Landesebene schneller informiert werden und zum anderen erfolgreiche Aktionsideen
98 sozialdemokratischer Fraktionen vorstellen.

Anträge Asyl und Integration

Antrag AI01

Votum der Antragskommission:

gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz“

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Wir begrüßen die von der SPD-Bundestagsfraktion angestoßene Diskussion über ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland. Die Zusammenführung zahlreicher unterschiedlicher rechtlicher Regelungen und die Schaffung weiterer legaler Zuwanderungswege sind aus unserer Sicht schon lange überfällig. Ein Einwanderungsgesetz könnte hier Klarheit schaffen und erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Allerdings sind bisher nur einige mögliche Eckpunkte bekannt und viele für die Menschen wichtige Details noch gar nicht geklärt. Wir wollen diese Diskussion konstruktiv begleiten, aber zugleich auch einige Anforderungen formulieren, die ein solches Gesetz aus unserer Sicht mitbringen sollte:

- Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben. Möglicherweise können Systeme wie z.B. die in den Vereinigten Staaten durchgeführte "Greencard-Lotterie" Ansatzpunkte dafür liefern.
- Das Recht auf Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Flüchtlingen und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine Rolle spielen. Im Rahmen des Asylverfahrens bestehende Barrieren, wie z.B. die nach 15 Monaten entfallende Vorrangprüfung wollen wir abschaffen.
- Bei der "nachfrageorientierten Zuwanderung" wird vielfach die Einrichtung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die z.B. die Kriterien für die Erstellung eines Punktekatalogs entwickeln soll. Sofern ein solches Gremium in Betracht gezogen wird, ist für uns klar, dass nicht nur WirtschaftsvertreterInnen, sondern auch Sachverständige aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und selbstverständlich auch MigrantInnenorganisationen beteiligt

Anträge Asyl und Integration

42 werden müssen. Ein neues Einwanderungsgesetz muss diskriminierungsfrei aus-
43 gestaltet sein und die tatsächlichen beruflichen und sozialen Erfahrungen der Ein-
44 wanderInnen berücksichtigen.

- 45
46 • Wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern
47 mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Um die Möglichkeit zur zwi-
48 schenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wol-
49 len wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositio-
50 nen ermöglichen. Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen
51 aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden.
- 52
53 • Es muss in Zukunft möglich sein, dass z.B. AsylbewerberInnen auch aus ihrem
54 laufenden Verfahren hinaus parallel eine Einwanderung im Sinne des neuen Ge-
55 setzes anstreben können. Der Wechsel des aufenthaltsrechtlichen Status muss
56 deutlich vereinfacht werden.
- 57
58 • Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die
59 Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend und
60 die finanzielle Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich
61 zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt. Zudem sollte das Angebot berufs-
62 bezogener Deutschkurse systematisch ausgebaut werden.
- 63
64 • Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach
65 Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Dafür sollen die An-
66 erkennung von Schulabschlüssen und Möglichkeiten zur Nachqualifikation verbes-
67 sert werden. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch
68 um über die Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären. Es soll
69 eine Agentur zur Vermittlung offener Ausbildungsstellen in das Ausland geschaf-
70 fen werden.
- 71
72 • Im Rahmen der Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes sollten auch
73 weitere rechtliche Hürden abgebaut werden. So muss z.B. der Familiennachzug
74 vereinfacht werden und die Hürden zur Einbürgerung sollten sinken. Die in der
75 Vergangenheit durch die SPD erreichten Erfolge u.a. bei der gewachsenen Rolle
76 des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht oder bei der Verleihung der dop-
77 pelten Staatsbürgerschaft wollen wir weiter ausbauen. Für uns hat zudem die poli-
78 tische Partizipation von EinwanderInnen höchste Priorität. Wir wollen das Wahl-
79 recht z.B. durch die Schaffung eines Kommunalwahlrechts für AusländerInnen
80 (Änderung von Artikel 28, Absatz 1 GG) zugänglicher machen.

81
82 **Begründung:**
83 erfolgt mündlich

Anträge Asyl und Integration

Antrag AI02

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen

Thema: Asylrecht ist Menschenrecht!

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

In den vergangenen Wochen und Monaten bestimmten Diskussionen über das Asylrecht maßgeblich die öffentliche Debatte in Sachsen. Immer wieder tauchen von konservativer Seite Vorschläge auf, das Grundrecht auf Asyl weiter auszuhöhlen und das Leben von Asylsuchenden wieder deutlich zu erschweren. Für uns steht fest, dass sich der Wert eines Grundrechtes gerade in den Zeiten zeigen muss, in denen es auch in Anspruch genommen wird. Zweifelsohne stellen uns die aktuellen Entwicklungen vor große Herausforderungen. Doch Sachsen ist und bleibt eine im weltweiten Vergleich reiche Region, die diese Herausforderungen meistern kann und muss. Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden und die faire sowie vorbehaltlose Prüfung von Asylanträgen sind für uns nicht verhandelbar. Das bedeutet im Einzelnen:

- Das Geldleistungsprinzip bei der Versorgung von Asylsuchenden muss erhalten bleiben. Die in letzter Zeit immer wieder geforderte Wiedereinführung von Sachleistungen oder Gutscheinsystemen entmündigt Asylsuchende und trägt zu ihrer gesellschaftlichen Stigmatisierung bei. Echte Integration muss frühzeitig beginnen und den Betroffenen auch die Möglichkeit zum eigenverantwortlichen Handeln bieten. Den häufig geäußerten Vorwurf, dass Flüchtlinge in erster Linie nach Deutschland kommen, weil sie einige Monate lang überschaubare (Geld-) Sozialleistungen beziehen können, halten wir für absurd und falsch.
- Dass die Residenzpflicht mittlerweile weitestgehend abgeschafft wurde, halten wir nach wie vor für richtig. Eine generelle oder auf eine gewisse Personengruppe beschränkte Wiedereinführung würde die wichtigen Fortschritte bei der Umsetzung des „Rechts auf Freizügigkeit“ zunichtemachen.
- Wir lehnen die längerfristige Unterbringung von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen ab. Die derzeit geltende Begrenzung auf drei Monate ist vernünftig. Häufig handelt es sich bei den Erstaufnahmeeinrichtungen um riesige Objekte mit hunderten BewohnerInnen, in denen die Unterbringungssituation alles andere als optimal ist. Echte Integration und gesellschaftliche Teilhabe kann nur vor Ort in den Kommunen gelingen.

Anträge Asyl und Integration

- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- Wir sprechen uns gegen die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ aus. Die Differenzierung zwischen „guten“ und „schlechten“ Asylsuchenden ist vielfach willkürlich und berücksichtigt nicht die Tatsache, dass es selbst in vermeintlich „sicheren“ Staaten plausible Fluchtgründe gibt. Die im europaweiten Vergleich sehr unterschiedlichen Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus beispielsweise dem Balkan untermauern dies. Zudem muss berücksichtigt werden, dass sich der Effekt bei der Verkürzung der Bearbeitungszeiten in engen Grenzen hält. Das Asylrecht muss ein Individualrecht bleiben.
 - Den Vorschlag, auch in Sachsen nach dem Vorbild von Bayern sogenannte „Abschiebelager“ einzurichten, halten wir für falsch. Dadurch werden weder zusätzliche Kapazitäten geschaffen, noch sonst nennenswerte Vorteile erreicht. Vielmehr wird so eine Abwärtsspirale bei den Unterbringungsbedingungen provoziert, die zu inakzeptablen Zuständen führen kann.
- Begründung:**
erfolgt mündlich

Anträge Asyl und Integration

Antrag AI03

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Leipzig Alt-West

Thema:

Offenheit statt Abschreckung – unsere Antworten auf die Flüchtlingssituation

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Eine unglaubliche, kaum vorher da gewesene Hilfsbereitschaft erfasste ganz Deutschland. Überall im Land zeigten sich Menschen auf unterschiedlichste Art und Weise solidarisch mit jenen, die alles verloren haben und aus ihrer Heimat flüchten mussten. Die aktuelle Situation stellt die Kommunen, die Länder sowie den Bund jedoch auch vor große Herausforderungen, die nur gemeinsam und im Dialog mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und der Wirtschaft bewältigt werden können. Das am 6. September 2015 vom Koalitionsausschuss beschlossene Maßnahmenpaket setzt jedoch in erster Linie auf Abschreckung statt auf Aufnahme der geflüchteten Menschen. Klar ist, wir stehen auf der Seite der Geflüchteten.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Deutschland muss sich zu seiner Rolle als Einwanderungsland offensiv bekennen. Es ist daher richtig, insbesondere für Menschen aus dem Balkan legale Wege nach Deutschland zu schaffen und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. [1] Es können somit freie Ausbildungsstellen rasch besetzt werden.

Mehr Geld für Kommunen und Länder

Die Erhöhung des Bundeshaushaltes im Haushaltsjahr 2016 um drei Milliarden Euro sowie die Erhöhung der Haushalte der Länder und Kommunen um drei Milliarden Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung. [1] Diese Summe wird jedoch mittel- und langfristig nicht ausreichen, um alle Kosten, die in Verbindung zur Flüchtlingspolitik stehen, zu decken und muss daher nach oben korrigiert werden.

Solidarische Finanzierung innerhalb Europas

Zur Finanzierung der Flüchtlingspolitik muss innerhalb der Europäischen Union ein Flüchtlingsfond geschaffen werden, der die Kosten solidarisch verteilt. Alle EU-Mitglieder sollen in den Fond entsprechend ihrer EinwohnerInnenzahl und Wirtschaftskraft einzahlen. Die Staaten sollen dann entsprechend der Anzahl an Flüchtlingen, die sie aufnehmen, finanzielle Mittel aus diesem Fond erhalten. Eine Quotenregelung, die den Staaten Flüchtlinge nach einem festgelegten Schlüssel zuweist, sehen wir kritisch, weil sie die Bewegungsfreiheit der geflüchteten Menschen einschränkt.

Anträge Asyl und Integration

45 **Sichere Wege nach Europa**

46 Viele Menschen sterben oder verletzen sich auf dem Weg aus ihrer Heimat in die Europä-
47 ische Union. Es müssen daher Fähren und Flugzeuge für eine sichere Einreise nach Eu-
48 ropa zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen die Mittel für die Seenotrettung
49 erhöht werden.

50

51 Die Schlepperkriminalität muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. [1]
52 Die hohe Anzahl an Prozessen gegen Schlepper kann nur durch mehr Stellen in den
53 Staatsanwaltschaften und Gerichten bewältigt werden.

54

55 **Menschenwürdige Unterbringung**

56 Die geplante Unterstützung der Länder durch den Bund bei der Schaffung von 150000
57 Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen ist richtig. Jedoch ist eine Verlängerung der maxi-
58 malen Aufenthaltsdauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate der
59 falsche Weg, denn dadurch wird der Bedarf an Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen wei-
60 ter erhöht und eine Integration auf die lange Bank geschoben.

61

62 Wir begrüßen den Vorschlag, dass der Bund alle verfügbaren Bundesliegenschaften so-
63 fort und mietzinsfrei den Ländern anbieten und die Kosten für die Herrichtung tragen will.
64 [1] Das geplante Beschleunigungsgesetz, dass Abweichungen von Bau- und Vergabe-
65 Standards erlauben soll, darf keine Ausnahmen beim Brandschutz machen und muss
66 temporär beschränkt bleiben.

67

68 Wir müssen für die geflüchteten Menschen rasch eine Perspektive eröffnen und sie de-
69 zentral in eigenen Wohneinheiten unterbringen. In Erstaufnahmeeinrichtungen herrscht oft
70 eine menschenunwürdige Wohnsituation vor. Eigene Wohneinheiten ermöglichen mehr
71 Privatsphäre und normales Alltagsleben, um einen besseren Austausch mit anderen Bür-
72 gerinnen und Bürgern als Beitrag zur Integration zu gewähren. Es ist daher richtig, dass
73 der Bund ein umfassendes Programm zum sozialen Wohnungsbau initiieren will, um ins-
74 besondere in Ballungsgebieten für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen. [1]

75

76 **Bargeld statt Sachleistungen**

77 Grundsätzlich soll Asylsuchenden Bargeld ausgezahlt werden, da jede/r Einzelne am bes-
78 ten den eigenen Bedarf einschätzen kann und der private Konsum von geflüchteten Men-
79 schen aus gesundheitlichen, religiösen und/oder ethischen Gründen stark variieren kann.
80 Mit dem Sachleistungs- oder Gutscheinprinzip ist ein unnötiger hoher bürokratischer Auf-
81 wand verbunden. Beide Verfahren lehnen wir grundsätzlich ab, da sie stigmatisierend und
82 diskriminierend sind und einer faktischen Kürzung von Sozialleistungen gleich kommen.

83

84 Ebenso ist jede Kürzung von Sozialleistungen, wie es für „abschiebepflichtige Ausländer
85 ohne Duldung“ gefordert wird, der falsche Weg. [1] Wir fordern alle Verantwortlichen auf,
86 sich an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zu orientieren, das
87 seinerzeit festgestellt hat, dass die Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
88 zu niedrig angesetzt waren. Deren Höhe war unvereinbar mit dem Grundrecht auf

Anträge Asyl und Integration

89 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das sich aus der im Grund-
90 gesetz verankerten Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip ergibt. [2]

91

92 **Menschenwürdige Gesundheitsversorgung**

93 Der Zugang zu unserem Gesundheitssystem ist eines der wichtigsten Bausteine unseres
94 Sozialstaates und muss daher auch geflüchteten Menschen uneingeschränkt zur Verfü-
95 gung stehen. Insbesondere die bürokratische Praxis, vor jedem Arztbesuch eine Geneh-
96 migung durch die Behörden erhalten zu müssen, soll beendet werden. Wir sprechen uns
97 daher für eine bundesweit einheitliche Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen aus.

98

99 **Abschaffung der Residenzpflicht**

100 Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte und bereits beschlossene
101 Ausweitung der Bewegungsfreiheit für Asylbewerber und Geduldete auf das jeweilige
102 Bundesland muss unangetastet bleiben. Ebenso sollen Regelungen zwischen einzelnen
103 Bundesländern, die länderübergreifende Bewegungsfreiheit gewähren, beibehalten wer-
104 den. [3]

105

106 **Keine weiteren „sicheren Herkunftsstaaten“**

107 Bis zum 1. Juli 1993 gab es im Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG („Politisch Verfolgte genießen
108 Asylrecht“) ein grundgesetzliches Recht auf Asyl ohne festgelegte Ausnahmen. Leider
109 stimmte eine Zweidrittelmehrheit unter Druck der fremdenfeindlichen pogromartigen Stim-
110 mung, die Anfang der 90iger Jahre in der Bundesrepublik herrschte, den Plänen der
111 Union zu einer Grundgesetzänderung im so genannten Asylkompromiss zu. Das Zuge-
112 ständnis sah auch die Einführung des Konzeptes der „sicheren Herkunftsstaaten“ vor,
113 was einer Aushöhlung des Grundrechtes auf Asyl gleichkam. Dieses Bewertungskonzept
114 macht faire Verfahren mit Einzelfallprüfungen unmöglich, da das Bundesamt für Migration
115 und Flüchtlinge (BAMF) diese Anträge als offensichtlich unbegründet ablehnt.

116 Auch eine objektive Betrachtung jenseits der grundsätzlichen Kritik, des Nutzens der letz-
117 ten Ausweitung der Liste „sicherer Herkunftsstaaten“ auf Serbien, Bosnien-Herzegowina
118 und Mazedonien zeigt, dass es zum gewünschten Abschreckungseffekt für Flüchtende
119 nicht geführt hat. Serbien lag nach den AntragstellerInnenzahlen im Monat Juni 2015 auf
120 Platz vier (nach Syrien, Kosovo und Albanien). Die Zahlen der geflüchteten Menschen
121 aus den genannten Staaten haben nicht abgenommen.

122 Wir lehnen das Prinzip der so genannten sicheren Herkunftsstaaten ab und sprechen uns
123 gegen eine Ausweitung dieses Prinzips auf weitere Staaten aus. [1]

124 Wir fordern daher die Sächsische Staatsregierung auf, Gesetze, die weitere Staaten zu
125 sicheren Herkunftsstaaten erklären sollen, im Bundesrat abzulehnen.

126

127 **Schnellere Verfahren**

128 Die ankommenden Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich registriert werden, um die
129 Asylverfahren zügig zu gestalten. Die Bearbeitung der Asylanträge ist für die Behörden
130 eine große Herausforderung, welche mit der derzeitigen Personalausstattung nicht zu be-
131 wältigen ist. Deswegen ist es wichtig, die 2000 neu geschaffenen Stellen beim Bundesamt
132 für Migration und Flüchtlinge schnell zu besetzen. [1] Ebenfalls fordern wir zeitnah neue

Anträge Asyl und Integration

133 Außenstellen des BAMF in allen Städten mit großen Erstaufnahmeeinrichtungen einzu-
134 richten. Dies würde unnötige aufwendige Logistik sparen und ebenfalls zu einer Verfah-
135 rensbeschleunigung beitragen können.

136

137 Winterabschiebestopp und keine Speziallager

138 In Anlehnung an die Bundesländer Schleswig-Holstein und Thüringen soll der Freistaat
139 Sachsen für den Winter 2015/2016 ein Winterabschiebestopp veranlassen. [4] Außerdem
140 lehnen wir den Ansatz ab für Menschen aus dem Balkan oder anderen Gebieten eigene
141 Speziallager für Abschiebungen zu schaffen, wie es gerade in Bayern geplant wird. [5]
142

142

143 Arbeitsmarkt

144 Es ist richtig, dass das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber nach drei Monaten entfallen
145 soll und die Mittel zur Integration Asylsuchender auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden. Au-
146 ßerdem ist es richtig, dass mehr Mittel für berufsbezogene Deutschkurse zur Verfügung
147 gestellt werden. [1]
148

148

149 Mehr Stellen im Freiwilligendienst

150 Die Schaffung von 10000 neuen Stellen für die Flüchtlingsarbeit im Rahmen des Bundes-
151 freiwilligendienstes begrüßen wir. [1] Denn dadurch ist eine bessere Koordination von eh-
152 renamtlichen Helfer/innen gewährleistet und geflüchtete Menschen können mehr Unter-
153 stützung im Alltag erfahren.
154

154

155 Fluchtursachen bekämpfen

156 Die geplante, jährliche Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen um 400
157 Millionen Euro ist der richtige Schritt. [1]
158 Wir fordern außerdem alle Verantwortlichen auf, Gesetze, Erlasse und Verwaltungsvor-
159 schriften auf eine mögliche Begünstigung von Fluchtursachen in Krisenregionen kritisch
160 zu prüfen und ggf. die nötigen Änderungen vorzunehmen.
161

161

162 Quellenverweise

163

164 [1] Förderverein PRO ASYL e.V.: Online im Internet: URL: [http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v_Dokumente_Dritter/2015-09-06_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf)
165 [dam/v_Dokumente_Dritter/2015-09-06_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v_Dokumente_Dritter/2015-09-06_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf)
166

166

167 [2] Bundesverfassungsgericht : Online im Internet: URL: [https://www.bundesverfassungsge-](https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html)
168 [richt.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html)
169

169

170 [3] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Online im Internet: URL: [http://www.bun-](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publication-File&v=2)
171 [desregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publication-](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publication-File&v=2)
172 [File&v=2](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publication-File&v=2)
173

173

174 [4] Norddeutscher Rundfunk: Online im Internet: URL: [https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Diskussion-um-Winterabschiebestopp,studt136.html)
175 [holstein/Diskussion-um-Winterabschiebestopp,studt136.html](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Diskussion-um-Winterabschiebestopp,studt136.html)
176

176

177 [5] Der Freitag: Online im Internet: URL: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/1920-wie-gehabt>

Anträge Asyl und Integration

178

179 **Begründung:**

180 erfolgt mündlich

Anträge Asyl und Integration

Antrag AI04

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Unsere Verantwortung ist unser Boot – Asylverfahrensgesetz ändern!“

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten.

- Wir sprechen uns für eine Abschaffung der „sicheren Herkunftsstaaten“ im Sinne des § 29a des Asylverfahrensgesetzes aus.

- Wir fordern die schwarz-rote Landes- und Bundesregierung auf, sich im Rahmen möglicher Diskussionen zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes gegen die Einstufung weiterer Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ auszusprechen.

Zugleich lehnen wir eine automatisierte Einstufung von EU-Beitrittskandidaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Die Möglichkeit oder die Existenz eines Beitrittsverfahrens stellt für uns keine Gewährleistung für die Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechten in diesen Ländern dar.

Begründung:

Diese Praxis der Ablehnung von Asylanträgen als „offensichtlich unbegründet“ stellt aus unserer Sicht eine unhaltbare Einschränkung des Rechts auf Asyl dar, da hier die reine Vermutung seitens des Gesetzgebers ausreicht, um einen Antrag abzulehnen. Die Widerlegung dieser Vermutung ist durch verfahrensverschärfende Festlegungen enorm erschwert oder gar unmöglich gemacht. Zugleich beruht die Einstufung als „sicherer Herkunftsstaat“ auch nicht auf den niedrigen Anerkennungsquoten. Staaten wie z.B. Indien oder Algerien haben eine ähnlich niedrige Quote wie die 2014 zusätzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuften Balkanländer.

Auffällig ist auch, dass andere Länder wie z.B. Frankreich oder Belgien für Asylsuchende aus den Balkanländern deutlich höhere Anerkennungsquoten aufweisen (in Bezug auf Serbien: Deutschland 0,2%, Frankreich 17%). Grund dafür ist eine schon 2012 angestoßene Verfahrensverschärfung unter dem Titel „Verfahrensoptimierung im Hinblick auf den starken Anstieg der Asylbewerberzahlen 2013«, die Schnellverfahren mit zunehmend pauschaler Ablehnung etablierte. Ersichtlich wird an dieser Stelle auch, dass sich die Beurteilung des Asylantrags zunehmend weniger nach humanitären Kriterien richtet, sondern die rein quantitative (also auch kostenmäßige) Betrachtung zur maßgeblichen Entscheidungsgrundlage wird. Diese Entwicklung lehnen wir ab.

Anträge Asyl und Integration

Antrag AI05

Votum der Antragskommission:

gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung“

Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN-Kinderrechtskonvention.

Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und -jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer Maßnahmen zur Verbesserung.

Daher fordert die SPD Sachsen endlich eine Kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich der folgenden Kriterien:

Aufnahme und Registrierung

Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen Vormund. In vielen Bundesländern durchlaufen sie ein sogenanntes "Clearingverfahren", in Sachsen hingegen finden diese bisher aufgrund zu geringer Kapazitäten nicht statt. Dabei soll geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche Perspektive es in Deutschland gibt.

Hier besteht aus Sicht der SPD Sachsen die dringende Notwendigkeit, entsprechende beschleunigte Aufnahmeverfahren für minderjährige Flüchtlinge getrennt von allgemeinen Aufnahmestellen einzurichten. Die Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im Sinne des Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung bundesweit verboten werden.

Unterbringung

Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der SPD Sachsen insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

Daher fordert die SPD Sachsen, unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten

Anträge Asyl und Integration

44 Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten,
45 das dem Schutzbedürfnis gerecht wird.

46
47 Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 Jahren muss endlich Schluss sein mit
48 der Praxis, dass sie oftmals über Wochen, gemeinsam mit Erwachsenen, in den Erstauf-
49 nahmeeinrichtungen verbleiben und anschließend ebenso wie diese in Sammelunterkün-
50 ften untergebracht werden. Die SPD Sachsen fordert die Einhaltung der seit 2010 vorbe-
51 haltlos ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung
52 von Jugendlichen, auch über 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16
53 Jahre ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder
54 sogar Pflegefamilien untergebracht werden.

55

Begleitung und Betreuung

56 UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Die SPD
57 Sachsen fordert eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche, psychologi-
58 sche und soziale Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es spezialisier-
59 tes Personal, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die Kindheit
60 und Jugend der UMF ist durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen worden.
61 Das bedeutet, dass Traumata aufgearbeitet werden müssen und die UMF Unterstützung
62 dabei brauchen, das Erlebte zu ver- bzw. aufzuarbeiten.

63

64
65 Die SPD Sachsen fordert daher, mehr zu tun, als diese Kinder und Jugendliche medizi-
66 nisch zu versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu be-
67 trachten. Auch Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.

68

Perspektiven

69 UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht ge-
70 lebt. Daher ist es aus Sicht der SPD Sachsen eine zwingende Notwendigkeit, den Kindern
71 und Jugendlichen gemäß ihrer Begabungen und Wünsche, unabhängig vom Alter, Unter-
72 stützung zukommen zu lassen. Das bedeutet auch, dass beispielsweise an Schulen das
73 Lehrpersonal geschult werden muss, dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvo-
74 raussetzungen gelten sowie Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden kön-
75 nen. Perspektiven aufzeigen heißt auch hier, eine individuelle Betreuung zu gewährleis-
76 ten, die unabhängig von sprachlicher Qualifikation mit dem Kind bzw. Jugendlichen ge-
77 meinsam entscheidet, welche Art der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht
78 es um Mut machen, Chancen erkennen und Förderung!

79

Rechtliche Regelungen und Finanzen

80
81 Wir fordern eine Kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte,
82 dass gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnah-
83 men und Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern
84 und Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

85
86

Anträge Asyl und Integration

87 Die SPD Sachsen fordert zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die
88 während Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen
89 uneingeschränkten Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf
90 auch mit dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet wer-
91 den und ihr Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Krite-
92 rien, wie beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis wider-
93 spricht unserer Forderung nach einem dauerhaft sicheren Umfeld mit einer Zukunftsp-
94 spektive in Frieden für die UMF.

95

96 Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und
97 eine deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird. Im Bundeshaushalt soll daher ein ei-
98 gener Titel für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommun-
99 en zu entlasten sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

100

101 **Umdenken in der Verwaltung**

102 Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund, Län-
103 dern und Kommunen. Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von Behördenmitarbei-
104 ter_innen mit dem Ziel, sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es wichtig,
105 klare Regelungen zur Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und
106 denen für die Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlä-
107 gigen Gesetzen zu schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte, personelle und finanziell
108 ausreichende Ausstattung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstel-
109 len unabdingbar.

110

111 **Begründung:**

112 erfolgt mündlich

Anträge Asyl und Integration

1 **Antrag AI06**

2 **Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:** Jusos Sachsen

7
8 **Thema: „Winterabschiebestopp in Sachsen“**

9
10 Wir fordern die schwarz-rote Landesregierung auf, in den Wintermonaten einen generel-
11 len Abschiebestopp nach § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz für bestimmte Länder anzu-
12 ordnen. Dieser soll vom 1. November bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres für
13 Staaten gelten, in denen von Abschiebung Betroffene aufgrund der winterlichen Verhält-
14 nisse keine Aufnahme in Sicherheit und Würde erwarten können. Hierbei soll die auf Er-
15 kenntnissen der schleswig-holsteinischen Landesregierung basierende Liste (Afghanistan,
16 Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation,
17 Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan, Ukraine) Grundlage
18 sein.

19
20 **Begründung:**

21
22 Die Abschiebung von Menschen in Staaten, die unter einer prekären wirtschaftlichen bzw.
23 sozialen Situation leiden und zugleich besonders von winterlichen Verhältnissen betroffen
24 sind, stellt aus unserer Sicht eine unzumutbare Härte dar. Besonders ethnische Minder-
25 heiten, wie z.B. Sinti und Roma entstehen durch Abschiebungen in der Winterzeit Gefah-
26 ren, die mit einer humanitären Asylpolitik keineswegs zu vereinbaren sind.

27
28 Sachsen sollte analog zu den Bundesländern Schleswig-Holstein und Thüringen die in der
29 Bundesgesetzgebung gegebenen Handlungsspielräume nutzen. Nach dem Aufenthaltsgesetz
30 kann das jeweilige Landesinnenministerium aus völkerrechtlichen oder humanitären
31 Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland
32 anordnen, dass die Abschiebung von AusländerInnen aus bestimmten Staaten oder von
33 in sonstiger Weise bestimmten AusländerInnengruppen allgemein oder in bestimmte
34 Staaten für höchstens sechs Monate ausgesetzt wird.

Anträge Bildung

Antrag B01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen

Thema:

Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Angesichts des Aufkommens von PEGIDA und der Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen bekräftigen wir den Beschluss der sächsischen SPD von 2013 für eine „Demokratieoffensive Sachsen“. Wir fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, diesen konsequent umzusetzen.¹

Aktuelle Ereignisse wie auch die allgemeine Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas speziell in Sachsen der vergangenen Jahre führen uns vor Augen, dass die politische Bildung im Freistaat grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden muss. Es gilt ein Lernkonzept für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln und zu implementieren, dass die Persönlichkeitsbildung mit dem Ziel verbindet, die Stabilität und Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu fördern.

Richtungsgebend soll hierbei das pädagogische Modell der Civic Education sein, das darauf zielt, durch lebenslanges soziales und interkulturelles Lernen demokratisches Handeln und Denken einzuüben. Die Schule als alle jungen Menschen erfassende Institution spielt hierbei eine herausragende Rolle. Civic Education muss als gesellschaftliche Allgemeinbildung in allen Bildungsgängen der allgemein- und berufsbildende Schulen sowie der Hochschulen verankert werden.

Der Begriff der „Civic Education“ wird hier in Abgrenzung zum Begriff der „Politischen Bildung“, der vordergründig auf kognitives Lernen abstellt, angewandt. Civic Education bündelt neben den Methoden der politischen Bildung ebenso Konzepte zur Stärkung von Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Civic Education heißt also auch soziales Lernen. Politische Bildung hingegen beschränkt sich zumeist auf Universitäten und den Unterricht in den Schulen.

¹ Vgl. SPD Sachsen: Demokratieoffensive Sachsen – für ein Land, in dem jede Stimme zählt, Beschluss des Landesparteitages vom 12. Oktober 2013, unter: http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/08/1_L01-Demokratieoffensive-Sachsen.pdf

Anträge Bildung

40 Diese wird dort aber mehr als reine kognitive Lernaufgabe gefasst und nicht wie in ande-
41 ren demokratischen Staaten als Erziehungsauftrag aller staatlichen (Bildungs-) Einrichtun-
42 gen.

43

44 Konkret fordern wir:

45

- 46 • das Konzept der Civic Education insbesondere im Sächsischen Schulgesetz, in
47 den Lehrplänen und Curricula zu verankern. Entsprechende Zielsetzungen sollen
48 sich im Bildungsauftrag der Schulen widerspiegeln.
- 49
- 50 • dass Hochschulen die Civic Education aller Studierenden und insbesondere aller
51 Lehramtsstudierenden fördern. Civic Education soll in der Aus-, Fort- und Weiter-
52 bildung von LehrerInnen fächerübergreifend verankert werden. Sie sollen bereits in
53 ihrer grundständigen Ausbildung entsprechende pädagogische Haltungen und
54 Handlungskompetenzen entwickeln.
- 55
- 56 • Civic Education in Sachsen an einem Hochschulstandort zu institutionalisieren,
57 etwa nach dem Vorbild des Instituts für Didaktik der Demokratie der Leibniz Uni-
58 versität Hannover, das Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von
59 Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur
60 sowie den sozialen Herausforderungen unserer Zeit bündelt.²
- 61
- 62 • Civic Education in der Erwachsenenbildung sachsenweit lokal zu institutionalisie-
63 ren. In Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung
64 sollen nach niedersächsischem Vorbild mit lokalen Einrichtungen der Erwachse-
65 nenbildung Demokratiezentren aufgebaut werden, die sich als Ansprechpartner
66 vor Ort in der Demokratiebildung verstehen.³

67

68 Begründung:

69

70 „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garan-
71 tieren kann. Das ist das große Wagnis, dass er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“
72 Ernst-Wolfgang Böckenförde.

73

74 Die FES-Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ vom November 2014 belegt, dass
75 rechtsradikale Einstellungen fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sind.⁴ Jeder
76 fünfte Deutsche sei hiernach fremdenfeindlich, in den ostdeutschen Bundesländern sogar

² Vgl. Institut für Didaktik der Demokratie: <http://www.demokratiedidaktik.de/das-institut/inhalte-und-ziele>

³ Vgl. Demokratiezentren in der niedersächsischen Erwachsenenbildung: http://www.demokratiezentren-nds.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=108&Itemid=482

⁴ Vgl. Ralf Melzer (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2014, unter: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustande.pdf

Anträge Bildung

77 jeder Vierte. Bedenklich stimmt die hohe Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten Auffassun-
78 gen gegenüber Asylsuchenden Menschen: 52,8 Prozent im Osten bzw. 44 Prozent im
79 Bundesdurchschnitt.

80

81 Mehr noch zeigt die Studie, dass Rechtsradikale und menschenfeindliche Einstellungen
82 einhergehen mit Zweifeln an der Demokratie, Misstrauen gegenüber politischen Eliten und
83 Ablehnung der Europäischen Union.

84

85 PEGIDA heißt das Phänomen, das den Beweis für die Beobachtungen der Studie für
86 Sachsen, insbesondere für die Region Dresden, erbracht hat. Viele BeobachterInnen ver-
87 stehen PEGIDA als Reaktion auf die Herausforderung unserer Zeit, Migration, Globalisie-
88 rung bzw. Europäisierung und Gleichstellungsfragen, die sich vor allem in einer Zunahme
89 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausdrückt. Diese Erklärung allein reicht jedoch
90 nicht aus, soll die Frage beantwortet werden, „WARUM Sachsen, WARUM Dresden?“.

91

92 **Warum von politischer Bildung zu Civic Education?**

93

94 Der Blick auf den Stellenwert des Fachs Gemeinschaftskunde (GWR) legt nahe, dass das
95 sächsische Schulsystem hier mehr leisten kann und muss: 80 Stunden muss einE Schüle-
96 rin ab der 9. Klasse das Fach GWR bis sie/er die Oberschule verlässt. Der Mittelwert liegt
97 im Bundesdurchschnitt bei 201 Unterrichtsstunden. Damit belegt Sachsen im bundeswei-
98 ten Vergleich gemeinsam mit Bayern den letzten Rang. In den Klassenstufen 11 und 12
99 muss GWR nicht belegt werden.⁵

100

101 Eine Ausweitung der Stundenzahl ist denkbar, bei der vergleichsweise hohen Gesamt-
102 stundenzahl sächsischer SchülerInnen stößt diese Forderung jedoch auch an Grenzen.
103 Vor diesem Hintergrund gilt es umso mehr Konzepte umzusetzen, die nicht fachorientiert
104 sind, sondern die Schule ganzheitlich in den Blick nehmen. Politische Bildung darf sich
105 nicht nur auf den Gemeinschaftskundeunterricht beschränken, sie soll vielmehr prägender
106 Teil der Schulkultur werden. Das Ideal ist die demokratische Schule, die entsprechende
107 fachdidaktische Anforderungen an die gesamte LehrerInnenschaft und ihre Ausbildung
108 stellt.

109

110 Ein (Forschungs-)Institut zur Didaktik der Demokratie kann somit ein bedeutender Partner
111 bei der (Weiter-)Entwicklung von Lehramtsstudiengängen sein. Darüber hinaus soll es
112 nach niedersächsischem Vorbild mit Einrichtungen der schulischen sowie Jugend- und Er-
113 wachsenenbildung kooperieren, um Erkenntnisse im Bereich der Didaktik der Demokratie
114 zu vermitteln.

115

⁵ Vgl. Andreas Kalina: Erfolgreich.Politisch.Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland. Handreichung zur Politischen Bildung, Bd. 4, Berlin 2014, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_20184-544-1-30.pdf?140127145035

Anträge Bildung

116 Regionale Demokratiezentren sind ein weiterer Schritt demokratische Grundwerte in der
117 Bevölkerung zu verankern. Diese Zentren sollen nicht nur reine Begegnungsstätten sein,
118 sondern auch als Fortbildungsstätte für alle Altersklassen und Bevölkerungsschichten zur
119 Verfügung stehen. Neben Jugendarbeit in Kooperation mit der Jugendstiftung und den
120 kommunalen Trägern der Jugendfürsorge, soll dort auch klassische Erwachsenenbildung
121 stattfinden.

Anträge Bildung

Antrag B02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden

Thema: Schulbauförderung für kreisfreie Städte

Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Die SPD Sachsen und ihre Landtagsfraktion übernehmen nachhaltig Verantwortung für Schulen und schulische Bildung. Deshalb setzen sie sich dafür ein, dass spätestens mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 des Freistaates Sachsen im kommunalen Finanzausgleich erneut ein zusätzliches Förderprogramm Schulhausbau für kreisfreie Städte, wie 2013/2014, in ausreichendem Umfang wieder eingeführt wird.¹ Dabei ist auch, das fehlende Fördervolumen für die Jahre 2015/2016 zu berücksichtigen.

Begründung:

„Schulgebäude sind ein guter Seismograph für den gesellschaftlichen Stellenwert für Bildung.“²

Schaut man sich das eine oder andere Schulgebäude in Sachsen an, muss man sich vor diesem Hintergrund große Sorgen machen um die Zukunft Sachsens, um die Bildung seiner Landeskinder. Hier übernimmt die SPD Verantwortung und kämpft um landesweit ausreichende Fördermittel für den Schulhausbau.

Der demographische Wandel stellt die ländlichen Regionen Sachsens und die städtischen Zentren vor grundsätzlich verschiedene Herausforderungen. Nachdem die CDU in Sachsen jahrelang flächendeckend auf Schrumpfung gesetzt hat, Schulen geschlossen und werterhaltende Investitionen vernachlässigt hat, stehen vor allem die kreisfreien Städte vor riesigen Sanierungs- und Investitionsbedarfen. Da hier die Bevölkerung stetig wächst, insbesondere in den Altersgruppen, die Schulplätze nachfragen, müssen neue Schulen gebaut oder bestehende erweitert werden. So baut die Stadt Dresden u.a. gerade an zwei Schulstandorten für jeweils fast 2.000 Kinder in Pieschen und Tolkewitz. Gleichzeitig sind die Bestandsschulen marode, überfüllt und dringend sanierungsbedürftig. Allein für die Stadt Dresden lag der Investitionsstau im Jahr 2010 bei 650 Mio. Euro, diesen abzubauen die Kommune nicht allein bewältigen kann. Den Kommunen war seitens des Landes

¹ 2013 und 2014 betrug das Schulhausbauprogramm 110 Mio. Euro. 20 Mio. Euro davon waren vorab jährlich für die kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig reserviert, die nochmals um jährlich 20 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt aufgestockt wurden. Die Verteilung unter den drei Städten erfolgte entsprechend der Einwohnerzahl.

² Montag Stiftungen (Hrsg.): Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland. 2014

Anträge Bildung

- 38 mündlich zugesichert, dass das Programm in den Jahren 2015 und 2016 fortgeführt
39 werde. Daran konnte sich Finanzminister Unland dann aber offenbar nicht mehr erinnern.

Anträge Bildung

Antrag B03

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Stadtverband Leipzig

Thema: Die neue Wahlperiode auch für Sachsens Bibliotheken nutzen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der laufenden Legislaturperiode im Sächsischen Landtag sowie der Regierungsbeteiligung der SPD wird im Rückgriff auf den Landesparteitagsbeschluss „Sachsens Bibliotheken rechtlich aufwerten und zukunftsfähig machen“

1. die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag aufgefordert, die 2013 beendete Diskussion um ein eigenständiges Bibliotheksgesetz wieder politisch aufzugreifen, vor allem aber initiativ zu bearbeiten;
2. die SPD-Fraktion aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bibliotheksverband (Landesverband Sachsen) die Diskussion ergebnisorientiert so aufzugreifen, dass der Arbeitsprozess ausreichend die Forderungspunkte 2a)–2f) des bisherigen Beschlusses sowie die Möglichkeit der Implementierung von Schulbibliotheken in einen möglichen Gesetzesentwurf berücksichtigt;
3. die Aufforderung an die Vertreterinnen und Vertreter der SGK in Sachsen erneuert, die kommunalen Spitzenverbände für das Thema „Bibliotheksgesetz“ zu sensibilisieren und innerhalb dieser die Diskussion anzustoßen, inwiefern und unter welchen Voraussetzungen ein Anreiz- oder Verpflichtungsgesetz von den Städten, Kreisen und Gemeinden getragen werden kann.
4. an diejenigen SPD-Mitglieder, die der Staatsregierung angehören, die Aufforderung gerichtet, ein entsprechendes Gesetzesvorhaben nach Kräften zu unterstützen.

Begründung:

Auf dem Landesparteitag 2012 wurde der Antrag „Sachsens Bibliotheken rechtlich aufwerten und zukunftsfähig machen“ in seinen vier Punkten einstimmig beschlossen. Zur Erinnerung:

1. *Die SPD erkennt Bibliotheken als Bestandteil des sächsischen Bildungswesens an. Ebenso sind sie integraler Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft.*

Anträge Bildung

- 44 *Die SPD Sachsen tritt deshalb aus bildungspolitischer Verantwortung für die recht-*
45 *liche Stärkung des Bibliothekswesens durch ein eigenständiges Bibliotheksgesetz*
46 *im Freistaat ein.*
47
- 48 2. *Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird aufgefordert, die bisherigen Dis-*
49 *kussionen um ein eigenständiges Bibliotheksgesetz in Zusammenarbeit mit dem*
50 *Deutschen Bibliotheksverband (Landesverband Sachsen) dergestalt aufzugreifen*
51 *und weiterzuentwickeln, dass*
52
- 53 a. *durch den Diskussionsprozess die fixierte Anerkennung von Öffentlichen*
54 *Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen im Freistaat erreicht*
55 *wird, ohne dabei deren Förderungswürdigkeit im Rahmen des Sächsischen*
56 *Kulturraumgesetzes infrage zu stellen;*
57 b. *sich mit der rechtlichen Aufwertung Aussagen zur personellen und fachli-*
58 *chen Qualitätssicherung verbinden, die maßgeblich zur Bibliotheksprofessi-*
59 *onalisierung im Freistaat beitragen werden;*
60 c. *die rechtliche Aufwertung des sächsischen Bibliothekswesens auch mit ei-*
61 *ner qualitativen, strukturellen und rechtlichen Aufwertung der Fachstellen-*
62 *arbeit einhergeht;*
63 d. *im Zuge dessen auch das „Gesetz über die Sächsische Landesbibliothek,*
64 *Staats- und Universitätsbibliothek Dresden“ eine wesentliche Überarbei-*
65 *tung und Anpassung an die Bedürfnisse der digitalen Informationsgesell-*
66 *schaft erfährt;*
67 e. *die Rechtsnorm zum Pflichtexemplar um den non-print-Bereich erweitert*
68 *und aus dem Sächsischen Pressegesetz in das zu schaffende eigenständ-*
69 *ige Bibliotheksgesetz überführt wird;*
70 f. *durch gezielte Anfragen an die Staatsregierung Informationen über die bis-*
71 *herigen Maßnahmen eingeholt werden, die offen legen, inwieweit das*
72 *sächsische Bibliothekswesen bezüglich seiner derzeitigen Standardisie-*
73 *rung den Erfordernissen der UN-BRK entspricht und welche Kosten bei ei-*
74 *ner Umstellung hin zum „inkluisiven Bibliothekswesen“ sowohl dem Frei-*
75 *staat als auch seinen Kommunen entstehen werden.*
76
- 77 3. *Die Vertreterinnen und Vertreter der SGK in Sachsen werden analog aufgefordert,*
78 *die kommunalen Spitzenverbände für das Thema „Bibliotheksgesetz“ zu sensibili-*
79 *sieren und innerhalb dieser die Diskussion anzustoßen, inwiefern und unter wel-*
80 *chen Voraussetzungen ein Anreiz- oder Verpflichtungsgesetz von den Städten,*
81 *Kreisen und Gemeinden getragen werden kann.*
82
- 83 4. *Die AfB Sachsen wird aufgefordert, die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wie*
84 *auch die Vertreterinnen und Vertreter der SGK in Sachsen bei der Erarbeitung ei-*
85 *nes eigenen bibliothekspolitischen Konzepts der sächsischen SPD inhaltlich und*
86 *strategisch zu unterstützen.*
87

Anträge Bildung

88 Nachdem in der V. Wahlperiode des Sächsischen Landtags eine diesen Sachgegenstand
89 betreffende Gesetzesinitiative seitens der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen, die im
90 Weiteren auch von der SPD-Fraktion unterstützt wurde, an der Mehrheit der christlibera-
91 len Koalition gescheitert war, wurde das Projekt einer Bibliotheksgesetzgebung in Sach-
92 sen durch die SPD politisch nicht wieder aufgegriffen. Insbesondere die Punkte 2) und 3)
93 des diesem Antrag zugrundeliegenden Beschlusses sind bisher nicht erledigt oder ausrei-
94 chend angegangen worden.

95

96 Die neue Legislaturperiode wie auch die Regierungsbeteiligung der SPD in Sachsen mi-
97 schen die Karten nun aber neu, so dass der vorliegende Antrag nicht nur an die bisher un-
98 erledigten Punkte erinnern, sondern die Forderungen vor dem Hintergrund der neuen
99 Rahmenbedingungen aktualisiert politisch neu beleben soll.

Anträge Bildung

Antrag B04

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten“

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Das Thema Gleichstellung ist ein gesellschaftlich übergreifendes Thema, welches entsprechend auch an den Hochschulen verstärkt Geltung erlangen muss.

Wichtigste Anlaufstelle sind dabei die Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler und dezentraler Ebene der sächsischen Hochschulen. Sie bewältigen eine Fülle von Aufgaben, welche die zeitlichen Ressourcen eines Ehrenamts bei weitem übersteigt. Wir sprechen uns daher für die Schaffung von hauptamtlichen Stellen bzw. einer staatlich definierten Entlastungsregelung bei den Dienstaufgaben von wissenschaftlichem Personal aus.

Weiterhin müssen die Gleichstellungsbeauftragten endlich über ein eigenes Budget verfügen können, damit Gleichstellungsarbeit vor Ort langfristig gesichert wird, neue Konzepte und Ideen erprobt werden können und Projekte eine Chance auf Realisierung haben. Nur so ist eine kontinuierliche und innovative Arbeit möglich. Hierfür sind die Regelungen in § 55 SächsHSFG zu konkretisieren.

Neben der oben beschriebenen Entlastung für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, braucht es ebenso neue Regelungen zur Entlastung von weiblich sozialisierten Menschen, die häufig in Gremien mitwirken. Wichtigster Fokus ist dabei die Arbeit von Professorinnen und wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen in Berufungskommissionen.

In Hinblick auf eine Ausgestaltung des Koalitionsvertrages sprechen wir uns für ein Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten innerhalb von Berufungskommissionen sowie den Organen der Hochschule aus. Hierzu muss mindestens ein aufschiebendes Veto im Hochschulgesetz verankert werden.

Um Berufungen wie Personalentwicklung transparent und gendersensibel durchführen zu können, sollen entsprechende Weiterbildungsangebote implementiert werden. Diese sollten einerseits fester Bestandteil der Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzepte der Hochschulen sein. Andererseits sollen neu berufene Professor*innen verpflichtend an den jeweiligen Schulungen teilnehmen.

Anträge Bildung

44 Damit sich die Wichtigkeit des Gleichstellungsauftrags in den Zielvereinbarungen zwi-
45 schen Hochschulen und Wissenschaftsministerium widerspiegelt, ist der prozentuale An-
46 teil am Leistungsbudget zu erhöhen. Bei der Neuverhandlung der Zuschussvereinbarung
47 im Globalen wie den Zielvereinbarungen je Hochschule ist dies in 2016 zu beachten. Hier-
48 bei sollen auch die Gleichstellungskonzepte verbindlichen Charakter erhalten.

49

50 **Begründung:**

51

52 Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU Sachsen besagt "Auch die Gleichstellungs-
53 beauftragten wollen wir stärken. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass es transpa-
54 rente Berufungsverfahren gibt." Nun gilt es diesen Satz auszuformulieren und Ziele zu
55 stecken, wie denn "Gleichstellungsbeauftragte stärken" und "transparente Berufungsver-
56 fahren" aussehen können.

57

58 Gleichstellungsbeauftragte sind derzeit ausschließlich als Ehrenamt ausgelegt und sollen
59 also nebenbei tätig sein. Dies zeigt klar das Verständnis an Sachsens Hochschulen für
60 Gleichstellungsarbeit: Sie wird nicht anerkannt bzw. wertgeschätzt, ist nicht strukturell ver-
61 ankert und kann vor allem langfristig keine Projekte planen. Diskriminierung soll nicht
62 mehr nur "gemanagt" werden, sondern es braucht eine Struktur Frauen*feindlichkeit, Aus-
63 grenzung und Abwertungen entgegenzutreten. Dafür sind ein ausreichendes Budget und
64 Entlastungsregelungen notwendig.

65

66 In den derzeitigen Berufungsverfahren haben Gleichstellungsbeauftragte kein Stimmrecht,
67 lediglich im Fakultätsrat können sie ihre Stimme abgeben. Das reicht bei weitem nicht
68 aus, um klar Position in diesen Gremien als Gleichstellungsbeauftragte*r ziehen zu kön-
69 nen. Wir sprechen uns daher für ein Vetorecht in Berufungskommissionen für Gleichstel-
70 lungsbeauftragte* aus, mindestens sollte ein aufschiebendes Veto im Hochschulgesetz
71 verankert werden. Es bedarf zudem klarer und einheitlicher Richtlinien für eine Berufung,
72 damit die Mitglieder Entscheidungen sicher treffen können sowie diese nachvollziehbar
73 und transparent sind. Es müssen vorab Wichtungen der angelegten Kriterien festgelegt
74 werden, welche fachbereichsabhängig an den Bedürfnissen der Fakultät bzw. des Insti-
75 tuts orientiert sind.

Anträge Bildung

Antrag B05

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Gute studentische Arbeit an sächsischen Hochschulen“

Ergänzend zu den vom Landtag geforderten Mindeststandards für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte soll bei der Erarbeitung von Personalentwicklungskonzepten, künftigen Dienstvereinbarungen oder den Selbstverpflichtungen der Hochschulen darauf hingewirkt werden, dass

- bei der Einstellung von studentischen Hilfskräften eine Regelvertragslaufzeit von mindestens 6 Monaten existiert, wobei 24 Monate anzustreben sind;

- bei der Einstellung von wissenschaftlichen Hilfskräften eine Regelvertragslaufzeit von mindestens 12 Monaten existiert, wobei 24 Monate anzustreben sind, sofern es sich nicht um eine Stelle zur Qualifikation handelt;

- bei der Einstellung von wissenschaftlichen Hilfskräften im Sinne von Qualifikationsstellen sich die Regelvertragslaufzeit an der Dauer der Qualifikation orientiert;

- alle Stellen, auch studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens hochschulintern ausgeschrieben werden;

- Zeiten von SHK- oder WHK-Tätigkeit während des Erst- und Zweitstudiums nicht nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz angerechnet werden;

- die Studierenden aber auch die Dienstvorgesetzten von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften über Rechte und Pflichten (bspw. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Mutterschutz etc.) regelmäßig aufgeklärt werden, im Besonderen jedoch zu Beginn ihres Vertragsverhältnisses. Die Aufklärung ist durch Unterschrift aller Vertragspartner_innen verbindlich zu machen und zu dokumentieren.

Weiterhin soll die Mittelzuweisung an die Hochschulen bzw. innerhalb der Hochschulen nicht mehr jahresbezogen, sondern lehrzentriert, d.h. mindestens am Semester oder gar akademischen Jahr, erfolgen. Entsprechende Regelungen sind im Sächsischen Haushaltsgesetz zu modifizieren, um die Überjährigkeit von Verträgen zu ermöglichen.

Des Weiteren fordern wir die Ausweitung des Personen- und Mitwirkungskreises im Sächsischen Personalvertretungsgesetz. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte dürfen nicht länger von einer ordentlichen Personalvertretung ausgenommen werden: Ggf. sind

Anträge Bildung

45 ob der i.d.R. kurzzeitigen Beschäftigung gesonderte Regelungen zu erlassen oder gar
46 Gremien analog der Jugend- und Ausbildungsververtretung zu etablieren.

47

48 Außerdem fordern wir, im Zuge der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
49 dafür Sorge zu tragen, dass Zeiten des Studiums unberücksichtigt bleiben. Orientierung
50 für die Zeiten der Nichtanrechnung sowie der Höchstbefristungsdauer muss die Regelstu-
51 dienzeit sein. Demnach ist die Dauer von vier auf mindestens fünf Jahre im neuen §6 des
52 RefE zum WissZeitVG zu erhöhen.

53

54 **Begründung:**

55

56 In Drs. 6/2006 wurde beschlossen, dass für studentische Hilfskräfte eine Mindestvertrags-
57 laufzeit von 3 Monaten und für wissenschaftliche Hilfskräfte von 6 Monaten gelten soll.
58 Dies soll durch Vereinbarungen mit den Hochschulen gesichert werden. Wir sind der An-
59 sicht, dass eine verbindlichere Festlegung besser geeignet wäre und der Mindeststandard
60 richtig ist, jedoch bei den Verhandlungen zwischen SMWK und Hochschulen auch eine
61 Regelvertragslaufzeit vereinbart werden sollte. Dies auch vor dem Hintergrund, dass
62 dadurch mehr Betroffene von ihren erweiterten Rechten erfahren und diese im Zweifel e-
63 her einfordern.

64

65 Kuriose Beschäftigungen sind derzeit keine Seltenheit an Hochschulen. Monatliche Ver-
66 tragsverlängerungen oder Vertragslaufzeiten von 2 Wochen sind für die Beschäftigten
67 eine Belastung. Gerade für finanziell benachteiligte Student*innen sind so Stellen an ihrer
68 Hochschule oft nicht möglich, da beim Zwang neben dem Studium zu arbeiten, langfris-
69 tige Sicherheit (wie beispielsweise in der Gastronomie) wichtiger ist, als die eigentliche
70 Tätigkeit. Daraus, wie aus weiteren Gründen, ergibt sich aus unserer Sicht auch die
71 Pflicht zur Ausschreibung. Zum einen soll so Transparenz über die Bandbreite an Stellen
72 geschaffen werden, aber auch verhindert werden, dass eine "unter der Hand" Vergabe
73 passiert. Zwar können sich Professor*innen weiter ihre bevorzugten Student*innen aussu-
74 chen, lassen sich von guten Bewerbungen vielleicht aber auch überzeugen.

75

76 In Hinblick auf die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes aber auch die alltägli-
77 che Praxis der Personalverwaltungen muss klargestellt werden, dass Zeiten als SHK oder
78 WHK im Studium nicht angerechnet werden. Dies gilt sowohl für das Erst- wie Zweitstu-
79 dium und trägt somit der neuen Studienstruktur von Bachelor und Master Rechnung. Zu-
80 dem darf keine fiktive Semesterzahl bei der Nicht-Berücksichtigung zu Grunde gelegt wer-
81 den, sondern der jeweils individuelle Studienverlauf, d.h. ausschlaggebend ist die Im-
82 matrikulation.

83

84 In Hinblick auf die Änderung des Turnus der Mittelzuweisung steht insbesondere die Be-
85 schäftigung von Studierenden im Wintersemester im Fokus. So werden häufig Verträge
86 von Anfang Oktober bis Ende Dezember geschlossen, obwohl die reale Arbeitsleistung
87 von Mitte Oktober bis Ende Januar oder Mitte Februar erbracht wird. Gerade in Hinblick
88 auf die Dokumentationspflicht, welche dank der Einführung des Mindestlohns, nunmehr
89 vermehrt an Hochschulen zur Anwendung kommt, bedarf es einer zeitnahen Änderung.

Anträge Bildung

- 90 Es muss sichergestellt werden, dass den Hochschulen Mittel bereits zum Jahresbeginn
91 zugewiesen wurden, damit auch überjährig, am Vorlesungszeitraum orientierte Verträge
92 geschlossen werden können.
93
- 94 Noch immer sind studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte laut SächsPersVG von
95 einer Mitwirkung ausgeschlossen. Dies ist mit der Novellierung in 2015/16 zu beheben,
96 damit diese Arbeitnehmer*innen künftig, d.h. ab der Wahl im Frühjahr 2016, vertreten
97 sind.

Anträge Bildung

Antrag B06

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller:

SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost / Ost

Thema: Digitalisierung der Bildung mithilfe von Open Educational Resources voranbringen

Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die SPD Sachsen dafür einsetzt, dass sich der Sächsische Landtag zur Pariser Resolution zu Open Educational Resources aus dem Jahr 2012 bekennt und sich der Beirat „Digitale Wertschöpfung“ nachhaltig mit dem Thema beschäftigt.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der „Digitalen Offensive“ in Sachsen und der offensichtlich immer bedeutender werdenden Digitalisierung in der Bildung muss der Freistaat Möglichkeiten finden, diese zielorientiert und kostengünstig umzusetzen.

„Open Educational Resources“ sind frei zugängliche Bildungsmaterialien im Internet, die im Unterricht an Schulen und Hochschulen benutzt werden können.

Die Pariser Resolution sieht vor, dass Wege gefunden werden sollen, über diese OERs aufzuklären und sie in schulische Prozesse einzubinden.

Weiterhin kann digitale Bildung individualisierte und kooperative Lernprozesse sowie die Inklusion sinnvoll unterstützen.

WELTKONGRESS ZU OPEN EDUCATIONAL RESOURCES (OER) UNESCO,
PARIS, 20.-22. JUNI 2012 - PARISER ERKLÄRUNG ZU OER (2012)

Der in Paris vom 20. bis 22. Juni 2012 abgehaltene OER-Weltkongress

Unter Berücksichtigung relevanter internationaler Texte, darunter:

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel 26.1), welche besagt: „Jeder hat das Recht auf Bildung“;

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 13.1), welcher „das Recht eines jeden auf Bildung“ anerkennt;

Anträge Bildung

- 46 Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst von
47 1971 und der WIPO-Urheberrechtsvertrag von 1996;
48
- 49 Die Millenniumserklärung und der Aktionsrahmen von Dakar aus dem Jahr 2000,
50 welche die weltweite Verpflichtung beinhalten allen Kindern, Jugendlichen und Er-
51 wachsenen qualitativ hochwertige Grundbildung zu bieten;
52
- 53 Die Grundsatzerklärung des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft 2003,
54 welche sich dem Ziel verpflichtet, „eine den Menschen in den Mittelpunkt stellende,
55 inklusive und entwicklungsorientierte Informationsgesellschaft aufzubauen, in der
56 ein jeder Informationen und Wissen schaffen, abrufen, nutzen und verbreiten
57 kann“;
58
- 59 Die UNESCO-Empfehlung zur Förderung und Nutzung der Mehrsprachigkeit und
60 zum allgemeinen Zugang zum Cyberspace von 2003;
61
- 62 Das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt
63 kultureller Ausdrucksformen von 2005, welches besagt: „Der gleichberechtigte Zu-
64 gang zu einem reichen und vielfältigen Spektrum kultureller Ausdrucksformen aus
65 der ganzen Welt und der Zugang der Kulturen zu den Mitteln des Ausdrucks und
66 der Verbreitung stellen wichtige Elemente dar, um die kulturelle Vielfalt zu vergrößern
67 und das gegenseitige Verständnis zu fördern“;
68
- 69 Das UNESCO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
70 (Artikel 24) von 2006, welches das Recht von Menschen mit Behinderungen
71 auf Bildung anerkennt;
72
- 73 Die Erklärungen der sechs internationalen Konferenzen zur Erwachsenenbildung
74 (CON- FINTEA), welche die wesentliche Rolle der Erwachsenenbildung betonen.
75
- 76 Unter Betonung des Sachverhaltes, dass der Begriff Open Educational Resources (OER)
77 erstmals 2002 auf dem UNESCO-Forum zu Open CourseWare geprägt wurde und folgen-
78 des bezeichnet: „Lehr-, Lern- und Forschungsressourcen in Form jeden Mediums, digital
79 oder anderweitig, die gemeinfrei sind oder unter einer offenen Lizenz veröffentlicht wur-
80 den, welche den kostenlosen Zugang, sowie die kostenlose Nutzung, Bearbeitung und
81 Weiterverbreitung durch Andere ohne oder mit geringfügigen Einschränkungen erlaubt.
82 Das Prinzip der offenen Lizenzierung bewegt sich innerhalb des bestehenden Rahmens
83 des Urheberrechts, wie er durch einschlägige internationale Abkommen festgelegt ist, und
84 respektiert die Urheberschaft an einem Werk“;
85
- 86 Eingedenk bestehender Erklärungen und Leitlinien zu Open Educational Resources, wie
87 die Cape Town Open Education Declaration von 2007, die Dakar Declaration on Open
88 Educational Resources von 2009 und der von Commonwealth of Learning und UNESCO
89 veröffentlichten Leitlinien zu Open Educational Resources in der Hochschulbildung von
90 2011;

Anträge Bildung

91

92 In dem Bewusstsein, dass Open Educational Resources (OER) die Ziele der oben ge-
93 nannten internationalen Erklärungen unterstützen;

94

95 Empfiehlt, dass Staaten im Rahmen ihrer Kapazitäten und Autorität:

96

97 a) *Die Bekanntheit und Nutzung von OER fördern.*

98 OER fördern und nutzen, um den Zugang zu – sowohl formaler als auch non-for-
99 maler– Bildung auf allen Ebenen auszuweiten mit der Perspektive lebenslangen
100 Lernens, und damit zu sozialer Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und sonder-
101 pädagogischer Förderung beitragen. Sowohl Kosteneffizienz als auch Qualität von
102 Lehre und Lernergebnissen durch eine stärkere Nutzung von OER verbessern.

103

104 b) *Günstige Rahmenbedingungen für den Einsatz von Informations- und Kommunika-
105 tionstechnologien schaffen.*

106 Die digitale Kluft durch die Entwicklung adäquater Infrastruktur überbrücken, ins-
107 besondere durch erschwingliche Breitbandanschlussmöglichkeiten, weit verbrei-
108 tete mobile Technologie und zuverlässige Stromversorgung. Medien- und Informa-
109 tionskompetenz verbessern und die Entwicklung und Nutzung von OER in offenen
110 digitalen Standardformaten fördern.

111

112 c) *Die Entwicklung von OER-Strategien und Regelungen zu verstärken.*

113 Die Entwicklung spezifischer Regelungen zur Erstellung und Nutzung von OER in-
114 nerhalb breiter angelegter Strategien zur Bildungsförderung unterstützen.

115

116 d) *Das Verständnis und die Nutzung offener Lizenzen fördern.*

117 Die weltweite Wiederverwendung, Überarbeitung, Vermischung und Weiterverbrei-
118 tung von Bildungsmaterialien durch offene Lizenzen ermöglichen, was sich auf
119 eine Reihe von Rahmenbedingungen bezieht, die verschiedene Nutzungsarten zu-
120 lassen und gleichzeitig die Rechte jedes Urheberrechtsinhabers respektieren.

121

122 e) *Den Kapazitätsaufbau für die nachhaltige Entwicklung hochwertiger Lernmateria-
123 lien unterstützen.*

124 Institutionen unterstützen, Lehrende und andere Fachkräfte trainieren und motivie-
125 ren, hochwertige und zugängliche Bildungsressourcen herzustellen und zu verbrei-
126 ten und dabei lokale Bedürfnisse und die gesamte Vielfalt an Lernenden zu be-
127 rücksichtigen. Qualitätssicherung und Peer Review von OER fördern. Die Entwick-
128 lung von Mechanismen zur Bewertung und Zertifizierung von durch OER erreich-
129 ten Lernergebnissen anregen.

130

131 f) *Strategische Allianzen zugunsten OER fördern.*

132 Neue Technologien nutzen, um Möglichkeiten zur Weitergabe von Materialien zu
133 schaffen, die unter einer offenen Lizenz in verschiedenen Medien veröffentlicht
134 worden sind, und Nachhaltigkeit sichern durch neue strategische Partnerschaften

Anträge Bildung

- 135 sowohl innerhalb der Bereiche Bildung, Industrie, Bibliotheken, Medien und Tele-
136 kommunikation als auch untereinander.
137
- 138 g) *Die Entwicklung und Bearbeitung von OER in einer Vielzahl an Sprachen und kul-*
139 *turellen Kontexten anregen.*
140 Die Erstellung und Nutzung von OER in lokalen Sprachen und vielfältigen kulturel-
141 len Kontexten begünstigen, um ihre Relevanz und Zugänglichkeit zu sichern. Zwi-
142 schenstaatliche Organisationen sollten das Teilen von OER über Sprachen und
143 Kulturen hinaus unter Beachtung in- digenen Wissens und indigener Rechte för-
144 dern.
- 145
- 146 h) *Forschung zu OER anregen.*
147 Forschung anregen zu Entwicklung, Nutzung, Evaluierung und Rekontextualisie-
148 rung von OER ebenso wie zu den Möglichkeiten und Herausforderungen, welche
149 sich durch OER ergeben, sowie zu ihren Auswirkungen auf die Qualität und Kos-
150 teneffizienz von Lehre und Lernen, um die evidenzbasierte Grundlage für öffentli-
151 che Investitionen in OER zu stärken.
152
- 153 i) *Das Auffinden, Abrufen und Verbreiten von OER erleichtern.*
154 Die Entwicklung nutzerfreundlicher Tools zum Auffinden und Abrufen von OER für
155 spezifische Bedürfnisse fördern, geeignete offene Standards übernehmen, um In-
156 teroperabilität sicher zu stellen und die Nutzung von OER in unterschiedlichen Me-
157 dien zu erleichtern.
158
- 159 j) *Offene Lizenzen für öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien fördern.*
160 Regierungen/zuständige Behörden können beträchtlichen Nutzen für ihre Bürger
161 erzielen, indem sie sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien
162 unter offenen Lizenzen (mit allen Einschränkungen, die ihnen notwendig erschei-
163 nen) verfügbar gemacht werden, um die Wirkung der Investition zu maximieren.
164
- 165 Übersetzung der Deutschen UNESCO-Kommission

Anträge Bildung

Antrag B07

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AfB Sachsen

Thema:

Nachhaltigkeit lernen, lehren und leben: Verankerung des Konzeptes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Leitidee bildungspolitischen Handelns

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag möge sich dafür einsetzen, das Konzept der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) fraktionsübergreifend als Leitidee bildungspolitischen Handelns in allen Bildungsbereichen zu verankern sowie dessen Verbreitung und Verstetigung zu unterstützen.

Als fraktionsübergreifend gewollte bildungspolitische Leitidee soll BNE besonders in einer Neufassung der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie¹ prominent und inhaltsstark verankert werden.²

Auch in anderen zu entwickelnden resp. zu aktualisierenden sächsischen Regelwerken, Durchführungsverordnungen oder Gesetzestexten soll zukünftig neben fach-, ressort- oder inhaltlichen Aspekten ein zur Verstetigung von BNE angetaner Bezug beachtet werden.

Begründung:

Das Konzept der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist mehr als nur eine „erweiterte Umweltbildung“. Es stellt für Bildungseinrichtungen keine „zusätzliche Aufgabe“ dar, sondern will Jede und Jeden befähigen und motivieren, sich durch eigenverantwortliches Handeln an der Gestaltung des globalen Prozesses, den wir unter dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ fassen, zu beteiligen.

Die Menschen im Freistaat sehen sich dabei in einer besonderen Tradition: Die Wurzeln der Nachhaltigkeitsidee sind in Sachsen zu finden. – Es gilt, auch zukünftig dieses Erbe lernend und lehrend zu pflegen und weiter zu entwickeln.

¹ Freistaat Sachsen: Sachsen hat Zukunft. Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen. Dresden 2013.

² Die Sächsische Nachhaltigkeitsstrategie dient als Instrument zur Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie bildet für den Freistaat Sachsen einen ressortübergreifenden Handlungsrahmen, der Richtlinien zur Nachhaltigkeitsentwicklung in Sachsen festschreibt.

Zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie siehe „Perspektiven für Deutschland“. Berlin 2002—2014. Vgl. hierzu auch die „Fortschrittsberichte zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“

Anträge Bildung

41 *Sachsen lernt, lehrt und lebt Nachhaltigkeit*

42

43 Geschuldet dem Umstand eines unangemessen hohen Ressourcenverbrauches – im aus-
44 laufenden 17. Jahrhundert wurde die Endlichkeit von Holz offenkundig – definierte ein auf-
45 geklärter Sachse³ den anerkannten Wert- und Handlungsmaßstab: Verbrauch und Erhalt
46 von Verfügbarkeiten (Ressourcen) müssen in einem solchen Verhältnis zueinander ste-
47 hen, dass die Gesamtheit von Ressourcen (Bestände) ausgewogen, „nachhaltend“ und
48 kontinuierlich regenerierbar ist.⁴

49

50 Damit wurden wesentliche Kriterien im Nachhaltigkeitskontext des vorindustriellen Sach-
51 sen festgeschrieben: Ein nachhaltiger Charakter von Handlungsfeldern in der Gesellschaft
52 ist dann gegeben, wenn

53

- 54 • diese in ihren Abhängigkeiten zu anderen Handlungsfeldern gestaltet werden,
- 55 • dabei Ressourcenverbrauch an einem tatsächlich notwendigen Verbrauch orien-
56 tiert wird,
- 57 • Prozesse ständig und durchgängig effizienter gestaltet werden, und
- 58 • diese Prozesse aus sich selbst reproduzierbar sind.

59

60 „Nachhaltige Entwicklung“ als spezifische Entwicklungsform bietet unter dem Gesichts-
61 punkt der Endlichkeit von Verfügbarkeiten (Ressourcen) die begründete Alternative zu ei-
62 nem drohenden Kollaps, wie er aus der Fortsetzung der gegenwärtig global vorherrschen-
63 den Lebens- und Aneignungsprozesse resultieren muss.

64 Eine neuerliche Besinnung auf die Endlichkeit von Ressourcen bei gleichzeitiger Überlas-
65 tung der Umwelt sowie eine kritische Reflektion der Wirkungsgefüge zwischen Mensch
66 und natürlicher Umwelt führen zwangsläufig zu der Einsicht, dass nur eine „Große Trans-
67 formation“ und damit die Änderung der bisher vorherrschenden Wirtschaftsweise eine
68 Apokalypse verhindern können.

69 In dem kulturbestimmten Prozess einer nachhaltigen Entwicklung realisiert sich in einer
70 aufgeschlossenen sächsischen Heimat die Einheit von Verstehen und Handeln.

71 Die dafür zu beschreitenden Entwicklungspfade werden die Menschen in den folgenden
72 Jahrzehnten herausfordern – auch Enkelgenerationen werden diesen Prozess fort zu füh-
73 ren haben: Sie werden diese Aufgabe zukünftig in dem Maß leisten können, wie wir heute
74 als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereit sind, uns mit unserem Wollen und
75 Handeln dafür einzubringen.

76

77 Nachhaltige Entwicklung ist also kein Selbstzweck: Sie dient letztlich der Sicherung, dem
78 Erhalt und der weiteren Gestaltung von Wirtschaftskraft sowie guten Lebensbedingungen
79 im Freistaat Sachsen. In diesem Kontext erscheint der Begriff des Wachstums als eine

³ Hans Carl von Carlowitz, eigentlich Johann „Hannß“ Carl von Carlowitz, (* 14. Dezember 1645 in Oberrabenstein bei Chemnitz; † 3. März 1714 in Freiberg, Sachsen)

⁴ „Wird derhalben die größte Kunst/Wissenschaft/Fleiß und Einrichtung hiesiger Lande darinnen beruhen / wie eine sothane Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen / daß es eine continuiertliche beständige und nachhaltige Nutzung gebe / weiln es eine unentberliche Sache ist / ohne welche das Land in seinem Esse (im Sinne von Wesen, Dasein, d. Verf.) nicht bleiben mag.“
(Sylvicultura Oeconomica...; Leipzig. 1713. S. 105—106)

Anträge Bildung

80 sorgsam neu zu konstruierende Vokabel, die sich in Zukunft stärker an lebensnotwendi-
81 gen Rahmenbedingungen, an der Gestaltung von Menschenwohl und damit weniger an
82 der Darstellung wirtschaftlicher Kennziffern orientieren wird.
83 Diese Handlungsweisen, die uns im Rahmen der Großen Transformation beschäftigen
84 werden, verlangen besonders bildungsseitig gesamtgesellschaftliches Engagement, wie
85 es die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte immer hervorzubringen vermochte. Die Chan-
86 cen des Ansatzes „Aufstieg durch Bildung“ gilt es wahrhaft und konsequent zu nutzen.

87
88 *Nachhaltigkeit lernen, lehren und leben: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist weltweit*
89 *anerkannt – Sachsen ist dabei!*

90
91 Das Konzept der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) bietet dem Einzelnen und
92 der globalen Gemeinschaft die Grundlagen zur Initiierung und Umsetzung nachhaltiger
93 Entwicklung. Es verfolgt das Ziel, im globalen Kontext von Ökologie, Sozialem, Ökonomie
94 und Kulturellem entsprechende Gestaltungskompetenzen des Einzelnen zu entwickeln,
95 die sich in gerichtetem Verantwortungsbewusstsein gegenüber gegenwärtigen und nach-
96 folgenden Generationen dokumentieren.

97
98 Gestaltungskompetenz bezeichnet dabei die Fähigkeiten des Einzelnen, Wissen über
99 nachhaltige Entwicklung anwenden sowie Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung erken-
100 nen zu können. Sie umfasst u.a. folgende Fähigkeiten:

- 101 - vorausschauendes Denken,
- 102 - interdisziplinäres Wissen,
- 103 - autonomes Handeln,
- 104 - Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

105
106 Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt deshalb Wissen über
107 - grundlegende Methoden vernetzten Denkens,
108 - globale Zusammenhänge und Herausforderungen,
109 - die komplexen ökologischen, ökonomischen, kulturellen sowie die sozialen Ursa-
110 chen globaler Zusammenhänge und Herausforderungen.

111
112 Das Konzept fordert und fördert gleichermaßen inklusiv gestaltete Ansätze und Handlun-
113 gen, trägt zur Förderung von Vielfalt bei und bestärkt den Einzelnen, sich als Akteur mit
114 individuellen Ansichten demokratisch einbringen zu können. Das Konzept ist für seine
115 Umsetzung nicht auf einzelne Kulturkreise oder Regionen begrenzt. Es trägt unterschiedli-
116 chen theoretischen Ansätzen sowie individuellen Lebensentwürfen und vielfältigen Welt-
117 anschauungen Rechnung.

118
119
120
121
122
123
124

Anträge Bildung

125 *Bildung für nachhaltige Entwicklung: Auf dem Weg vom Prozess zur Struktur*

126

127 Um den Gedanken von BNE zur Schaffung von Grundlagen nachhaltiger Entwicklung zu
128 verbreiten und zu verstetigen, hatte die UNESCO die Jahre 2005–2014 als Weltdekade
129 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen.⁵

130 Im Jahr 2015 wurden zahlreiche Folgeaktivitäten und ein anschlussfähiges „Weltaktions-
131 programm BNE“⁶ ins Leben gerufen, durch die BNE auf dem Weg vom Prozess zur Struk-
132 tur eine neue Wirkmächtigkeit erlangen kann.

133

134 Eine Verankerung und weitere Etablierung des Konzeptes „Bildung für nachhaltige Ent-
135 wicklung“ im sächsischen Bildungssystem mit allen Bildungsbereichen und Facetten ist
136 eine Herausforderung, die es verantwortlich zu gestalten gilt: Zählten früher Noten („Zen-
137 suren“) als vordergründiger Beleg für einen Bildungserfolg, steht heute und in Zukunft die
138 Frage nach ausgeprägten Kompetenzen für verantwortungsvolles und –bewusstes Han-
139 deln im Vordergrund – einem Handeln, das in direktem Zusammenhang mit vielen aktuel-
140 len Tendenzen im globalen Kontext zu sehen ist.

141

142 Das Konzept der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zeigt seine Wirksamkeit und Stär-
143 ken auch in seiner ausgeprägten Zielrichtung der Stärkung von Vielfalt und Akzeptanz,
144 Gleichberechtigung und Teilhabe – ob zwischen Geschlechtern, in der Familie, am Ar-
145beitsplatz bzw. in- und zwischen Gesellschaften oder Kontinenten. – Jede und Jeder kann
146 sich unabhängig von Konfession oder pädagogischer Präferenz aufgerufen fühlen, sich
147 gleichermaßen als Lernender und Lehrender in das Feld der BNE einzubringen.

148 Auch heute bedient das Konzept der BNE schon inhaltliche und methodische Anforderun-
149 gen an einen gelingenden Weg in eine von Nachhaltigkeit geprägte Zukunft.

150

151 Weiterer Handlungsbedarf

152 - Innerparteilich sollten geeignete Formate gefunden und entwickelt werden, die der
153 o.g. Antragstellung entgegenkommen: Themenforen, Arbeitskreise oder die Befas-
154 sung im Rahmen von Parteitagern mit dem Themenkreis wären empfehlenswert.

⁵ BNE wurde bereits in diverse globale Rahmenprogramme integriert, die wichtige Bereiche der nachhaltigen Entwicklung betreffen:

- Klimawandel: Art. 6 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und ihre Arbeitsprogramme,
- Biodiversität: Art. 13 der Biodiversitätskonvention und ihre Arbeitsprogramme,
- Katastrophenvorsorge: Hyogo Framework for Action 2005—2015. Building the Resilience of Nations and Communities to Desasters,
- Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion: Sustainable Lifestyles and Education Programme des 10-Jahres-Rahmenprogramms zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster 2012—2021.

⁶ Das Weltaktionsprogramm BNE wurde durch die UNESCO entwickelt, 2014 in Aichi-Nagoya beschlossen und stellt einen praxisnahen Beitrag zu den Post-2015-Entwicklungs- und Bildungsagenden dar.

Anträge Bildung

Antrag B08

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AfB Sachsen

Thema: Mit neuem Schulgesetz Sachsens Schulen für die Zukunft rüsten

Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden auch Sachsens Schulen vor große Herausforderungen stellen, sei es

- schon relativ kurzfristig die drängende Bewältigung des demografischen Wandels mit Blick auf ein hochwertiges aber auch finanzierbares Schulnetz,
- die Frage der Bildungsgerechtigkeit zwischen Stadt-Land und damit die Bildungschancen jedes Einzelnen und jeder Einzelnen;
- ebenso kurzfristig die quantitative und qualitative Sicherung der LehrerInnenversorgung sowohl in Summe als auch regional, z. B. im peripheren ländlichen Raum;
- die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit weitreichenden Folgen für die interne Differenzierung von Bildungsprozessen, für welche unsere Schulen weder vorbereitet noch ausgestattet sind;
- die Fülle an noch gar nicht fassbaren Veränderungen der "digitalen Revolution" in allen Lebensbereichen, die in ihrem Ausmaß mit der industriellen Revolution vergleichbar ist und nicht nur die Funktion schulischer Bildung und damit deren Bildungsauftrag verändern wird, sondern auch die Art und Weise, wie Schule betrieben wird bzw. werden kann.

Je eher und nachhaltiger wir diesen Herausforderungen begegnen, umso besser werden wir auch in Zukunft Lebenschancen und Leistungsfähigkeit sichern und ausbauen. Auch wenn ein Gesetz nur den Rahmen für diese Entwicklungen gibt, so hängt es doch sehr von diesem ab, wie effizient künftig Schule und Gesellschaft diese Anforderungen meistern werden, ob wir immer nur den Entwicklungen hinterherlaufen und Feuerwehr spielen müssen, oder ob wir die Zukunft aktiv gestalten und damit auch unsere Ziele verwirklichen und unsere Potentiale entfalten und nutzen können.

Ausnahmslos alle der obigen Anforderungen verweisen auf ein Problem nicht nur sächsischer Schulen: Sie sind, obwohl massiv von diesen Problemen betroffen, nicht in der Lage, mit ihnen konstruktiv umzugehen. Sie sind eingebunden in ein Einheitsschulwesen, welches nach wie vor meint, dass zentral vorgegebene Strukturen und darauf fußende Ressourcenzuweisungen den Bildungserfolg sichern. Leidtragende dieses Festhaltens an zentraler Steuerung sind alle Beteiligten: die Verwaltung, die mit den rechnerisch ausreichenden Ressourcen nur ein Loch mit dem nächsten stopft; die Lehrenden, die in ihrem Engagement oft ohnmächtig zusehen müssen, wie sie jungen Menschen nicht das auf den Weg geben können, was ihr Anspruch ist; und natürlich die jungen Menschen selbst, die teilweise schon in ihrer Schulzeit von Chancen abgeschnitten werden und vor allem ganz praktisch erleben, wie Schule und Leben auseinanderdriften, sie zu wenig von dem

Anträge Bildung

46 mit auf ihren Weg bekommen, was sie benötigen - dafür aber genügend Ballast, der
47 selbst dann, wenn er von Nutzen wäre, längst abgeworfen ist.

48

49 Vor diesem Hintergrund ist es für Sachsen ein Glücksfall, dass die formal durch die Um-
50 setzung der UN-Behindertenrechtskonvention nötig gewordene Novellierung des Schulge-
51 setzes in eine Zeit fällt, in der die sächsische SPD an der Regierung beteiligt ist. Oder je-
52 denfalls kann es ein Glücksfall sein, wenn sich die SPD stark macht für starke Schulen in
53 Sachsen und damit für eine nachhaltig gute schulische Bildung. Deshalb fordern wir die
54 SPD-Landtagsfraktion als Teil des Gesetzgebers wie unsere Kabinettsmitglieder auf, sich
55 für eine Novellierung des Schulgesetzes stark zu machen, welche sich an den folgenden
56 Schwerpunkten orientiert:

57

1. Verantwortliche Schule und dynamisches Schulnetz

58

59
60 Das neue Schulgesetz muss die Verantwortung im System Schule zwischen den Akteu-
61 ren (Schulen, Schulträgern, Schulverwaltung) neu verteilen und bestimmen.

62

63 Die Schulen müssen vor allem den verantwortlichen Zugriff auf ihre originär zu gestalten-
64 den Prozesse erhalten, also insbesondere die Gestaltung der Lernprozesse entsprechend
65 ihrer speziellen Klientel und ihrer speziellen Bedingungen vor Ort. Dazu müssen sie einer-
66 seits verlässlich auf Ressourcen (vor allem Personal), die sich grundsätzlich an den Schü-
67 llerzahlen orientieren, und auf Beratungs- und Unterstützungsleistungen zugreifen können.
68 Sie müssen befreit werden von normativen Struktur- und Organisationsvorgaben (z. B.
69 Klassen- und Schulgrößen, Trennung von Bildungsgängen). Andererseits bedarf es für
70 die Schulen verbindlicher Qualitätsstandards, an denen sie sich auszurichten haben.

71

72 Das Setzen und Sichern dieser Standards (Qualitätsmanagement) liegt in Verantwortung
73 des Landes, koordiniert mit der Bundesebene, und beschreibt neben der bedarfsgerech-
74 ten Zuweisung der personellen Ressourcen die wesentliche künftige Aufgabe der Schul-
75 verwaltung und -aufsicht. Auf Landesebene ist in enger Kooperation mit der LehrerInnen-
76 ausbildung, ein Unterstützungssystem für Schulen aufzubauen.

77 Mit dem Fall normativer Klassen- und Schulgrößen und damit der Bindung der staatlichen
78 Ressourcenzuweisung an Lerngruppen, hängt künftig die Größe einer Schule vor allem
79 von ihrem pädagogischen Konzept ab, welches den Bildungserfolg bezogen auch auf
80 diese Größe sichern muss. Damit erhalten die Schulträger wirklich gestaltenden Einfluss
81 auf eine Schulnetzplanung, welche sich an Standards für eine Mindestversorgung, die
82 sich auf erreichbare Abschlüsse und Bildungsgänge bezieht, orientieren und diese sichern
83 müssen. Die Schulverwaltung wird damit künftig nicht mehr eingreifen, um eine Schule zu
84 schließen, sondern um vom Schulträger eine Schule zu fordern. Damit wird der Weg frei
85 für neue strukturelle Optionen, wie die Nutzung der Berufsschulzentren als Oberstufen-
86 zentren, Schulverbände, Außenstellen, Jahrgangsmischung, kooperative oder integrierte
87 Bildungsgänge etc.. Die aktuellen und künftig absehbaren Probleme im Schulnetz können
88 aus unserer Sicht nur so nachhaltig gelöst werden. Die Alternative wäre bei Beibehaltung
89 des Status quo, die massive Zuweisung zusätzlicher Ressourcen in kleine (ländliche) Sys-
90 teme und die Überfüllung der Schulen im urbanen Raum.

Anträge Bildung

91

92 Das neue Schulgesetz soll Regelungen enthalten, welche

- 93 o Standards für Bildungsgänge und Abschlüsse statt für Schularten setzen
- 94 o die personellen Ressourcen auf Grundlage von SchülerInnensätzen statt über nor-
- 95 mierte Lerngruppen an die Schulen zuweisen; dabei sollen sich die Basissätze an
- 96 der Schulstufe orientieren und über Aufschläge für
- 97 o Ganztagschulen bzw. -angebote,
- 98 o den Ausgleich sozialer Benachteiligungen (sozio-ökonomischer Hinter-
- 99 grund der Herkunftsfamilie),
- 100 o besonderen Förderbedarf einzelner SchülerInnen (wie am Rande der No-
- 101 vellierung des SächsFrTrSchulG in der Koalition vereinbart),
- 102 o sowie als Ausnahme und auf Antrag und mit expliziter Begründung der
- 103 Notwendigkeit für kleine Schulen
- 104 veredelt werden.
- 105 o ein verlässliches Unterstützungssystem verankert (Kompetenzzentren, Schulent-
- 106 wicklungsberaterInnen, Fort- und Weiterbildung, zentrale webbasierte Lern-, Be-
- 107 richts- und Verwaltungsplattformen etc.)
- 108 o einen flexibleren Personaleinsatz ermöglichen
- 109 o zum einen hinsichtlich multiprofessioneller Teams an den Schulen, also ne-
- 110 ben Lehrkräften, die Beschäftigung weiterer pädagogischer Professionen
- 111 (z. B. SozialpädagogInnen/SchulsozialarbeiterInnen in sozialen Brenn-
- 112 punkten)
- 113 o zum anderen die Option für Schulträger, Personal auch selbst und natürlich
- 114 nur nach Tarif einzustellen sowie auch besondere Anreize für Personal
- 115 zum Beispiel im peripheren ländlichen Raum zu schaffen.
- 116 o ein differenziertes und wohnortnahes Bildungs-Mindestangebot bezogen auf Bil-
- 117 dungsgänge und Abschlüsse in Verantwortung der Landkreise und kreisfreien
- 118 Städte in Kooperation aller Schulträger sichert statt Vorgaben für Schulmindest-
- 119 größen und Schularten zu machen; Dazu muss auch das Verhältnis zwischen
- 120 Schulen und Schulträger neu geregelt werden. Schulträgern muss es möglich
- 121 sein, den Charakter ihrer Schulen zu bestimmen, insbesondere welche Bildungs-
- 122 gänge wie (z. B. integriert) an welchen Standorten angeboten und welche Profile
- 123 eingrichtet werden.

124

125

2. Inklusion

126

127 Äußerer Anlass der Schulgesetznovelle ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskon-

128 vention und dabei insbesondere der Anspruch auf inklusive Beschulung. Wesentliche Vo-

129 raussetzungen hierfür sind die oben beschriebene und geforderte Ausweitung bzw. Neu-

130 definition der Verantwortung der einzelnen Schule sowie das aufzubauende Unterstüt-

131 zungssystem. Daneben bedarf es spezieller gesetzlicher Änderungen, welche vor allem

132 SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf im Blick haben, wo die Diagnose bislang zur

133 Einweisung in eine Förderschule führte und integrative Beschulung nur auf besonderen

Anträge Bildung

134 Antrag zuließ. Der Rechtsanspruch auf integrierte bzw. inklusive Beschulung muss im Ge-
135 setz verankert werden. Er darf künftig nicht mehr von vorhandenen Ressourcen abhängig
136 gemacht werden, sondern muss vielmehr die nötigen Ressourcen in die Schule lenken.

137

138 Darüber hinaus bzw. in Konsequenz sind folgende Punkte gesetzlich zu verankern:

- 139 ○ Abschaffung der Förderschulpflicht,
- 140 ○ Zulassung lernzieldifferenter Integration an allen Schulen und in allen Bildungs-
141 gängen,
- 142 ○ Umwandlung der Förderschulen zu Kompetenz- oder Förderzentren (als Teil des
143 neuen Unterstützungssystems), welche selbst perspektivisch in der Regel Schüle-
144 rInnen allenfalls noch kursorisch haben,
- 145 ○ Ansprüche auf Nachteilsausgleiche für Leistungsnachweise und Prüfungen,
- 146 ○ Abschlusssperren und damit die Pflicht für alle Schulen, einmal aufgenommene
147 Schülerinnen und Schüler auch bis zu einem Schulabschluss oder regulärem Ver-
148 lassen der Schule zu fördern,
- 149 ○ Verankerung der Schulassistenz in der Schule bei Klärung der Finanzierung über
150 die zuständigen Ministerien SMS und SMK, soweit es keine Änderungen auf Bun-
151 desebene gibt.

152

153 3. Übergang

154

155 Die Überführung der Schulen in zunehmend (eigen)verantwortlich handelnde und ler-
156 nende Systeme erfordert eine längere Übergangszeit (Aufbau Unterstützungssysteme, Er-
157 tüchtigung der Einzelschulen), ehe die neuen Regelungen für alle verbindlich gesetzt wer-
158 den. Sie sollen aber den Schulen, welche diese neue Verantwortung übernehmen wollen
159 und können, in dem Maße sofort zugänglich sein, wie diese Verantwortung von ihnen
160 übernommen wird.

161

162 Parallel ist ein Qualitätssicherungs- also auch ein Unterstützungssystem aufzubauen.
163 Auch dies braucht einige Jahre.

164

165 Begründung:

166

167 Der Antrag soll den Regierungsgliedern und der SPD-Landtagsfraktion nicht nur als
168 Handlungsorientierung dienen, sondern auch den Rücken in den Verhandlungen mit dem
169 Koalitionspartner stärken.

170

171 Die grundlegende Wende in der Verteilung der Verantwortung für die schulische Bildung
172 wird durch das Kultusministerium in dessen Entwurf nicht vollzogen werden. Die entspre-
173 chenden Signale sind deutlich genug. Ohne diesen Wandel wird Sachsens Schulsystem
174 in Zukunft zwar deutlich teurer, aber qualitativ kaum besser. Im Gegenteil ist damit zu
175 rechnen, dass zusätzliche Ressourcen allein vom Erhalt kleiner Standorte im ländlichen
176 Raum und der Minderung sozialer Folgen von großen Schulen und Klassen in den urba-
177 nen Räumen und Zentren verbraucht werden. Was beginnend mit den 70er Jahren des
178 vorigen Jahrhunderts zuerst in großen Unternehmen erkannt und verändert wurde und

Anträge Bildung

179 was seit mehr als 100 Jahren auch theoretisch bekannt und bestätigt ist, muss endlich
180 auch Einzug in unser Schulwesen finden: Erfolgreiches Handeln vor Ort benötigt neben
181 den nötigen materiellen Ressourcen immer dreierlei: Motivation, Sachkompetenz und
182 Handlungskompetenz, also Wollen, Können und Dürfen. Auf Ebene der Schulen ist dieser
183 Dreiklang derzeit nicht gegeben. In den grundlegenden Bereichen der Gestaltung der Bil-
184 dungsprozesse schränken staatliche Struktur- und Organisationsvorgaben die Handlungs-
185 kompetenz drastisch ein. Wenn aber Sachkompetenz zu wenig Handlungskompetenz fin-
186 det, leidet über kurz oder lang die Motivation. Das können wir zur Genüge nicht nur in
187 Sachsen beobachten. Dabei ist die Beschränkung der Handlungskompetenz der Schulen
188 begründet durch eine effektive Zuweisung der personellen Ressourcen: Wenn die Lehrer-
189 stellen entsprechend der gebildeten Lerngruppen zugewiesen werden, dann es ist für den
190 Geldgeber und damit die Verwaltung erheblich, ob eine solche Lerngruppe 14 oder 28
191 Schüler umfasst. Je kleiner die Lerngruppe, umso teurer ist sie.

192
193 Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, bedarf es also für die nötige Verantwortungs-
194 übertragung auf die Schulen vor allem einer anderen Zuweisung der Ressourcen, welche
195 nachvollziehbar und bedarfsgerecht ist und die Innovation vor Ort stimuliert statt dämpft.
196 Damit und durch Stärkung ihrer Schulträgerschaft erhalten aber auch die Schulträger
197 mehr Möglichkeiten, ein differenziertes Bildungsangebot vor Ort vorzuhalten. Zugleich ist
198 dies auch der Rahmen, in dem Inklusion nicht Ausnahme und Fremdkörper ist.

199
200 Der Antragstellerin ist klar, dass die vorgelegten Forderungen weit in die Zukunft greifen,
201 weshalb eine längere Übergangszeit im Gesetz geregelt werden muss. Zugleich aber
202 muss auch betont werden, dass diese Forderungen nicht neu sind, die SPD schon vor
203 mehr als zehn Jahren diesen Handlungsbedarf erkannt und öffentlich gemacht hat. So
204 weist der in Landtagsdrucksache 3/10760 von der sächsischen SPD vorgelegte Gesetz-
205 entwurf eines "Schulreformgesetzes" schon alle wesentlichen Veränderungen auf. In die-
206 sem Kontext wird sich dann auch unsere Forderung nach längerem gemeinsamem Ler-
207 nen demografischer Vernunft und pädagogischer Kompetenz folgend mit hoher Akzep-
208 tanz und ohne ideologische Grabenkämpfe in vielfältiger Form praktisch umsetzen.

209
210 Schließlich sei noch auf einen Punkt gesondert eingegangen, welcher unser Schulsystem
211 in den nächsten Jahren auf eine harte Probe stellen wird: die LehrerInnenversorgung.
212 Weil Entwicklungen verschlafen wurden und am falschen Ende gespart, befinden wir uns
213 in einer Situation, in der wir absehbar in den nächsten zehn Jahren den Bedarf an Lehr-
214 kräften nicht durch eigene AbsolventInnen decken können. Ein neues Schulgesetz in un-
215 serem Sinne schafft hier Entlastung, weil es flexibler ist und weil es auch für Tätigkeiten,
216 die nicht notwendig Lehrkräfte übernehmen müssen, andere Professionen in die Schule
217 holen kann. Auch wären diese Schulen offener für SeiteneinsteigerInnen. Auch verschafft
218 sie unseren Schulen Wettbewerbsvorteile vor allem hinsichtlich der Arbeitsbedingungen,
219 welche sie durchaus auch bundesweit für AbsolventInnen attraktiv machen könnten. Auf
220 jeden Fall aber würde damit der LehrerInnenberuf an sich in Sachsen attraktiver und ge-
221 achteter, was sich positiv auf die Nachwuchsgewinnung auswirken wird. Daneben aber
222 bedarf es in nächster Zukunft effektiver und praktikabler Seiteneinstiegsprogramme sowie

Anträge Bildung

- 223 der Weiterentwicklung oder Reform der LehrerInnenausbildung, die trotz des vielen Hin
224 und Her der letzten Jahre nicht auf dem Stand ist, dessen es bedarf.

Anträge Bildung

Antrag B09

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Novellierung des Schulgesetzes – Mitwirkungsrechte stärken“

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD Sachsen unterstützt die Forderungen des Landesschülerrats (LSR) Sachsen, durch die Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler an Schulen im Freistaat zu stärken und allgemein verbindlich zu formulieren. Die entsprechenden Mitwirkungsrechte sollen künftig im Schulgesetz direkt abgebildet werden, anstatt in einer Rechtsverordnung. Über die Forderungen des Landesschülerrats hinausgehend sollen auf kommunaler Ebene verstärkt basisdemokratische Elemente im Wahlsystem etabliert werden und Schüler_innenmitwirkung an Schulen in freier Trägerschaft eine gesetzliche Verankerung finden.

Die angestrebte Erweiterung von Rechten und Aufgaben der Schüler_innenvertretung (im Folgenden SV genannt) muss folgende Punkte enthalten:

- **Das Freistellungsrecht:**
Alle Schüler_innen der SV müssen für Aktivitäten des Schüler_innenrates der Schule, der Kreis-/StadtSchüler_innenräte und des LSR Sachsen freigestellt werden.
- **Das Ausstattungsrecht:**
Jede Schüler_innenvertretung hat das Recht, für ihre Arbeit mit ausreichend Materialien, aktueller Technik und einer Räumlichkeit (Büro) ausgestattet zu werden. Im Haushaltsplan der Schule muss dafür ein eigener Posten eingerichtet werden. Der Freistaat soll den Schulen dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.
- **Die Nachbereitungsaufgaben:**
Jede Schüler_innenvertretung wird verpflichtet, transparent und offen zu arbeiten. Im Rahmen dessen soll über Ergebnisse der Sitzungen und der eigenen Tätigkeit berichtet werden.

Die Schulleitung oder die Vertrauenslehrer_innen sind verpflichtet, die Schüler_innenvertretung bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Anträge Bildung

- 44 • Das Wahlsystem:
45 Jede_r Schüler_in einer Schule hat auf Schulebene aktives und passives Wahl-
46 recht für alle Ämter. Als jugendgerechte Form des Wählens wird eine Online-Wahl
47 favorisiert.

48
49 Auf Kreis-/Stadtebene und Landesebene soll das Delegiertenprinzip erhalten blei-
50 ben. Hierbei ist auf Landesebene, die Anzahl der Delegierten an der Schüler_in-
51 nenzahl zu bemessen.

- 52
53 • Anhörungsrecht des LSR:
54 Der LSR muss für alle Gesetzesvorlagen und vor dem Erlass von Verordnungen,
55 welche in seinen Aufgabenbereich fallen ein Anhörungsrecht in den entsprechen-
56 den Staatsministerien und in den Ausschüssen des Sächsischen Landtags erhal-
57 ten.

58
59
60 Für die vorstehenden Rechte und Aufgaben bleibt weiterhin die grundlegende Forderung
61 bestehen, dass die Schüler_innenmitwirkung für Schulen in freier Trägerschaft auf allen
62 Ebenen gesetzlich verankert wird.

63
64 **Begründung:**

65
66 Wir als SPD Sachsen erachten die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in ihren Le-
67 benswelten als grundsätzlich wichtig an, um eine frühzeitige demokratische Bildung zu
68 fördern und sie für politische Themen zu begeistern.

69
70 Im Jugendalter füllt Schule einen Großteil der Lebenswelt junger Menschen aus und sollte
71 deshalb als Ort demokratischer Mitbestimmung verstanden werden.

72
73 Im Moment sind einzelne Rechte, Aufgaben und Pflichten nur unzureichend klar formuliert
74 und nicht verbindlich.

75 Die Schüler_innenmitwirkungsrechte müssen deshalb in die Novellierung des Schulgeset-
76 zes mit einfließen und sollten nicht mehr nur als Verordnung gelten.

77
78 Wir vertreten die Auffassung, dass die Ausweitung der Mitwirkungsrechte für Schüler_in-
79 nen an Schulen in freier Trägerschaft durchgeführt werden muss. Deren Umsetzung soll
80 ähnlich dem staatlichen Modell erfolgen.

Anträge Bildung

Antrag B10

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost / Ost

Thema: Ergänzung des §39 des SchulG des Freistaates Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, dass sich die Partei bei der Überarbeitung des Schulgesetzes des Freistaates Sachsen für folgende Änderungen einsetzt:

§ 39 des Schulgesetzes sieht die folgenden Gründe für die Initiierung von Ordnungsmaßnahmen vor:

(1) Zur Sicherung des Erziehungs- und Bildungsauftrags oder zum Schutz von Personen und Sachen können nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Ordnungsmaßnahmen gegenüber SchülerInnen getroffen werden, soweit andere Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Diese Gründe sollen ergänzt werden durch „Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Wort und Schrift“ in etwa zu:

(1) Zur Sicherung des Erziehungs- und Bildungsauftrags oder zum Schutz von Personen und Sachen sowie nach Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Wort und Schrift können nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Ordnungsmaßnahmen gegenüber SchülerInnen getroffen werden, soweit andere Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Begründung:

Die derzeitigen Migrationsbewegungen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und die Überforderung mancher sächsischer Bürgerinnen und Bürger führen zu sehr unterschiedlichen Reaktionen im öffentlichen und halböffentlichen Diskurs.

Hassbotschaften, ausländerfeindliche Propaganda, aber auch Solidaritätsbekundungen und Hilfsmaßnahmen gehen an den Schülerinnen und Schülern nicht vorbei.

Immer öfter werden in schulischen Zusammenhängen rechtsradikale Meinungen geäußert oder niedergeschrieben.

Gleichzeitig gibt es radikale Meinungen mancher Flüchtlingskinder in Bezug auf Deutsche und v.a. deutsche Frauen.

Dieses kann in allen Schulformen zu Konflikten führen und darf seitens der LehrerInnen und der Schulleitung nicht toleriert werden.

Anträge Bildung

- 44 Zwar gehören Reaktionen auf menschenfeindliche Äußerungen zu Maßnahmen zur Si-
45 cherung des Erziehungsauftrages, nur können diese nicht eindeutig vom Gesetz abgelei-
46 tet werden.
47 Obige Ergänzung des Gesetzes würde Maßnahmen legitimieren und auch einfordern.

Anträge Bildung

Antrag B11

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost / Ost

Thema: Strukturierung des Unterrichts für Deutsch als Zweitsprache

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, dass sich die Partei bei der Überarbeitung des Schulgesetzes des Freistaates Sachsen für folgende Änderungen einsetzt:

Ergänzung des § 62 Abs.2 um einen Verweis auf die Regulierung der Ausbildung im Fach Deutsch als Zweitsprache, v.a. in Hinblick auf mögliche Etappenprüfungen, innerhalb der Schulordnungen.

Daraus folgt:

An entsprechender Stelle soll das Gesetz auf die Schulordnungen einwirken, dass schulartspezifisch Niveaufeststellungen beim Erwerb des Deutschen als Zweitsprache eingefordert werden.

Begründung:

Es ist sehr begrüßenswert, dass der Freistaat Sachsen alle Flüchtlingskinder beschult und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellt.

Die Integration der Schülerinnen und Schüler erfolgt etappenweise in drei Schritten, die v.a. eine sprachliche Ausbildung forcieren und eine komplette Integration in die Regelklassen ermöglichen sollen.

Der Lehrplan für „Deutsch als Zweitsprache“ ist qualitativ hochwertig und ein sinnvolles Instrument, um den Unterricht in diesem Fach zu strukturieren.

Dennoch sollte der Übergang von einer Etappe zur nächsten durch festgelegte Leistungsnachweise gestaltet werden. Dadurch können die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die SchülerInnen auf ein konkretes Ziel hinarbeiten und sich dementsprechend strukturieren.

Anträge Bildung

Antrag B12

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Leipzig-Nordost / Ost

Thema: Bessere Ausfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen

Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die sächsische SPD und die Landesregierung dafür einsetzen, dass eine Grundfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen in höherem Umfang als bisher gewährleistet wird.

Dazu sollen:

- Mittel aus dem Hochschulpakt und eigene Haushaltsmittel verstärkt eingesetzt werden
- ein dauerhafter Austausch zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Politik initiiert werden, um neuartige Finanzierungs- und Forschungsvorhaben zu unterstützen
- EU-Mittel umfangreicher als bisher beantragt und genutzt werden

Begründung:

Die Finanzierung unserer Hochschulen, die Einsparmaßnahmen im Personal und das zahlenmäßig schlechte Verhältnis zwischen DozentInnen und Studierende kennzeichnen seit Jahren die Debatte der Sächsischen Hochschulpolitik. Die Teilhabe der SPD an der Regierung konnte dabei schon viele positive Entwicklungen begünstigen. Dennoch sollte darauf hingearbeitet werden, dass auch die Fachhochschulen stärker in den Blick genommen werden. Die dort angestrebten Abschlüsse sind in der beruflichen Weiterführung Motoren der deutschen Industrie und der mittelständischen Unternehmen. Dem Fachkräftemangel kann vor allem dort begegnet werden und welche Aufgaben auf die Fachhochschulen eventuell bei der Integration von hochqualifizierten Flüchtlingen zukommen, wird ebenfalls die nahe Zukunft zeigen. Aus diesem Grund muss eine bedarfsgerechtere Grundfinanzierung angestrebt werden und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die einen permanenten Austausch zwischen Wirtschaft, Fachhochschulen und Politik fördern.

Anträge Bildung

Antrag B13

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Stadtverband Leipzig

Thema: Forschungsgrundfinanzierung für Fachhochschulen

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD-Landesverband Sachsen spricht sich für eine Forschungsgrundfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen aus und bittet die SPD-Landtagsfraktion sowie unsere Mitglieder der Staatsregierung um entsprechende Initiativen.

Begründung:

Das Aufgabenprofil der Fachhochschulen hat sich gewandelt, von der reinen Lehranstalt hin zum wissenschaftlichen Partner der Wirtschaft vor Ort. Im Vergleich zu den Universitäten erhalten FHen jedoch keine oder kaum staatliche Forschungsgrundförderung. Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens macht es jedoch nötig, generell stärker auf Forschung und Entwicklung, insbesondere im unternehmensnahen Bereich zu setzen. Auch da gerade im Raum Leipzig eine Technische Universität fehlt, treten hier die offenen Potenziale der unternehmensnahen und technologieorientierten Forschung und Entwicklung sehr offen zutage.

Anträge Bildung

1 **Antrag B14**

2 **Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:** Jusos Sachsen

7
8 **Thema: „Das Semesterticket ist Aufgabe der Studierendenräte“**

9
10 Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
11 weiterleiten:

12
13 Die SPD Sachsen bekennt sich zur studentischen Mitbestimmung ohne Eingriffe anderer
14 Institutionen. Die Verhandlung des Semestertickets ist Aufgabe der Studierendenräte und
15 darf nicht an die Studierendenwerke übertragen werden.

16
17 **Begründung:**

18
19 Nach Auflösung der verfassten Studierendenschaft durch die schwarz-gelbe Landesregie-
20 rung ist das Semesterticket immer stärker unter Druck geraten. Grund sind steigende
21 Austrittszahlen und die damit verbundene Schwächung der Verhandlungsposition der Stu-
22 dierendenräte. Um die Mobilität der Studierenden zu gewährleisten, wird die Übertragung
23 der Verhandlungen auf die Studierendenwerke in Erwägung gezogen. Dies hätte zur
24 Folge, dass alle Studierenden das Semesterticket erhielten, die Studierendenräte aber
25 gleichzeitig einer ihrer originären Aufgaben beraubt, und noch weiter geschwächt würden.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Freiberg

Thema: Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund abschaffen

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, gegenüber dem Bundesvorstand der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion darauf hinzuwirken, dass sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen künftig nicht mehr möglich sind.

Begründung

Das seit 1. Januar 2001 geltende Teilzeit- und Befristungsgesetz (BGBl. I 1966) wurde in Deutschland vor dem Hintergrund der Verpflichtung der BRD zur Umsetzung der EG-Richtlinie über befristete Arbeitsverträge (99/70/EG) erlassen, die drei alternative Möglichkeiten zur Bindung und Beschränkung dieser Vertragsform verlangt:

1. Bindung der Befristung an sachliche Gründe,
2. Beschränkung der max. Dauer aufeinanderfolgender Verträge oder
3. Beschränkung der Zahl der Verlängerung derartiger Verträge.

Obwohl die EG-Richtlinie 99/70/EG eine Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund gar nicht vorsieht, wurde dieses Rechtsinstrument vom Gesetzgeber am 1. Januar 2001 doch im deutschen Arbeitsrecht eingeführt. Das mag aus damaliger arbeitsmarktpolitischer Sicht durchaus nachvollziehbar gewesen sein. Immerhin gab es in der BRD eine hohe Arbeitslosigkeit – etwa 7 Mio. Erwerbsfähige waren im Laufe des Jahres 2001 zumindest zeitweise arbeitslos (Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 50 (1) vom 31.1.2002, S. 39 und Heft 50 (3) vom 28.03.2002, S. 251). Zur Senkung der Arbeitslosenzahlen war jedes Mittel Recht. Im Jahr 2014 lagen die Arbeitslosenzahlen im Durchschnitt unter 3 Mio (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Daraus lässt sich ableiten, dass das Mittel der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht überholt ist.

Für befristet Beschäftigte ist dies auch eine soziale Unsicherheit. Das zeigt sich besonders für junge Leute bei der Familienplanung, bei der Beantragung von Krediten z.B. für Hausbau und Auto sowie in der beruflichen Karriere und bei der Einkommensentwicklung. Familien- und kinderfreundlich geht anders!

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

- 44 Auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag steht: Dieses Anliegen zur weiteren Einschrän-
45 kung prekärer Arbeitsverhältnisse sollte Herzensangelegenheit der SPD auch über diese
46 Legislaturperiode hinaus sein!!

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Vermögensteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die in den letzten Jahren in Deutschland zu verzeichnende Vermögensentwicklung ist erschreckend. Immer mehr Vermögenswerte sammeln sich in den Händen weniger gut betuchter Leute, während breite Bevölkerungsschichten über kein oder sogar negatives Vermögen, sprich Schulden verfügen. Ausgehend vom aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die reichsten 10% unserer Gesellschaft Zugriff auf fast 60% des Vermögens, die ärmsten 60% hingegen auf ganze 6%. Dies ist eine Entwicklung, die die Sozialdemokratie sorgen muss, denn sie bedroht mittelfristig die Grundfesten unserer Gesellschaft.

Wachsende Vermögensungleichheit sorgt nicht nur für gesellschaftliche Unzufriedenheit, sondern stellt auch ein ökonomisches Problem dar: Immer mehr Geld wird dem Konsum entzogen, womit die ohnehin schon nicht überwältigende Binnennachfrage in Deutschland weiter geschwächt wird. Die für die Bundesrepublik so prägende Mittelschicht verliert spürbar an Boden und sieht sich wachsenden Abstiegsängsten konfrontiert. Zugleich kann das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen immer seltener eingelöst werden. Denn nicht das eigene Wirken, sondern vielmehr das Vermögen der eigenen Vorfahren bestimmen immer mehr die gesellschaftliche Stellung. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Erbschaftswelle droht eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung.

Daher ist aus unserer Sicht die rechtlich noch bestehende, aber seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer nach wie vor ein richtiges Mittel. Eine Wiedereinführung in veränderter Form begrüßen wir. Allein durch eine veränderte Besteuerung von Einkommen werden wir nämlich die besorgniserregende Vermögensverteilung kaum ändern können. Daher hat diese Steuer natürlich eine gesellschaftspolitische Funktion, zugleich aber natürlich auch eine fiskalische: Zukunftsinvestitionen und der Erhalt unserer Infrastruktur werden in den kommenden Jahren den massiven Einsatz von Steuermitteln erfordern, die nur schwerlich aus den vorhandenen Quellen gewonnen werden können. Hier könnte die Vermögensteuer als Ländersteuer einen gewichtigen Beitrag leisten.

Selbstverständlich sind wir uns aber den mit der Vermögensteuer einhergehenden Herausforderungen bewusst. Die Erhebungskosten müssen in einem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen stehen und der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz darf nicht wieder verletzt werden. Auch die Bewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen muss

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

46 fair erfolgen und darf die wirtschaftliche Basis nicht zerstören. Aus unserer Sicht kann die-
47 ser Balanceakt aber mittels großzügiger Freibetragsregelungen und z.B. der Begrenzung
48 der Besteuerung von Betriebsvermögen anhand des Ertrags gelingen. Zentral ist für uns
49 auch eine gesamteuropäische Perspektive, um Steuerflucht zu vermeiden oder zumindest
50 auf ein geringes Maß zu reduzieren.

51

52 **Begründung:**
53 erfolgt mündlich

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA03

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public-private-Partnerships (PPP) sind aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, um öffentliche Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Weitgehend unabhängig von der konkreten Ausgestaltung ergeben sich schwerwiegende Nachteile, die den Einsatz vielfach unwirtschaftlich machen und die demokratische Kontrolle erschweren. Auch muss konstatiert werden, dass ÖPPs zur Behebung des Investitionstaus auf kommunaler Ebene kaum geeignet sind. Aber auch die bisherigen Erfahrungen mit Großprojekten wie z.B. dem Ausbau von Bundesfernstraßen sprechen gegen dieses Mittel. Die skizzierten Nachteile treffen aus unserer Sicht ebenso auf die im Rahmen einer Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums diskutierten neuartigen Modelle (z.B. öffentliche getragene Investitionsbanken oder öffentliche Investitionsfonds) zu.

Im Gegensatz dazu sprechen wir uns insbesondere für eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzkraft aus. Mit den umfassenden Entlastungen bei der Grundsicherung, zusätzlichen Mitteln für die Flüchtlingshilfe und z.B. der Aufstockung der Mittel für Städtebau hat die SPD bereits umfassende Erleichterungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Doch um die kommunale Selbstverwaltung wirklich nachhaltig zu gewährleisten und Spielräume zum Abbau des riesigen Investitionsdefizites zu schaffen, müssen weitere Schritte unternommen werden. Dafür sind aus unserer Sicht entsprechende Prioritätensetzungen in den Haushalten, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen (z.B. Anhebung Spitzensteuersatz und Wiedereinführung Vermögenssteuer) unverzichtbar und sinnvoller.

Begründung:

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) oder Public-private-Partnerships (PPP) werden seit einigen Jahren als Mittel zur Auflösung des zweifelsohne in Deutschland vorhandenen Investitionsstaus diskutiert. Die Beteiligung privater Geldgeber soll dabei staatliche Neuverschuldung verhindern und einen angeblich zügigeren und preiswerteren Bauablauf garantieren. Je nach konkretem Finanzierungsmodell erhalten die InvestorInnen im Gegenzug die aus dem späteren Betrieb resultierenden Einnahmen (bei Autobahnen z.B. die LKW-Maut) oder festgesetzte regelmäßige Zahlungen von der öffentlichen Hand.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

46
47 Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass ÖPPs keineswegs zur Einsparung von öffentli-
48 chen Mitteln führen müssen. Erst am 04.06.2014 kritisierte der Bundesrechnungshof in ei-
49 nem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags die bisherige Praxis des Bun-
50 desverkehrsministeriums dahingehend, dass beim Bau von Bundesfernstraßen in ÖPP-
51 Modellen Mehrkosten von 1,9 Milliarden Euro gegenüber der rein öffentlichen Errichtung
52 entstanden sind. So kann das Urteil „Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass
53 die bisherigen ÖPP-Projekte unwirtschaftlich sind.“ nicht verwundern. Statt einer teilweise
54 angesprochenen Ersparnis von 40 Prozent entstanden stellenweise Mehrkosten von 46
55 Prozent.

56
57 Es sprechen aber noch weitere Argumente gegen den Einsatz von ÖPP-Konstrukten:
58 Durch die Beteiligung privater GeldgeberInnen ist nur in seltenen Fällen eine wirkliche
59 Transparenz gegeben. Vertragswerke, aber auch die den ÖPPs zugrundeliegenden Wirt-
60 schaftlichkeitsberechnungen sind für die Öffentlichkeit aufgrund der Wahrung von "Ge-
61 schäftsgeheimnissen" selten einsehbar. Hieraus folgen auch Probleme der demokrati-
62 schen Legitimität von ÖPPs, da keine Kontrollmechanismen vorhanden sind. Wegen der
63 Langfristigkeit von ÖPP-Projekten ist jedoch eine besondere Qualitätsprüfung und -kon-
64 trolle der privaten Partner unerlässlich. Glücklicherweise konnten zumindest die Rech-
65 nungshöfe von Bund und Ländern die Ergebnisse kontrollieren.

66
67 Probleme bereiten auch die unterschiedlichen Motive der PartnerInnen: Während private
68 InvestorInnen mit Gewinnerzielungsabsicht solche Projekte verfolgen, muss die öffentli-
69 che Hand am Gemeinwohl orientiert sein. Private InvestorInnen könnten versuchen, Ver-
70 luste über erhöhte Gebühren auf die BürgerInnen abzuwälzen.

71
72 Des Weiteren muss auch kritisch betrachtet werden, wo der Großteil des
73 Investitionsstaus anzutreffen ist: 118 Milliarden Euro beträgt der Investitionsrückstand al-
74 leine bei den Kommunen. Oft sind die dort zu stemmenden Projekte recht kleinteilig und
75 daher für das Engagement privater Geldgeber unattraktiv. Der Bündelung vieler Projekte
76 stehen die keineswegs einheitlichen Interessen der Städte und Gemeinden und die Viel-
77 falt an möglichen Finanzierungsmodellen entgegen.

78
79 Zudem muss auch der generelle wirtschaftliche Sinn von ÖPP-Modellen kritisch hinter-
80 fragt werden: Derzeit kann der Staat Kredite über 30 Jahre zu einem Zinssatz von unter
81 einem Prozent aufnehmen. Die Renditeerwartungen von privaten GeldgeberInnen wie
82 z.B. Versicherungen werden hingegen mit mindestens drei bis hin zu sieben Prozent an-
83 gegeben. Diese Diskrepanz kann trotz der auf Bundes- und Landesebene geltenden
84 Schuldenbremsen nicht gerechtfertigt werden.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA04

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Mautpflicht für Omnibusse einführen!

Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen. Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt werden.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA05

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Europäische Kerosinsteuer einführen!

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPE-Abgeordneten weiterleiten:

Eine Kerosinsteuer auf alle innereuropäischen Flüge ist europaweit einzuführen.

Begründung:

Am Beispiel Deutschland wird deutlich, dass alle anderen Verkehrsträger eine Steuer auf ihre „Kraftstoffe“ (vgl. Stromsteuer, Mineralölsteuer) bezahlen müssen, deshalb ist eine Ausnahme für den gewerbsmäßigen Luftverkehr ungerechtfertigt bzw. eine Wettbewerbsverzerrung. Von einer Besteuerung auf internationale Flüge sehen wir ab, bis eine länderübergreifende Regelung gefunden wird.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA06

Votum der Antragskommission:

gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AK Energie Sachsen

Thema: Energieland Sachsen – Strukturwandel und Erneuerung

0. Präambel

Im Jahr 2000 hat die damalige rot-grüne-Bundesregierung unter Gerhard Schröder mit der Verabschiedung des ersten Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Verhandlung des Atomkompromisses die Umgestaltung der Energieversorgung in Deutschland eingeleitet. Sie war damit Vorreiter der Energiewende, die nach dem Reaktorunfall von Fukushima von 2011 mit dem vorgezogenen Ausstieg aus der Atomenergie und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien ihre logische Fortsetzung fand. Es gilt wegzukommen von den endlichen fossilen Energieträgern - hin zu einer Vollversorgung mit Energie aus Wind, Sonne oder Biomasse. Für diesen Weg gibt es in Deutschland einen klaren gesellschaftlichen Konsens, den wir vollends unterstützen. Es ist ökonomisch sinnvoll und politisch geboten, die Nutzung erneuerbarer Energien voran zu bringen. Die weltweit steigende Nachfrage nach Energie macht die Abhängigkeit vom Import von Öl und Gas risikoreicher. Erneuerbare Energien sind heimische und damit im internationalen Kontext sicher. Im Jahr 2015 wird nicht mehr um das „Ob“ gestritten, sondern nur noch um das „Wie“.

Die Energiewende spielte in Sachsen aus Sicht der SPD bisher eine untergeordnete Rolle. Zum einen hat die Sächsische Staatsregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang verschleppt und bürokratisch gebremst, so dass es hier für Sachsen großen Nachholbedarf gibt. Zum anderen stellt die Abkehr von der fossilen Stromerzeugung die hiesige Braunkohlewirtschaft vor erhebliche wirtschaftliche und die betroffenen Regionen vor massive strukturelle Probleme.

Ausgehend von den im energiepolitischen Leitantrag von Januar 2013 formulierten Zielen und den im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 zwischen CDU und SPD vereinbarten Maßnahmen, wollen wir die sozialdemokratische Energiepolitik für Sachsen fortschreiben und mit Nachdruck umsetzen.

Die Kernelemente der sächsischen Energiepolitik sind für die SPD Sachsen dabei ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger und eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicherinfrastruktur. Wir unterstützen die Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Die SPD Sachsen setzt sich für eine Förderung der für die Transformation der Netze notwendigen Innovationen ein und unterstützt die mit der Energiewende verbundene Umstrukturierung der sächsischen Energie-

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

45 wirtschaft. Die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen in der Erzeu-
46 gung, Verteilung und Versorgung mit Energie sind eine Chance für den Wirtschaftsstand-
47 ort Sachsen.

48
49 Die politische Herausforderung für die sächsische Sozialdemokratie wird hier sowohl die
50 stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Planungs- und Entscheidungs-
51 prozessen, als auch die Artikulation und Durchsetzung der sächsischen Interessen im
52 Bund und in Europa sein. Wir haben die Möglichkeit und Chance, durch eine rationale und
53 nachhaltige Energiepolitik eine zukunftsfähige Energieversorgung zu gestalten, die auf die
54 globalen Herausforderungen reagiert und dabei Bürgerinnen und Bürger sowie Unterneh-
55 men mitnimmt. Diese Chance sollten wir nutzen.

56
57

1. Erreichung energiepolitischer Ziele

59

60 Die SPD Sachsen bekennt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2050 den Energiebedarf des Frei-
61 staates vollständig aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dem weiteren Ausbau der
62 Windkraft und der Photovoltaik kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

63

64 Für die Entwicklung der Windenergie spielen die Landesplanung und insbesondere die re-
65 gionalen Planungsverbände eine wichtige Rolle. Die Planungszielvorgaben müssen mit
66 den Vorgaben für die Ausbauziele zur Nutzung der erneuerbaren Energien eng verbun-
67 den und umgesetzt werden. Die SPD Sachsen setzt auf Rahmenbedingungen, die es den
68 regionalen Planungsverbänden möglich machen, die notwendigen Vorrang- und Eig-
69 nungsgebiete für neue Windparks auszuweisen. Wir setzen dabei auf flexible Abstandsre-
70 gelungen, die geografische Gegebenheiten berücksichtigen. Sowohl die Ausweisung von
71 Flächen als auch das Genehmigungsverfahren sollen auf kommunaler Ebene bleiben.

72

73 Die Transformation unseres Energiesystems wird nur dann erfolgreich sein, wenn die
74 Speicherung von größeren Strommengen gelingt. Dieser Herausforderung müssen sich
75 die sächsische Industrie und die Forschung im Freistaat stellen. Die SPD Sachsen wird
76 sich für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen.

77

78 Die Ausbauziele sind nur dann erreichbar, wenn im privaten Bereich, im Gewerbe und der
79 Industrie sowie im Verkehr konsequent auf eine Verringerung des Energieverbrauchs und
80 die Erhöhung der Energieeffizienz hingearbeitet wird.

81 Aufgrund der höheren Wirkungsgrade muss bei Wärmeerzeugung und Verkehr vermehrt
82 auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen statt auf fossile Energieträger gesetzt wer-
83 den.

84

85 Unverzichtbar sind auch eine verbesserte Förderung und ein vermehrter Einsatz von
86 Kraft-Wärme-Kopplung vor allem bei kommunalen Energieversorgern und Stadtwerken.
87 Die öffentliche Hand muss in diesem Bereich als Vorreiter und Beispielgeber fungieren.

88

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

2. Beteiligung schafft Akzeptanz – bürgerschaftliches Engagement ermöglichen

Die SPD Sachsen sieht in der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung des Transformationsprozesses. Nach wie vor gibt es hohe Akzeptanzwerte für die Energiewende, die es zu pflegen gilt. Das muss zum einen durch frühzeitige Einbindung in Ausbauplanungen vor Ort geschehen, aber auch durch stärkere Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Dabei spielen auch kommunale Beteiligungsmodelle eine Rolle.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen vom Ausbau der erneuerbaren Energien unmittelbar profitieren. Die SPD Sachsen setzt sich für eine verbindliche Bürgerbeteiligung im Vorfeld der notwendigen Planungsprozesse ein.

3. Energieeffizienz als wichtiger Baustein der Energiewende

Entsprechend der Erkenntnis, dass die beste Energie jene ist, die man nicht verbraucht, wollen wir die Effizienz der Energieerzeugung und -nutzung steigern. Die Verbesserung der Energieeffizienz ist unabdingbar, wenn wir Nachhaltigkeit erreichen wollen. Rationelle Energieanwendung schafft Sicherheit, verringert Umweltbelastungen und reduziert auf mittlere Sicht die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute.

Die Sächsische Energieagentur (SAENA) spielt bei der Information und Beratung von Unternehmen, Kommunen und privaten BauherrInnen bei Fragen der Energieeffizienz eine bedeutende Rolle. Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die SAENA die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung hat, um diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Die SPD Sachsen fordert die Sächsische Staatsregierung auf, mit zusätzlichen Mitteln unter anderem weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu fördern, so zum Beispiel:

- Die Entwicklung, Information und Moderation von Energieeffizienzprogrammen wie beispielsweise die Förderung von Passivhäusern
- Die Ausweitung und Umschreibung der „Aktion Ökoprofit“, eines Umweltmanagementansatzes in Kooperation von Kommunen und Wirtschaft zur gleichzeitigen Entlastung der Umwelt und Senkung der Betriebskosten
- Die Ausschreibung, Begleitung und Förderung von Pilotprojekten, z.B. eine angebotsorientierte Tarifgestaltung für Privathaushalte und Unternehmen zur Senkung der Endkundenstrompreise.

Die Begleitung von Betrieben in öffentlicher Hand bei der Umsetzung der gestellten Klimaziele durch die SAENA ist weiter von besonderer Bedeutung.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

133 Ein weiterer Schwerpunkt für Effizienzverbesserungen muss nach Auffassung der SPD
134 Sachsen die Energieanwendung insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen
135 sein. Dort fehlt es oft an Know-how und an Kapazitäten, um Maßnahmen, die wirtschaft-
136 lich sind, zu erkennen und umzusetzen.

137

138

139 **4. Energie muss bezahlbar bleiben**

140

141 Hohe Strompreise gefährden die Akzeptanz der erneuerbaren Energien in der Bevölke-
142 rung und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland.

143

144 Vor dem Hintergrund erhöhter Aufwendungen für künftige Stromspeicher und Reserve-
145 kraftwerke sowie Ausgleichszahlungen im Falle der Abschaltung von Anlagen der erneu-
146 erbaren Energiebereitstellung zur Sicherung der Netzstabilität, kommt der Stabilisierung
147 der zukünftigen Stromkosten in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Neue, flexible
148 und an Angebot und Nachfrage orientierte Stromtarife können einen wichtigen Beitrag zur
149 Senkung der Strompreise leisten.

150

151 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sächsische Energieagentur in Zusammenarbeit mit ei-
152 nem sächsischen Energieversorger einen Pilotversuch für neue flexible Stromtarife star-
153 tet.

154

155

156 **5. Konversion von fossiler Energie hin zu erneuerbaren Energien – Die Lausitz 157 braucht eine Zukunft**

158

159 Wir werden die erforderlichen und notwendigen Veränderungen in der Braunkohleindust-
160 rie nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern aktiv mitgestalten. In einem Strukturwandel
161 liegen stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere
162 Lebens- und Arbeitsqualität. Diese wollen wir nutzen, um Arbeitsplatzverluste und mas-
163 sive strukturelle Probleme zu verhindern sowie die Zukunftsfähigkeit der Braunkohleregio-
164 nen sichern.

165

166 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, neue Industrien in den vom Strukturwandel be-
167 troffenen Regionen anzusiedeln und zu fördern. Dabei geht es nicht nur um Unterneh-
168 men, die sich mit der Erzeugung und Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energie-
169 quellen beschäftigen, sondern auch um solche, die Konversionstechnologien (z.B. Power-
170 to-Gas) oder Speichertechnologien entwickeln.

171

172 Wichtig ist uns dabei, machbaren Fortschritt zu gestalten und Strukturbrüche zu vermei-
173 den. Es muss gelingen, einen Dominoeffekt mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern
174 und den Menschen Sicherheit in den Regionen zu geben. Wir setzen dabei auf verstärkte
175 industrielle Forschung. Mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten kann man Zukunft
176 im Sinne der Menschen, der Region und der Umwelt belastbar gestalten. Neue Ressour-
177 cen, neue Technologien, neue Verfahren und Produkte können auch für unsere Reviere

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

178 der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung sein. So gilt es, weitere Nutzungsmöglich-
179 keiten für eine CO₂-arme stoffliche Nutzung der heimischen Braunkohle zu entwickeln.
180 Diese Option, auch im Chemie- und Kraftwerksverbund oder unter Einbeziehung von er-
181 neuerbarer Energie, bietet die größtmöglichen Effekte der CO₂-Minderung bei gleichzeiti-
182 ger wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit. Mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten
183 kann man Zukunft im Sinne der Menschen, der Regionen und der Umwelt belastbar ge-
184 gestalten. Dies gilt neben der Lausitz auch für das mitteldeutsche Chemiedreieck.

185
186 Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung des Strukturwandels in den von Braunkohle-
187 abbau und -verstromung geprägten Regionen im Freistaat Sachsen ein. Wir erkennen an,
188 dass vor allem das Lausitzer Revier bereits seit 1990 von einem Struktur-wandel betroffen
189 ist. Besonders wichtig ist uns eine regionsübergreifende Stärkung der Wirtschaftsstruktu-
190 ren. Wir setzen dabei auf ein Konzept mit allen betroffenen Bundes-ländern und dem
191 Bund. Nur so kann es gelingen, eine tragfähige industrielle Entwicklung, die gute Arbeit
192 und Wohlstand sichert, auf den Weg zu bringen. Ziel muss sein, die vorhandene Wert-
193 schöpfung der Regionen durch Industrieansiedlung zu erhalten.

194
195 Sachsen und Brandenburg sollten prüfen, ob beide Länder mit einer Projektentwicklungs-
196 gesellschaft den Wandel begleiten und gemeinsame Handlungsfelder für die zu-künftige
197 wirtschaftliche Entwicklung der Braunkohleregionen aufzeigen können.

198
199

6. Bedarfsorientierte und leistungsfähige Netzinfrastruktur

200
201

202 Die Ertüchtigung der Verteilnetze ist die Voraussetzung für die Einspeisung von dezentral
203 erzeugtem Strom. Wir werden die sächsische Energiepolitik europäisch denken, denn
204 Stromfluss kennt keine Grenzen. Die durch die deutschen Netzengpässe in Polen, Tsche-
205chien und Ungarn erzeugten Ringflüsse belasten die dortigen Netze bis zum Rande der
206 Systemstabilität. Wir werden die sächsische Energiepolitik überregional und international
207 betreiben. Es gilt die Energiewende im Konsens mit unseren Nachbarn Sachsen-Anhalt,
208 Brandenburg, aber auch Polen und Tschechien zum Erfolg zu führen.

209
210

7. Moderne Mobilität

211
212

213 Der motorisierte Verkehr hat eine hohe Klima- und Energierelevanz. Durch die Verwen-
214 dung von Elektro- statt Verbrennungsmotoren kann die Energieeffizienz des Verkehrs
215 deutlich erhöht werden. Wir unterstützen den Ausbau der notwendigen Ladestelleninfra-
216 struktur. Dem übergeordnet, setzen wir uns dafür ein, die Förderung für den öffentlichen
217 Personennahverkehr, d. h. Busse und Straßenbahnen, weiterhin auf höchstem Niveau
218 fortzuführen. Dazu streben wir eine erhebliche Steigerung der jetzigen Fördersumme an.

219

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

220 Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Anreize für eine weitere Verbreitung von Jobtickets
221 schaffen. Ein Jobticket ist ein bewährtes und attraktives Instrument, um für den Arbeits-
222 weg den Nahverkehr zu günstigen Preisen zu nutzen. Das verringert das Verkehrsauf-
223 kommen und schont die Umwelt.

224

225

226 **8. Forschung und Entwicklung**

227

228 Die SPD Sachsen setzt sich für die Einführung eines Masterplans „Energieforschung und
229 Speichertechnologie“ ein. Dieser beinhaltet die Einrichtung einer zentralen Koordinie-
230 rungsstelle zur organisatorischen Bündelung der Energieforschungsaktivitäten auf Lan-
231 desebene. Eine staatlich getragene Initiative soll Firmenverbände koordinieren, die ge-
232 meinsam Speicherlösungen entwickeln und umsetzen.

233

234

235 **9. Gestaltung einer zukunftsfähigen sächsischen Energiewirtschaft**

236

237 Die Energiewende wird bisher von den großen Versorgungsunternehmen und der ener-
238 gieintensiven Industrie bestimmt. Diese Dominanz gilt es zu brechen. Es etablieren sich
239 viele kleine und mittelständische Akteure, die als Versorger, Entwickler, Projektierer, Ver-
240 markter oder Dienstleister im Energiesektor tätig sind. Die SPD Sachsen sieht hier eine
241 große Chance für den Freistaat, von dem durch die Energiewende ausgelösten Struktur-
242 wandel zu profitieren. Es gibt herausragende technologische Forschungszentren, deren
243 Absolventinnen und Absolventen Innovationen und Unternehmergeist in die sächsische
244 Wirtschaft einbringen. Die sächsische Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, diesen
245 zumeist jungen Menschen im Freistaat eine berufliche Perspektive zu geben und Grün-
246 dungen und Unternehmensentwicklung zu fördern. Um dies zu unter-stützen, wollen wir
247 die Teilnahme von sächsischen Unternehmen an bundesweiten Ausschreibungen wie
248 dem „Schaufenster Intelligente Energie“ weiter fördern.

249

250 Durch ihre Regierungsbeteiligung trägt die SPD Sachsen unter anderem Ressortverant-
251 wortung für Wirtschaft, Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur. Hier bieten sich im Ge-
252 gensatz zu anderen Bundesländern und dem Bund konkrete Möglichkeiten, zentrale Ele-
253 mente der Energiewende wie die Förderung der Elektromobilität oder die Schaffung intelli-
254 gener Energienetze innerhalb eines Ressorts zu koordinieren und ohne politische Rei-
255 bungsverluste effizient umzusetzen. Diese Chance wollen wir nutzen – für eine zukunfts-
256 fähige Energieversorgung, für ein zukunftsfähiges Sachsen.

257

258 **Begründung:**
259 erfolgt mündlich

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA07

Votum der Antragskommission:

Diskussion durch den Parteitag, erledigt bei Annahme von WA06

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Neue Technologien für neue Energiekonzepte systematisch fördern

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr weiterleiten:

Der Freistaat Sachsen hat seit geraumer Zeit versprochen, erneuerbare Energien zu fördern. Dieses Versprechen muss endlich eingelöst werden.

Sachsen kann sich bisher noch nicht zum Vorreiter, weder im Aufbau, noch in der Produktion von Erneuerbaren Energien aus Wasser, Wind, Sonne, Geothermie oder Biotechnologie zählen.

Vor allem die Förderung neuer Technologien, die durch kreative und innovative Start-ups entwickelt werden, ist ein entscheidender Weg, um Sachsen nachhaltig an die Spitze zu bringen.

Hierzu sind konkrete Investitionen in solche Start-ups nötig. Der Freistaat soll ein durchdachtes und ausgewogenes Konzept der Technologieförderung entwickeln.

Das konkrete Investitionsprogramm kann zum Beispiel die Vergabe von Risikokapital, die Prämierung innovativer und nachhaltiger Technologien oder die Gewährung von Bürgschaften und Beteiligungen beinhalten.

Solch ein Investitionsprogramm sollte vor allem für Gründungen in der Energiebranche eingeführt werden – denn nur so ließe sich auch der „Brain-Drain“, also der Verlust von Wissen und Können aus Sachsen, im Energiesektor vorbeugen.

Aber auch kommunale Projekte sollten von diesem Programm Nutzen ziehen können, denn letztlich müssen neue Technologien auch in die Realität umgesetzt werden. Sowohl die Entwicklung, als auch die Anwendung vor Ort wären damit aus einer Hand gesichert.

Begründung:

Berlin liefert ein Beispiel, wie solche Ökosysteme funktionieren können, die eine gut vernetzte Startup-Szene ermöglichen.

Doch Sachsen könnte gerade im technologischen Bereich auf großes Potential zurückgreifen. In den vergangenen Jahren gingen in den Großräumen Dresden und Leipzig leider mehrere Start-ups der Energiebranchen aufgrund mangelnder Förderung (z.B. Solarwatt) insolvent. Diese Unternehmen zeigten ein dynamisches Wachstum in Deutschland

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

46 und auf dem internationalen Markt. Es war eine falsche politische Entscheidung der Ei-
47 nige der Schwarz-Gelben-Regierung Investitionen in diese Unternehmen zurückzufahren.
48 Somit wurden nachhaltige Zukunftsprojekte für Sachsen zerstört.

49
50 Gleichzeitig hat Dresden sich in den letzten Jahren zum „Silicon Saxony“ entwickelt. Bei-
51 spielhaft für eine deutschlandweit sehr respektable Gründerszene sei hier FutureSax ge-
52 nannt, die aktiv innovative und nachhaltige Gründerideen mit Aufmerksamkeit, Input und
53 auch Geld fördern. Weitere Initiativen wie der Gründergarten oder auch Dresden|exists
54 verfolgen ähnliche Ideen.

55 Die TU Dresden fördert durch „Dresden Concept“ die Synergie aus außeruniversitären
56 Forschungseinrichtungen und universitären Strukturen – dadurch konnte sich ein enger
57 Austausch entwickeln, der Grundlage dafür ist, neue Ideen und Technologien von dem
58 universitären Umfeld bis zur Marktreife zu bringen .

59
60 Diese Bedingungen sind der Nährboden für neue Ideen und Konzepte für die Energie-
61 branche.

62
63 Zu welchen Verwerfungen künstliche Märkte führen können, ist aus der Geschichte um
64 Solarwatt bekannt. Letztlich konnte die Firma kaum überleben, da sie von der hohen
65 EEG-Umlage profitierte und dann viel zu schnell auf einen viel zu großen Preisverfall rea-
66 gieren musste, der letztlich staatlich verursacht wurde.

67
68 Eine konkrete Chance liefert das Unternehmen Sunfire GmbH. Das Start-Up erforscht
69 bzw. entwickelt technologische Verfahren, um Diesel, welches normalerweise aus Erdöl in
70 Raffinerien gewonnen wird, durch endotherme Oktansynthese aus Kohlenstoffdioxid und
71 Wasser zu gewinnen. Zurzeit steckt das Projekt noch in der Pilotphase, aber die Auftrags-
72 bücher füllen sich langsam und mit einem umfassenden Investitionsprogramm könnte das
73 Unternehmen unter Umständen schon bald solche Anlagen in ganz Deutschland installie-
74 ren.

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA08

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AK Energie Sachsen und SPD-Ortsverein Dresden-Nord

Thema: Klimaschutz als Staatsziel

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel im Artikel 10 der Verfassung des Freistaates Sachsen einzusetzen.

Begründung:

Im Artikel 10 der Verfassung des Freistaates Sachsen in der gegenwärtigen Form geht es um die Pflicht des Freistaates, die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu schützen. In diesem Artikel werden als besonders schützenswert der Boden, die Luft und das Wasser, Tiere und Pflanzen sowie die Landschaft angesehen. Diese Festsetzung in der Verfassung hat dazu beigetragen, dass auch wir in Sachsen einen guten Status bei den Schutzgütern erreicht haben.

Inzwischen erweist es sich als notwendig, den Schutz des Klimas als ein weiteres, umfassendes und nicht zuletzt für die bisher aufgeführten Schutzziele grundlegendes Ziel heraus zu stellen. War dies zu Zeiten der Formulierung der Verfassung noch nicht in dieser Deutlichkeit erkennbar, zeigt sich dies mittlerweile unmissverständlich. Ohne eine Stärkung des Klimaschutzes sind die genannten Schutzziele nicht zu erreichen.

Unstrittig ist inzwischen, dass der Klimawandel bei weiterem Fortschreiten die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen stark und irreversibel schädigen wird, wenn es nicht gelingt, die Veränderung zu bremsen und zu stoppen.

Gelingt uns das nicht, wird das Ökosystem zerstört, in dem Pflanzen, Tiere und Landschaften aufeinander abgestimmt existieren. Das sich verändernde Wetter wird mit seinen steigenden Temperaturen und Extremereignissen Gefahren für Leib und Leben sowie Zerstörung der urbanen Strukturen bringen. Ebenso werden diese Veränderungen in steigendem Maße große finanzielle Schäden für die Volkswirtschaft und für viele Betroffene hervorrufen, bis zur Existenzbedrohung. Weltweit werden die Flüchtlingsströme durch Extremwetterlagen, hervorgerufen durch die Klimaveränderungen zunehmen.

Sicherlich ist Sachsen nur ein kleiner Teil dieser Welt. Aber in jeder Region in der Welt muss die politische Verantwortung für die jeweilige Region auch wahrgenommen werden. Setzen wir ein Beispiel und verankern den Klimaschutz als Staatsziel in unserer Verfassung. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Antrag WA09

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Diskriminierung der Braunkohle stoppen!

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr weiterleiten:

Die SPD Sachsen spricht sich gegen eine Befreiung der Braunkohle von der Förderabgabe ab dem Jahr 2016 aus.

Begründung:

Nach dem Bundesberggesetz BBergG müssen Bergwerkseigentümer 10% des Marktwertes der gewonnenen Bodenschätze an den Freistaat Sachsen entrichten (Förderabgabe).

[1] Nach selbigem Gesetz hat sich der Freistaat Sachsen für die Rohstoffe Braunkohle, Erdwärme, Marmor, Sole, Flussspat, Schwerspat, Kupfer und bestimmte Natursteine für eine Befreiung der Bergwerkseigentümer von der Förderabgabe entschieden. Die entsprechende Rechtsverordnung läuft zum 31. Dezember 2015 aus. [2]

Durch die entsprechende Rechtsverordnung wird faktisch die Förderung von Braunkohle subventioniert und steht damit den Klimazielen zur Senkung der CO₂-Emission entgegen. Weiterhin verzichtet der Freistaat Sachsen Schätzungen zufolge auf Einnahmen in Höhe von 30 Millionen Euro, die anderweitig – zum Beispiel bei der Förderung Erneuerbarer Energien – sinnvoller eingesetzt wären.

Quellen:

[1] <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bbergg/gesamt.pdf>

[2] <http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3399-FFAVO#p1>

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

Antrag FSG01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Anonymisierter Krankenschein für Sachsen

Wir fordern, die gefahrlose Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus (Illegalisierte) in Sachsen zu ermöglichen und auf Dauer sicherzustellen.

Um ein dafür geeignetes System zu finden, sollen analog zu Niedersachsen Modellversuche in verschiedenen sächsischen Kommunen gestartet werden. Als ein mögliches Konzept ist dabei der "anonymisierte Krankenschein" des Medi Netz Dresden e.V. in Betracht zu ziehen.

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung und staatliche Finanzierung einer Asylambulanz in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt als spezialisierte Anlaufstelle für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Illegalisierten.

Begründung:

Illegalisierte haben in Deutschland keinen ausreichenden Zugang zum Gesundheitssystem. Nach aktueller Rechtslage fallen Sie in den Geltungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes, nach dem eine minimale medizinische Grundversorgung gewährt wird. Um diese Leistungen in Anspruch nehmen zu können muss ein Krankenschein beim zuständigen Sozialamt beantragt werden. Da zur Antragsstellung die Angabe persönlicher Daten notwendig ist, würde der illegalisierte Status offenbart. Durch die Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen begibt sich somit jede_r potentielle_r Antragssteller_in in die Gefahr abgeschoben zu werden. Betroffene sind also faktisch gehindert den Anspruch geltend zu machen.

Diese Situation steht im Widerspruch zu Art. 25 Nr. 1 i.V.m. Art. 2 S. 1 der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, wonach jeder / jedem das Recht auf ärztliche Versorgung unabhängig von Herkunft und rechtlichem Stand zusteht.

Ein Zustand, der es Menschen faktisch unmöglich macht dieses grundlegende Recht wahrzunehmen, ist für uns nicht hinnehmbar. Neben der notwendigen Veränderung der bundesrechtlichen Situation muss hier kurzfristig auf kommunaler Ebene Abhilfe geschaffen werden.

Der anonymisierte Krankenschein nach dem Konzeptpapier des Medi Netz Dresden e.V. hat zum Ziel die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen durch Illegalisierte zu

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

- 45 ermöglichen, ohne dass eine Gefährdung durch Datenweitergabe an die Ausländerbe-
46 hörde besteht.
- 47 Dazu wird eine Vergabestelle unter ärztlicher Leitung geschaffen (wodurch Schweige-
48 pflicht besteht), welche einen anonymisierten Krankenschein (statt persönliche Daten
49 durch einen einmaligen Code versehen) an Patient_innen ausgibt. Diese können hier-
50 durch gefahrlos medizinische Leistungen wahrnehmen. Die Abrechnung dieser Leistun-
51 gen und die Ausgabe der anonymisierten Krankenscheine an die Vergabestelle erfolgt
52 durch das Sozialamt.
- 53
- 54 Weiterhin soll eine juristische Beratung durch die Vergabestelle mit dem anonymisieren
55 Krankenschein einhergehen.

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

Antrag FSG02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Aue-Bad Schlema-Schneeberg

Thema: Anhebung der Behindertenpauschbeträge

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

- als Antrag über den Bundesparteitag bzw.
- über die Sächsische Staatsregierung als Gesetzesinitiative in den Bundesrat bzw.
- über die Bundes-SPD im Rahmen der Regierungsbeteiligung

für die Anhebung der Behindertenpauschbeträge nach § 33b EStG einzutreten. Die Anhebung sollte durch Anpassung der Beträge an die tatsächlichen Lebensumstände von Menschen mit Behinderung in Höhe des seit ihrer Einführung im Jahre 1975 gestiegenen Lebenshaltungsindex erfolgen.

Begründung:

Wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die einem Menschen mit Behinderung unmittelbar infolge seiner Behinderung erwachsen, kann er die Bemessungsgrundlage für seine Einkommenssteuer durch einen Behindertenpauschbetrag vermindern, § 33b Einkommenssteuergesetz. Statt des Pauschbetrages können die Aufwendungen, die infolge der Behinderung bestehen, als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden. In diesem Fall wirkt sich aber nur der Teil steuermindernd aus, der die sogenannte zumutbare Belastung (Eigenbelastung) übersteigt.

Die Höhe der Pauschbeträge wurde seit 1975 nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst.

Menschen mit Behinderung sollten die Lebensumstände soweit wie möglich erleichtert werden. Ein Einzelnachweis der Aufwendungen unter Anrechnung der Eigenbelastung stellt keine solche Erleichterung dar und bedeutet zusätzlichen Aufwand. Eine Belegung ist oft schwierig zu führen, da gerade der Mehraufwand mit der Vermischung regulärer Lebensumstände einhergeht.

Schon allein die Tatsache, dass der Gesetzgeber die Pauschbeträge seit seiner Einführung nicht mehr den tatsächlichen Lebenshaltungskosten und dem Preisindex angepasst und korrigiert hat, stellen aus Sicht der Antragsteller eine Diskriminierung dar.

Im Rahmen der Inklusion besteht darüber hinaus für immer mehr Menschen mit Behinderung die Möglichkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Tätigkeit zu finden und damit

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

- 46 selbständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Angepasste Freibeträge können auch in
47 diesen Zusammenhang zu einer besseren Teilhabe beitragen.

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

Antrag FSG03

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Kreisverband Bautzen und SPD-Unterbezirk Meißen

Thema:

Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option

Der Landesparteitag möge beschließen und zur Antragstellung an den Bundesparteitag weiterleiten:

Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für den Fall der Trennung der Eltern das sog. „Wechselmodell“, bei dem die Betreuung und Erziehung des Kindes abwechselnd in einem zu bestimmenden Verhältnis bei dem einen und bei dem anderen Elternteil liegt, gesetzlich als Alternative einzuführen.

Das BGB, insbesondere § 1606 III BGB und weitere, mit ihm zusammenhängende Vorschriften sollen geändert werden. In Zukunft soll es nicht mehr als Regelfall definiert sein, dass ein Elternteil seine Verpflichtung, zum Unterhalt des Kindes beizutragen, dadurch erfüllt, dass er das Kind lediglich betreut, während der andere Elternteil zahlt. Stattdessen sollte es eine Regelung geben, die es erleichtert, Betreuung und Unterhaltsverpflichtung zu entkoppeln. Wenn sich die Eltern nicht auf eine bestimmte Regelung einigen können, die dem Kindeswohl entspricht und beiden Eltern die anteilige Betreuung ermöglicht, soll dem Gericht die Entscheidung über eine solche, dem Wohl des Kindes förderliche Regelung zugewiesen werden.

Begründung:

Immer mehr Eltern wollen auch nach einer Trennung ihre Kinder paritätisch betreuen. Dies ist die logische Konsequenz unserer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Kinderziehung und Alltagsbetreuung werden immer mehr gleichberechtigt von beiden Elternteilen übernommen. Dies wurde und wird von uns als SPD mit vielen politischen Initiativen und Entscheidungen richtigerweise unterstützt.

Darüber hinaus ist es im Regelfall auch der Wunsch der Kinder, nach der Trennung der Eltern mit beiden Eltern weiter intensiven (Alltags-)Kontakt pflegen zu können. Dies wird von den Kindern selbst oftmals als paritätisches Modell vorgeschlagen.

Sind sich die Eltern nach ihrer Trennung über die Beibehaltung der gemeinsamen Alltagsbetreuung ihres Kindes einig, so ist dies kein Problem.

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

45 Doch lehnt ein Elternteil diese Betreuungsform ab, so gibt es keine klare rechtliche Grund-
46 lage, dieses Modell auch gegen seinen/ihren Willen umzusetzen. Dabei kann eine paritätische
47 Betreuung selbst im Konfliktfall den Interessen des Kindes am besten entsprechen
48 und zu seinem Wohle beitragen. In umfangreichen internationalen Studien wurde immer
49 wieder nachgewiesen, wie wichtig es für Kinder ist, auch nach der Trennung mit beiden
50 Eltern Alltag erleben zu können.¹

51

52 In anderen europäischen und außereuropäischen Länder wird das Wechselmodell bereits
53 jetzt als favorisiertes Betreuungsmodell nach der Trennung der Eltern gesehen und kann
54 gerichtlich - auch und gerade im Streitfall - angeordnet werden.

55

56 In Deutschland regelt § 1606 Abs.3 BGB zur Unterhaltsverpflichtung der Verwandten be-
57 zogen auf ein Kind:

58

59 „Mehrere gleich nahe Verwandte haften anteilig nach ihren Erwerbs- und Vermö-
60 gensverhältnissen. Der Elternteil, der ein minderjähriges unverheiratetes Kind be-
61 treut, erfüllt seine Verpflichtung, zum Unterhalt des Kindes beizutragen, in der Re-
62 gel durch die Pflege und die Erziehung des Kindes.“

63

64 Diese Regelung wird im Streitfall von den Gerichten meist so interpretiert, dass regelmä-
65 ßig ein Elternteil sich der Pflege und Erziehung des Kindes zu widmen hat, während der
66 andere für den Unterhalt aufkommt. Da es diesen Automatismus gibt, besteht bei dem El-
67 ternteil, dessen oder deren Willen er entspricht, wenig Neigung, eine andere Regelung zu
68 treffen. Das Gesetz gibt ein Ziel vor, das zu verfolgen für den betreuenden Elternteil
69 durchaus reizvoll sein kann und einfach, nämlich durch Scheitern einer Einigung, zu errei-
70 chen ist. Er kann auch dem Wunsch eines Elternteils entsprechen, dem anderen, von
71 dem die Trennung vollzogen wird, den Umgang mit dem Kind zu erschweren. Dabei sollte
72 dem Kindeswohl in solchen Situationen eigentlich oberste Priorität eingeräumt werden.

73

74 Die alte, geltende Regelung setzt voraus, dass per se die Mutter eines Kindes am ehes-
75 ten zur Pflege des Kindes geeignet ist und dass der Vater eher für die finanzielle Absiche-
76 rung zu sorgen hat. Dieses Familienbild ist seit den großen Reformen des Familienrechts
77 in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts überholt und an anderer Stelle refor-
78 miert worden. Es ist an der Zeit, diese Reformen auch an dieser Stelle fortzusetzen.

79

80 Dabei soll der Beziehung zwischen dem Kind und seinen Eltern durch den Gesetzgeber in
81 keiner Weise vorgegriffen werden. Wir gehen davon aus, dass die Eltern einvernehmlich
82 immer noch die beste Lösung für das Wohlergehen des Kindes finden können. Allerdings
83 hat der Gesetzgeber hier einen Regelfall normiert, der dem gemeinsamen elterlichen Wil-
84 len vorgeht und an seine Stelle ein bestimmtes gesellschaftliches Familienbild setzt, das
85 nicht mehr der Realität entspricht. Der Gesetzgeber sollte solche Stereotypen nicht be-
86 günstigen. Vielmehr sollten die Eltern beide motiviert werden, im Sinne des Kindes ein

¹ (z.B. Hildegund Sänderhauf: Wechselmodell - Psychologie - Recht - Praxis, Wiesbaden 2013)

Anträge Familie, Soziales und Gesundheit

87 Einvernehmen zu suchen und meist auch zu finden. Finden sie es nicht und wird eine ge-
88 richtliche Entscheidung erforderlich, sollte das Gericht nicht an ein Klischee gebunden
89 sein.

90

91 Die Entkoppelung von Betreuung und Unterhaltsverpflichtung sollte zu einer Verpflichtung
92 beider Elternteile führen, nach ihren beruflichen und persönlichen Möglichkeiten zum Un-
93 terhalt des Kindes beizutragen, ohne deshalb auf seine Betreuung und Erziehung verzich-
94 ten zu müssen.

95

96 Denn solange die paritätische Betreuung rechtlich nicht geklärt ist, ist bei einem solchen
97 Modell - wenn es denn zum Tragen kommt - auch die Geltendmachung von Unterhalt
98 unklar. § 1606 Abs. 3 BGB ist eine Unterhaltsregelung. Der BGH hat hierzu am
99 12.03.2014 entschieden, dass der Elternteil, bei dem das Kind überwiegend wohnt, auch
100 die gesetzliche Vertretung des Kindes bei seinem Anspruch auf Unterhalt ist und diesen
101 geltend machen kann. Das bedeutet derzeit praktisch, dass bei einem paritätischen Be-
102 treuungsmodell ohne Einigung hierzu kein Elternteil die-se Funktion übernehmen kann
103 und ein Ergänzungspfleger für das Kind bestellt werden müsste, damit der Kindesunter-
104 halt geprüft und festgesetzt werden kann.

105

106 Es gibt darüber hinaus auch keine rechtlich klare Vorgabe zur Möglichkeit der Reduzie-
107 rung des Unterhaltes beispielsweise bei einem 40%-60%-Betreuungsmodell, d.h. der Um-
108 gangselternteil - meist die Väter - werden, wie es die TAZ treffend betitelte, "Teilzeit-Va-
109 ter, Vollzeit-Zahler", was wiederum bei bestimmten Einkommensschichten ein tatsächli-
110 ches Problem und damit eine Benachteiligung dieser Eltern (oft der Väter) und nicht zu-
111 letzt ihrer Kinder darstellt.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Bischofswerda

Thema:

Entlastung der Gemeinden für Einsätze ihrer Feuerwehren auf der Autobahn

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Staatsregierung des Freistaats Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, einen Entwurf zu Änderungen des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (Sächs-BRKG) und erforderlichenfalls weiterer Gesetze und Vorschriften in den Landtag einzubringen, wonach der Freistaat jene Kosten der Gemeinden übernimmt, welche den Gemeinden aus den Einsätzen ihrer Feuerwehren auf den Bundesautobahnen einschließlich der Vorhaltekosten für Personal, Ausrüstung und Gebäude für diese Einsätze entstehen.

Begründung

Gemeinden in Sachsen, durch deren Gemeindegebiet Bundesautobahnen führen, wenden einen großen Teil ihres Haushalts für die Ausstattung und Unterhaltung ihrer Gemeindefeuerwehren auf. Dies gilt insbesondere für Gemeinden, durch deren Gemeindegebiet viele Kilometer Autobahn führen und deren Feuerwehren Streckenabschnitte mit Unfallschwerpunkten betreuen. Die KameradInnen der Feuerwehren müssen dort nicht selten mehrmals täglich mit schwerem Gerät und unter hohen psychischen Belastungen und physischen Gefahren Unfallopfer und Unfallfahrzeuge bergen sowie brennende Fahrzeuge löschen und Havarien bei Gefahrguttransportern bekämpfen. Häufig tun sie dies ehrenamtlich als Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren. Durch die kostenbedingte Verarmung ihrer Gemeinden werden sie doppelt belastet.

Zwar besteht nach § 69 Abs. 2 Nr. 2 SächsBRKG die Möglichkeit, die FahrzeughalterInnen in Anspruch zu nehmen. Nach dieser Vorschrift kann jedoch nur ein geringer Teil der tatsächlich entstehenden Vorhaltekosten an die FahrzeughalterInnen weiter berechnet werden (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 16.11.2010 - 1 S 2402/09 = DÖV 2011, 168). Zudem ist die Beitreibung durch die einzelnen Gemeinden mit sehr hohem administrativem Aufwand verbunden und führt immer dann zu erheblichen Schwierigkeiten und Zahlungsausfällen, wenn das Fahrzeug nicht in Deutschland zugelassen ist.

Die Gemeinde Burkau (Landkreis Bautzen, 2.845 Einwohner) zum Beispiel ist mit ihren freiwilligen Feuerwehren für rund 10 km der Autobahn A4 zuständig, es existieren mehrere Unfallschwerpunkte. Die ganz überwiegende Zahl der Einsätze der Feuerwehr findet auf der Autobahn statt. Der Jährliche Fehlbetrag aus der Einsatzfähigkeit beläuft sich auf hohe fünfstelligen und teilweise sogar sechsstelligen Beträge. Ändert sich nichts, kommen

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

45 auf die Gemeinde bald sehr schwere Zeiten zu. In anderen Autobahnanrainergemeinden
46 ist die Situation vergleichbar.

47

48 Den Autobahnanrainergemeinden sind daher die durch die Einsätze und die Gewährlei-
49 stung der Einsatzbereitschaft im Zusammenhang mit den Autobahnen entstehenden Mehr-
50 kosten durch den Freistaat zu erstatten. Die Kostenerstattungsansprüche gegen die Hal-
51 ter der auf den Bundesautobahnen an Unfällen beteiligten Fahrzeuge wiederum sollten
52 zentral durch den Freistaat geltend gemacht und beigetrieben werden. Dies führt zu Sy-
53nergien und erheblichen Einsparungen bei den Personalkosten.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt auf die Sächsische Staatsregierung dahingehend einzuwirken, dass die Flaggenverordnung des Freistaates Sachsen so geändert wird, dass Flaggen und Fahnen zu besonderen Anlässen wie dem Christopher-Street-Day vor öffentlichen Gebäuden aufgehangen werden dürfen.

Fahnen mit kommerziellen Inhalten sind von dieser Neuregelung auszunehmen.

Begründung:

Am 2. Juni 2015 ließ unsere sächsische Ministerin für Integration und Gleichstellung Petra Köpping symbolisch die Regenbogenfahne zur Unterstützung der Anliegen von LGBTIQ in Sachsen und darüber hinaus im Rahmen des Dresdner Christopher-Street-Day vor ihrem Amtssitz hissen. Doch die Fahne sollte bereits nach kurzer Zeit auf Anweisung der CDU-geführten Sächsischen Staatskanzlei wieder abgenommen werden. Die Jusos Sachsen haben das Vorgehen der Staatskanzlei schon damals kritisiert. Begründet wurde dieses Vorgehen mit der Sächsischen Flaggenverordnung, die es nun so zu ändern gilt, dass Ministerien ihre Unterstützung für die Anliegen von LGBTIQ kundtun können.

Nach Rücksprache mit einem Juristen kann eine Neuregelung folgender Maßen aussehen:

„Regelungstechnisch ist eine Regelung in der BeflaggungsVwV eine „Öffnungsklausel“ anzubringen, nach der über die Regelung des III.2 hinaus (Aus einem Anlass, der nur einzelne Verwaltungsbereiche berührt, kann das zuständige Staatsministerium in seinem Geschäftsbereich die Beflaggung anordnen) (oder auch über III.2 hinaus (Beflaggungen aus örtlichen, nichtpolitischen Anlässen werden in den Kreisfreien Städten durch den OberbürgermeisterInnen, im Übrigen durch die Landrätin / den Landrat angeordnet [wenn Beflaggung am CDS als „örtliche, nichtpolitischer Anlass gewertet wird]) eine allgemeinen Öffnungsklausel angebracht wird oder die Kompetenz zur Bestimmung der Beflaggung aus Anlass besonderer Ereignisse der Staatskanzlei entzogen wird (Neufassung des III.1 VwV: „Beflaggungen aus besonderen Anlässen werden von der Staatskanzlei oder von dem zuständigen Staatsministerium in seinem Geschäftsbereich) angeordnet. Dies wäre aber wegen der Einheitlichkeit der „Staatssselbstdarstellung“ eher ungewöhnlich.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

- 46 Vorzugswürdig wäre, in Nr. I.1 eine Nr. 1a einzufügen: „An folgenden Tagen kann das je-
47 weils zuständige Staatsministerium in seinem Geschäftsbereich die Beflaggung anordnen:
48 a. am Christopher Street Day (was aber ungewöhnlich wäre, weil es kein feste Ge-
49 denktag, der auf einen bestimmten /bestimmbaren Tag fällt).
50 b.“
51
52
53 LGBTI - Abk. für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer
54
55 Beitrag auf mdr.de: [http://www.mdr.de/sachsen/regenbogenflagge-integrationsministerin-](http://www.mdr.de/sachsen/regenbogenflagge-integrationsministerin-koeping100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.htm)
56 [koeping100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.htm](http://www.mdr.de/sachsen/regenbogenflagge-integrationsministerin-koeping100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.htm)

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS03

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag bzw. den Konvent und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die sechs toten und 43 entführten Student*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter Kriminalität¹. Denn: die Missachtung und Verletzung von Menschenrechten in Mexiko sind kein "Kollateralschaden" im sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle, noch unvermeidbare Einzelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen System des Landes verankert, in dem der Staat, der Sicherheitsapparat und die organisierte Kriminalität aufs engste miteinander verbunden sind. Korruption und Gewaltverbrechen sind hierbei keine "Schwächen" oder "Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft, sondern zentraler Bestandteil des politischen Betriebs.

Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung, Entführung, Folter bis hin zu Mord werden dabei nicht nur von "kriminellen Banden" begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte wie lokale oder bundespolizeiliche Einheiten sowie das Militär sind aktiv in sie involviert, wie das Beispiel in Ayotzinapa zeigt. Doch anstatt die Korruption und kriminellen Machenschaften zu bekämpfen, setzt die mexikanische Regierung auf Aufrüstung². Hierbei spielen nicht nur Länder wie die USA eine Rolle, sondern auch Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der Aufrüstung und Ausbildung der Sicherheitskräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Seit 2011 wird zwischen den Regierungen beider Länder über ein Sicherheitsabkommen verhandelt, welches die

¹ Die 43 Student*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben, welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und ihre Leichnamen verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in Ayotzinapa und danach siehe das Dossier von Amerika21: <https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa>.

² So stiegen allein 2014 die mexikanischen Militärausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-Dollar. Siehe Bonn International Center for Conversation, "Bonn International Center for Conversion (BICC)

"Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Mexiko" und <http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP>.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

35 polizeiliche Zusammenarbeit, die strategische und taktische Schulung von Einsatzkräften,
36 die technische Unterstützung und den gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich
37 festhalten soll. Im Hinblick auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche
38 immer wieder von mexikanischen Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu
39 befürchten, dass durch ein solches Abkommen deutsches Sicherheits-Know-how bei der
40 Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass durch die
41 Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Militär- und
42 Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den
43 Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.

44

45 Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch
46 Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung
47 der mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:

48

49 - die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen,

50

51 - die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass
52 die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur
53 Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter
54 anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller
55 Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption.

56

57 - den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur
58 Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in
59 Mexiko.

60

61 **Begründung:**

62

63 Die Zahlen der Gewaltverbrechen in Mexiko sprechen für sich: allein von 2006 bis 2012
64 gab es mehr als 70.000 Ermordete, 20.000 gewaltsam Verschwundene und 250.000
65 Menschen, die innerhalb Mexikos auf der Flucht sind³. Seit dem Amtsantritt von Peña
66 Nieto 2012 sind die Zahlen zudem noch weiter gestiegen⁴. Die Gewalt geht dabei nicht
67 nur von der organisierten Kriminalität aus, sondern auch staatliche Institutionen und
68 Verbände sind nachweislich in die Verbrechen involviert⁵. Dies kann von der Tolerierung
69 der Verbrechen, über Beauftragung bis hin zur Unterstützung oder Durchführung von
70 Einschüchterung, Überfällen, Verschwindenlassen oder Mord reichen. Zugleich erfahren
71 die Opfer der Gewalt trotz zahlreicher Gesetze zur ihrem Schutz und zur
72 Kriminalitätsbekämpfung keine substanzielle Hilfe. Vielmehr sehen sie sich häufig
73 Gängelungen, behördlichen Verweigerungen oder staatlichen Repressionen (die auch bis

³ Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko: Verschwindenlassen in Mexiko - ein systematisch begangenes Verbrechen, S. 2.

⁴ <http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-1.2185299>.

⁵ Bericht Amnesty International 2009.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

74 zu Mord reichen können) ausgesetzt⁶. Die Täter*innen entkommen i.d.R. straffrei,
75 weshalb 98% aller Delikte heute kein Urteil nach sich ziehen⁷.
76 Mexiko ist dabei kein schwacher oder zerfallender Staat, sondern dank Milliarden
77 Investitionen aus den USA und anderer internationaler PartnerInnen ein hochgerüsteter
78 und äußerst handlungsfähiger Staat. Die Verbrechen und Morde, die im Rahmen des
79 2006 verkündeten Krieges gegen Drogen immer wieder für Schlagzeilen sorgen, dienen
80 dabei als Rechtfertigungsgrund, um die Militarisierungs- und Aufrüstungsspirale immer
81 weiter fortzusetzen. Gleichzeitig zeigen zahlreiche zivilgesellschaftliche und internationale
82 Untersuchungen, dass gerade die hierdurch begünstigten Polizeieinheiten und das Militär
83 systematisch in Menschenrechtsverletzungen und kriminelle Machenschaften involviert
84 sind⁸. Teile dieser Einheiten werden dabei seit Jahren von deutschen Sicherheitskräften
85 wie dem BKA ausgebildet. Zudem fanden bis 2014 Waffenlieferungen in Höhe bis zu
86 673.000 Euro statt, bei denen zwar vertraglich festgehalten war, dass die Waffen nicht in
87 Konfliktgebiete eingesetzt werden sollten⁹. Doch tauchten diese anschließend auch in
88 Regionen von Mexiko auf, in denen die Regierung aktiv gegen Widerstandsbewegungen
89 vorgeht.

90
91 Seit 2011 finden Verhandlungen zwischen der deutschen und der mexikanischen
92 Regierung zu einem bilateralen Sicherheitsabkommen statt. Bei diesem geht es neben
93 der polizeilichen Ausbildung und Zusammenarbeit, auch um technische Unterstützung
94 und den Austausch von Informationen. Durch den Vertrag wird also der Transfer von
95 deutschem polizeilichem Know-how und technischer Ausstattung weiter ausgebaut.
96 Zugleich besteht keine Möglichkeit der Kontrolle, in welchen Situationen und Orten das
97 vermittelte Wissen und die verkaufte Technik zum Einsatz kommen. Selbstverpflichtungen
98 zeigten bereits in der Vergangenheit, dass diese den Missbrauch und eine Diffusion in
99 Konfliktgebiete nicht verhindern können. Im Hinblick auf die massiven
100 Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte bleibt deshalb zu
101 befürchten, dass die erworbenen Fähigkeiten und Ausrüstungen zu weiteren
102 Repressionen gegen aufständische und zivilgesellschaftliche Bewegungen genutzt
103 werden.

104
105 Die Verhandlungen, welche eigentlich 2015 ihren Abschluss finden sollten, werden durch
106 die anhaltende Kritik der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft immer
107 wieder verzögert. Auch innerhalb der deutschen Politik gibt es Bedenken zu den
108 Auswirkungen, welche eine solche Zusammenarbeit auf die Menschenrechtslage in
109 Mexiko nehmen würde. Doch die Zeit drängt. Um eine weitere Verschlechterung der
110 schon kritischen Situation zu verhindern, bedarf es einer Aussetzung der Verhandlungen.
111 Zugleich muss sich Deutschland in bi- und multilateralen Gesprächen für eine Stärkung

⁶ Beispielhaft hierfür ist der Fall von Josefina Reyes Salazar, die zunächst ihren willkürlich vom Militär festgenommen Sohn suchte und später selbst entführt und umgebracht wurde. Deutsche Menschenrechtskoordination, S. 17.

⁷ Global Institute of Global and Area Studies, Institut für Lateinamerika-Studien. Focus Lateinamerika (2011), Nr 12, S. 3.

⁸ Siehe Fußnote 2 Human Rights Watch 2011.

⁹ <https://amerika21.de/2015/01/110422/ausbildung-polizei-mexiko-bka>.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

112 der mexikanischen Justiz und eine konsequente Korruptionsbekämpfung einsetzen. Dies
113 kann z.B. durch den Austausch von Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen erfolgen.
114 Auch ist es notwendig, dass auf internationaler Ebene auf die Einhaltung der von der
115 mexikanischen Regierung unterzeichneten UN-Konventionen gedrängt wird. Denn die
116 Umsetzung der internationalen Vereinbarungen würde bereits zu einer spürbaren
117 Verbesserung der Menschenrechtssituation in Mexiko führen. Die Unterstützung der
118 Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen kann aber auch über zahlreiche
119 niedrigschwellige Möglichkeiten realisiert werden. Ein Beispiel hierfür ist das Programm
120 des Menschenrechtsausschusses des deutschen Bundestages "Parlamentarier schützen
121 Parlamentarier". Dieses wurde 2003 ins Leben gerufen und fördert den Schutz und die
122 Unterstützung bedrohter Parlamentarier*innen und Menschenrechtler*innen weltweit
123 durch deutsche Abgeordnete.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS04

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Nein heißt Nein! – Fehlendes Einverständnis als juristisches Merkmal für Vergewaltigung

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

1. Nicht nur Brüderle

In Deutschland ist Rape – Culture Alltag. Jede 7. Frau wird laut Bundesfrauenministerium ab ihrem 16. Lebensjahr vergewaltigt oder sexuell genötigt. Jede 4. Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren hat körperliche oder sexuelle Gewalt - oder auch beides - durch Beziehungspartner*innen mindestens ein- oder auch mehrmals im Leben erlebt. Gerade einmal geschätzte 5 % der Fälle von sexueller Nötigung und Vergewaltigung werden jährlich angezeigt. Nur 8,4 % der angezeigten Vergewaltigungen führen zu einer Verurteilung. Dies liegt weit unter europäischem Durchschnitt. Falschbeschuldigungen können diese Werte sicher nicht begründen, es wird hier (Abweichungen zwischen versch. Studien) von einer Quote im einstelligen Prozentbereich ausgegangen.

Diesem deutschen Alltag muss ein Ende gesetzt werden. Daher fordert die SPD Sachsen strafrechtliche Reformen und einen verbesserten Opferschutz!

2. Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention ist das erste internationale rechtsverbindliche Instrument, das einen umfassenden rechtlichen Rahmen zum Schutz von Frauen vor jeglicher Form von Gewalt schafft. Die Konvention setzt auch eine spezifische Monitoring-Mechanismus („GREVIO“), um eine effektive Umsetzung ihrer Bestimmungen von den Parteien zu gewährleisten. Der Vertrag ist am ersten August 2014 bereits in Kraft getreten.

Wir fordern, dass Deutschland unverzüglich das Abkommen ratifiziert!

3. Ermittlungs- und Strafverfahren

Auch während den Ermittlungen und dem Prozess ist das Opfer Diskriminierungen, Erniedrigungen und anderen psychischen Belastungen ausgesetzt, die sie/ ihn von einer Anzeige abhalten. Opfer werden mit zumeist abschreckenden Tatsachen konfrontiert, u. a. mit der Unterstellung von Falschanschuldigungen, langwierigen Prozessen mit unan-

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

45 genehmen Fragen und der Begegnung mit dem / der Täter*in. Aufgrund der jetzigen Situ-
46 ation ist es nicht verwunderlich, dass gerade mal 5 % aller Übergriffe zur Anzeige ge-
47 bracht werden.

48 Deswegen muss auch in der Strafermittlung und in dem Prozess dafür gesorgt werden,
49 dass die ohnehin durch das Erlebte genügend belasteten Frauen geschützt werden. Dazu
50 braucht es auch der Einrichtung von auf Sexualstraftaten spezialisierter Opferdezernate,
51 in denen alle ermittelnde Beamt*innen und Staatsanwält*innen eine auf den Bereich der
52 Sexualstraftatenspezialisierte Aus- und Fortbildung genossen haben. Auch müssen die
53 Prozesse bei Sexualstraftaten durch eine Prioritätssetzung bei den Ermittlungsarbeiten
54 beschleunigt werden und es muss für ein Minimum an der Begegnung zwischen Opfer
55 und Täter*in gesorgt werden. Denn nur so kann dafür gesorgt werden, dass mehr sexuali-
56 sierte
57 Übergriffe zur Anzeige gebracht werden und für eine höhere Verurteilungsrate in diesem
58 Bereich gesorgt wird.

59
60 4. Reform § 177-179 StGB

61
62 Die Strafbarkeit der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung regelt § 177 StGB. Die Tat-
63 bestandsalternativen Nr. 1 und 2 des § 177 Abs. 1 StGB erfordern die Anwendung von
64 Gewalt oder eine Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben. Die dritte Tatbe-
65 standsalternative „Ausnutzen einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters
66 schutzlos ausgeliefert ist“ wurde in den 1990er Jahren mit der Überlegung, dass auch die-
67 jenigen Fälle von sexuellen Übergriffen strafrechtlich zu sanktionieren sind, in denen die
68 Frau, die keinen sexuellen Kontakt wünscht, sich aus Angst vor (weiterer) Gewalt nicht
69 zur Wehr setzt, selbst wenn ihr die Gewalt nicht unmittelbar im Kontext mit der Tat ange-
70 droht wird. Die Rechtsprechung, so zeigen die vergangenen BGH Entscheidungen, legt
71 dieses Merkmal jedoch besonders restriktiv aus. Im Ergebnis kann so auch Tatbestands-
72 alternative Nr. 3 nur einen kleinen Teil der ohne Gewalt bzw. Drohung verübten Taten er-
73 fassen, so dass immer noch zahlreiche strafwürdige Konstellationen nicht als Vergewalti-
74 gung unter Strafe gestellt werden.

75
76 Die SPD Sachsen fordert daher eine Reform der § 177-179 StGB, die diese Strafbarkeits-
77 lücken endgültig schließt. Eine entsprechende Formulierung muss zum einen gewährleis-
78 ten, dass es den erkennenden Senaten verwehrt bleibt, durch restriktive Auslegung eine
79 Strafbarkeit in entsprechenden Fällen zu vermeiden und auf der anderen Seite den ver-
80 fassungsrechtlichen Anforderungen genügen. Ein aktives Tätigwerden oder gar Wehren
81 des Opfers darf nicht Bedingung der Strafbarkeit sein.

82
83 5. Verjährungsfristen

84
85 Zurzeit liegt die Verjährungsfrist bei fünf Jahren (§ 78 Abs. 3 Nr. 4 StGB). Da nur jede 7.
86 Vergewaltigung von einer fremden Person ausgeübt wird und es zu meist der Partner o-
87 der Ex-Partner ist, der die Übergriffe an den Frauen verübt, muss den Opfer länger die
88 Möglichkeit gegeben werden, sich gegen das Erlebte strafrechtlich zu Wehr zu setzen.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

- 89 Die Verjährungsfristen für Fälle des § 177 StGB müssen daher deutlich heraufgesetzt
90 werden.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS05

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen

Wir fordern:

- Die Bildung einer Ermittlungseinheit bei der Polizei Sachsen, die Straftaten im Sinne von Volksverhetzung im Internet verfolgt.
- „Anlassunabhängige Recherche“ muss, wie in anderen Bundesländern auch, ein gängiges Mittel der sächsischen Polizei werden, um volksverhetzende Inhalte und Postings auf öffentlich zugänglichen Seiten im Internet zu identifizieren und juristisch zu verfolgen.
- Die Polizei darf zur Recherche kein mit Selektoren arbeitendes Programm verwenden.

Begründung:

Erst vor wenigen Wochen beklagte der Europarat eine dramatische Zunahme von Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus im Internet. Inhalte dieser Art seien demnach längst nicht mehr auf die Internetauftritte rechtspopulistischer Parteien und Organisationen beschränkt, sondern im Besonderen Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter würden immer mehr als Plattformen eines Alltagsrassismus missbraucht, der auch in Deutschland merklich schärfer geworden ist.¹

„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“- so beginnen und enden etliche öffentlich zugängliche Kommentare auf den zahlreichen sächsischen islam- und asylfeindlichen Facebook-Gruppen, in denen auch nicht vor unverhohlenen Gewaltaufrufen gegen Asylsuchende aufgerufen wird oder ganz grundlegende Menschenrechte von ethnischen oder religiösen Minderheiten massiv in Frage gestellt werden. Die Verfasser unsäglichen Kommentare wähen ihre geistigen Ergüsse durch das in Deutschland per Grundgesetz verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung gesichert. Doch dieses Recht endet, wo §130 StGB beginnt:

¹ <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-07/rassismus-hassreden-internet-europarat-bericht>

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

42 I. Strafgesetzbuch (StGB) § 130 Volksverhetzung

43 „(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

44

45 1. gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft
46 bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen
47 wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem
48 Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnah-
49 men auffordert

50

51 oder

52

53 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete
54 Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörig-
55 keit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung be-
56 schimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

57

58 wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

59

60 Auch wenn bei der Reform des Volksverhetzungsparagraphen 1960 an Plattformen und
61 Verbreitungswege wie Twitter, Facebook & Co. nicht zu denken war: Das Internet ist we-
62 der ein rechtsfreier noch ein straffreier Raum! Im juristischen Sinne gelten sämtliche
63 Kommentare in sozialen Netzwerken, die auch in Deutschland frei zugänglich sind, als öf-
64 fentlich geäußert.

65

66 Das Problem in Sachsen ist jedoch, dass die Sächsische Polizei es nicht es für nicht not-
67 wendig erachtet, einschlägige Seiten und Facebook-Gruppen wie „Nein zum Heim!“ oder
68 „Bürgerwehr FTL/360“, die offensichtlich eine Abwehrhaltung gegen das Asylrecht erken-
69 nen lassen, unter Beobachtung zu haben.²

70

71 Statt der Sächsischen Polizei übernehmen diese Aufgabe sogenannte „Watchblogs“, also
72 kommentierte Beobachterseiten im Internet, hier beispielsweise zu nennen „Perlen aus
73 Freital- Besorgte Bürger zeigen sich von ihrer allerbesten Seite“, „Wir sind viele“, „Freital
74 Nazifrei“ oder „PEGIDA#watch“. Sie sammeln und archivieren die rassistischen und ge-
75 waltverherrlichenden Kommentare.

76

77 Dabei wären die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben, da die Seiten öffentlich zu-
78 gänglich sind. Somit wären weder eine Gesetzesänderung noch eine richterliche Geneh-
79 migung von Nöten, um mit Polizeicomputern auf sie zuzugreifen und nach eventuellen
80 Gesetzesverstößen zu suchen. In anderen Bundesländern ist dies seit Jahren gang und
81 gebe: Beispielsweise geht das LKA Bayern seit 1998 auf „virtuelle Streifenfahrt“ und auch
82 in Baden- Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern ist
83 diese sogenannte „Anlassunabhängige Recherche“ eine gängige Praxis.

² Siehe MDR-Recherche: <http://www.mdr.de/sachsen/volksverhetzung-internet100.html>

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

- 84 Es ist mehr als fragwürdig, warum also ausgerechnet in Sachsen, der Wiege PEGIDAs
85 und dem Bundesland, in dem seit Monaten in gesamt Deutschland die meisten Anschläge
86 und Übergriffe auf Heime für Geflüchtete zu verzeichnen sind, der Netzgemeinde und den
87 zahlreichen Watchblogs das Auffinden und Melden von rassistischen und volksverhetzen-
88 den Kommentaren überlassen bleibt.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS06

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: „Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!“

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Wir setzen uns für die Legalisierung des Konsums sowie des Besitzes und privaten Anbaus von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen ein. Darüber hinaus sollen der kommerzielle Anbau, Handel und die Verarbeitung von und mit Cannabis und Cannabisprodukten unter strenger staatlicher Kontrolle legalisiert werden.

Mit der Neuregelung beim Umgang mit Cannabis beenden wir die gescheiterte Verbotspolitik, entziehen dem Schwarzmarkt die Grundlage und entlasten Gerichte und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren. Wir setzen auf einen eigenverantwortlichen und bewussten Umgang mit Cannabisprodukten und werden durch entsprechende Begleitregelungen einen effektiven Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuereinnahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und Suchthilfe verwendet werden. Die medizinische Nutzung von Cannabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Patienten unter gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen.

Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte "Bremer Modell" betrachten wir als vorbildhaft und wollen es bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer ausdehnen.

Begründung:

Die Verbotspolitik ist gescheitert

Nach offiziellen Schätzungen haben mindestens 13 Millionen BundesbürgerInnen in ihrem Leben bereits Cannabis konsumiert, darunter 2,8 Millionen im vergangenen Jahr. Diese Zahlen zeigen, dass das Verbot von Cannabisprodukten nicht geeignet ist, den Konsum effektiv zu unterbinden. Deutlich wird darüber hinaus, dass das Cannabisverbot breite Bevölkerungsschichten kriminalisiert, ohne dass von den Betroffenen eine Schädigung oder Gefährdung Dritter ausgeht. Die bestehende Verbotspolitik muss deshalb nicht nur als gescheitert betrachtet werden, sie greift auch unverhältnismäßig in das Recht auf Selbstbestimmung erwachsener KonsumentInnen ein, die Cannabis in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewusst und verantwortungsvoll konsumieren. Die Erfahrungen mit der Legalisierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in einigen US-Bundesstaaten und den EU-

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

46 Ländern Tschechien und Portugal, belegen die positiven Potentiale und die Machbarkeit
47 eine verantwortungsbewussten Umsetzung.

48

49 *Schwarzmarkt die Grundlage entziehen*

50

51 Mit der Legalisierung wollen wir den Schwarzmarkt bekämpfen und der organisierten Kri-
52 minalität im Bereich des Cannabishandels die Grundlage entziehen. Polizei, Staatsanwalt-
53 schaften und Gerichte würden durch die wegfallende Strafverfolgung von KonsumentIn-
54 nenn wesentlich entlastet. So wurden seit 2001 jährlich mehr als 100.000 Cannabisdelikte
55 im konsumnahen Bereich registriert, allein im Jahr 2012 erfasste das Bundeskriminalamt
56 z.B. 134.739 Verfahren im Zusammenhang mit Anbau, Besitz und Handel von Cannabis
57 und Cannabisprodukten. Bereits heute werden 95% dieser Verfahren als Bagatelldelikte
58 eingestellt. Die dadurch gebundenen personellen und finanziellen Ressourcen sollten auf
59 wichtigere Ermittlungstätigkeiten konzentriert werden.

60

61 Cannabis ist keine Einstiegsdroge - sie wird durch die Prohibition dazu gemacht. Der un-
62 regulierte, illegale und dennoch weit verbreitete Handel mit Cannabisprodukten bringt
63 KonsumentInnen und DealerInnen in Kontakt und schafft damit erst den Zugang zu ande-
64 ren Drogen. Indem die aktuelle Rechtslage KonsumentInnen von Cannabisprodukten in
65 die Illegalität drängt, begünstigt sie zudem die Entstehung von Beschaffungskriminalität.
66 Diesen Zustand wollen wir im gesamtgesellschaftlichen Interesse und im Interesse der
67 KonsumentInnen beenden.

68

69 Statt weiter erhebliche staatliche Mittel in die ineffektive Aufrechterhaltung der Prohibition
70 zu investieren, sollen künftig durch die reguläre Besteuerung von Cannabisprodukten in
71 Verbindung mit einer Cannabissteuer staatliche Einnahmen generiert werden, die nach
72 seriöse Schätzungen in Deutschland zwischen 1 und 2 Mrd. Euro jährlich liegen könnten.
73 Diese sind vorrangig in die Drogenprävention und Suchtberatung sowie für gezielte Maß-
74 nahmen zur gesundheitlichen Aufklärung und zur Information über einen möglichst risiko-
75 armen Umgang mit Drogen aller Art und den damit verbundenen Gefahren zu investieren.

76

77 *KonsumentInnen schützen - Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz gewährleisten*

78

79 Mit unserer Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabis verfolgen wir das Ziel, einen
80 bewussteren und risikoärmeren Konsum zu ermöglichen. Durch die Illegalisierung von
81 Cannabis und seinen Produkten ist eine wirksame Kontrolle des Stoffes derzeit nicht mög-
82 lich. Insbesondere die Beimischung von Streckungsmitteln zur Profitsteigerung auf dem
83 Schwarzmarkt gefährdet Konsumierende in unverantwortlicher Weise. Oft werden z.B.
84 Haarspray oder Zucker verwendet, es sind in der Vergangenheit aber auch wiederholt
85 Fälle von Bleivergiftungen in Folge des Konsums verunreinigten Cannabis' aufgetreten.
86 Diesem unhaltbaren Zustand wollen wir mit einer staatlichen Kontrolle der Produktqualität
87 und der verpflichtenden Kennzeichnung der Inhaltsstoffe begegnen. Zur Sicherstellung ei-
88 nes effektiven Verbraucherschutzes plädieren wir deshalb für eine strenge staatliche Kon-
89 trolle der gesamten Anbau-, Produktions- und Handelskette.

90

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

91 Um einen angemessenen Jugendschutz zu gewährleisten, soll die Abgabe von Cannabis-
92 produkten nur in speziell lizenzierten Ausgabestellen mit entsprechender Beratung erfol-
93 gen dürfen, welche durch Ausweis- und Zutrittskontrollen die Abgabe an Minderjährige
94 auszuschließen haben und sich nicht im Umkreis von Schulen und Jugendeinrichtung be-
95 finden dürfen. Zudem sollen Cannabisprodukte mit einem Werbeverbot belegt werden.

96
97 Während die Prohibition einen problem- und lösungsorientierten Umgang mit Nebenwir-
98 kungen und Suchtpotentialen des Cannabiskonsums behindert, ermöglichen wir mit der
99 kontrollierte Ausgabe eine gezielte Aufklärung und damit ein größeres Bewusstsein für
100 mögliche Gefahren auf Seiten der KonsumentInnen. Die Entkriminalisierung erleichtert
101 eine glaubwürdige und objektive Beratung, welche Risiken ernst nimmt, ohne in Skandali-
102 sierung zu verfallen. In Verbindung mit dem durch zusätzliche Steuereinnahmen mögli-
103 chen Ausbau von Suchtberatungs- und Präventionsangeboten ließe sich die Bekämpfung
104 von durch Cannabiskonsum induzierten Problemen wesentlich verbessern.

105
106 *Medizinische Nutzung ermöglichen*

107
108 Die Legalisierung von Cannabis bietet auch aus medizinischer Sicht große Chancen. Es
109 ist wissenschaftlich erwiesen, dass THC, der Rauschstoff des Cannabis, einen großen
110 Nutzen in der Medizin haben kann. Es wirkt schmerz- und krampflindernd und wird heute
111 schon in der Krebstherapie, aber auch bei Parkinson oder Tourette verwendet. Durch das
112 Nutzen dieser Produkte kann oftmals auf chemische Produkte mit erheblichen Nebenwir-
113 kungen verzichtet werden. Durch die Legalisierung von Cannabis kann vielen Menschen
114 in Deutschland die medizinische Behandlung erleichtert werden.

115
116 Dabei soll garantiert werden, dass der Zugang allen PatientInnen ermöglicht wird, bei de-
117 nen medizinischer Cannabis nach ärztlichem Ermessen sinnvoll ist und dem PatientInnen-
118 wunsch entspricht. ÄrztInnen dürfen dabei aber nicht zu Ersatz-DealerInnen werden. Die
119 Ausgabe soll deshalb rechtssicher erfolgen können und gleichzeitig streng reglementiert
120 und kontrolliert werden.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS07

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dresden und Jusos Sachsen

Thema: Privatisierungsbremse für Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Folgende Regelung wird neu als Absatz 6a in § 39 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) aufgenommen:

„Eine Veräußerung von öffentlichen Unternehmen oder Einrichtungen der Gemeinden des Freistaat Sachsen, die dem Gemeinwohl dadurch dienen, dass sie

1. Verkehrsleistungen oder Leistungen der Gesundheits- und Pflegeversorgung oder der Abfall- oder Abwasserentsorgung oder der Energie- oder Wasserversorgung für die Allgemeinheit erbringen oder
2. Aufgaben im Bereich des Wohnungsmarktes übernehmen oder
3. andere wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen, verkehrlichen oder kulturellen Infrastruktur leisten.

setzt eine Zustimmung von zwei Dritteln des Gemeinderates voraus.

Dasselbe gilt für öffentliche Unternehmen nach Satz 1 bei der Veräußerung von Anteilen, auch verbundener Unternehmen, sofern diese mehr als unwesentlichen Einfluss auf die Erbringung der Leistung des Unternehmens ausüben können.“

Begründung:

Unternehmen mit öffentlichem Charakter zeichnet aus, dass sie dem Gemeinwohl der Stadt dienen und nicht privaten Gewinninteressen. Dazu gehört auch ganz wesentlich, dass ihre Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich sind. Für sozialrechtliche Leistungen werden der Zugang und die Trägerstruktur abschließend durch die Kodifikationen im Sozialgesetzbuch geregelt.

Anders stellt sich dieses bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der wirtschaftlichen, verkehrlichen und kulturellen Infrastruktur und bei der Versorgung mit Wohnraum dar. Der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu entsprechenden Leistungen hängt hier entscheidend vom Interesse der Eigentümerinnen und Eigentümer ab.

Öffentliche Unternehmen sind daher in einer modernen Demokratie ein wesentliches

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

- 44 Instrument zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens. Die Veräußerung von Anteilen
45 der öffentlichen Unternehmen ist daher ein sehr weitreichender und folgenschwerer Ein-
46 griff in die politischen Handlungsmöglichkeiten, dessen Auswirkungen weit über die Dauer
47 einer Legislaturperiode hinausreichen. Für solche wegweisenden Entscheidungen ist eine
48 höhere Hürde zur Beschlussfassung angemessen.

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

Antrag IRS08

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Wir fordern, dass der Paragraph 16a des Jugendgerichtsgesetzes „Jugendarrest neben Jugendstrafe“ abgeschafft wird.

Begründung:

Am 14. Juni 2012 führte der Deutsche Bundestag eine „Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten“ ein. Im neu eingeführten Paragraph 16a des JGG heißt es: „Wird die Verhängung oder die Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt, so kann abweichend von §13 Absatz 1 daneben Jugendarrest verhängt werden“.

Schon im Vorfeld der Bundestagsdebatte zu diesem Gesetzentwurf gingen zahlreiche angesehene PädagogInnen, WissenschaftlerInnen und JuristInnen auf die Barrikaden. Aus juristischer Sicht kam u.a. von Dr. Benjamin Krenberger starke Kritik vor allem im Hinblick auf eine äußerst vage Gesetzesbegründung und fragwürdige Zielvorgaben. Zur Begründung und zu den Zielen des Gesetzes heißt es im §16a: „1. dies unter Berücksichtigung der Belehrung über die Bedeutung der Aussetzung zur Bewährung und unter Berücksichtigung der Möglichkeit von Weisungen und Auflagen geboten ist, um dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen, 2. dies geboten ist, um den Jugendlichen zunächst für eine begrenzte Zeit aus einem Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen und durch die Behandlung im Vollzug des Jugendarrests auf die Bewährungszeit vorzubereiten, oder 3. dies geboten ist, um im Vollzug des Jugendarrests eine nachdrücklichere erzieherische Einwirkung auf den Jugendlichen zu erreichen oder um dadurch bessere Erfolgsaussichten für eine erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit zu schaffen.“

Es wird hieraus ebenfalls deutlich, dass Jugendarrest eine sogenannte „Kann-Vorschrift“ ist. Die Entscheidung wie lange der Jugendarrest dauert liegt in der Hand des zuständigen Richters. Jugendarrest kann neben einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe zwischen 1 und 4 Wochen dauern.

Auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Rückfallquote nach mehrwöchigem Jugendarrest beträgt laut Dr. Holger Nielhaus vom Landgericht Düsseldorf ca. 70%. Das bedeutet, dass Bund und Länder jährlich Millionen dafür ausgeben um Jugendliche

Anträge Inneres, Recht und Sicherheit

45 mittels des „Warnschussarrest“ einzusperrern, jedoch 7 von 10 Jugendlichen nach dem Ar-
46 rest wieder straffällig werden. Eine erfolgreiche Resozialisierung sieht wohl anders aus.
47 Es ist und bleibt aus unserer Sicht der falsche Weg, Jugendliche welche mit dem Gesetz
48 in Konflikt kommen einfach hinter Gitter zu setzen. Es gilt auch bei dieser Problematik,
49 wie bei vielen anderen, die Ursachen zu erkennen und bei ihnen anzusetzen.
50
51 Gewaltverbrechen, Drogendelikte und Diebstahl sind keine Taten aus purer Bosheit oder
52 Dummheit. Es sind die natürlichen Folgen aus Kinder- und Jugendarmut, Jugendarbeitslo-
53 sigkeit und in vielen Städten auch an fehlendem Verständnis und fehlenden Mitteln für er-
54 folgreiche Integration. Diese Probleme müssen behoben werden bevor über mehr Mög-
55 lichkeiten im Jugendstrafrecht nachgedacht werden kann. Die Mittel, welche die Länder
56 aktuell in JVA´s stecken, sind bei mehr Jugendsozialarbeit, Aufklärungsstellen und Street-
57 workern aus unserer Sicht deutlich besser angelegt.

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag UV01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Ortsverein Reichenbach und Umgebung

Thema: Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD setzt sich für ein Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen auf europäischer und bundesdeutscher Ebene ein.

Begründung:

Die handelsüblichen Thermodrucker werden im Einzelhandel, in Ticketautomaten und Parkscheinautomaten verwendet. Dabei wird spezielles Thermopapier verwendet welches Bisphenol A emittiert. Bisphenol A ist Gesundheitsschädlich und hat eine östrogenartige Wirkung im menschlichen Körper. Dies führt zu Fehlentwicklungen des Gehirns und der Sexualität. In anderen Bereichen wie der Produktion von Schnullern und Babyflaschen wurde die Verwendung von Bisphenol A bereits verboten. Bereits die Arbeit von zwei Stunden an einer Kasse führt zu einem Nachweis von Bisphenol A im Urin.

Darüber hinaus sind nur wenige Thermodrucker in der Lage archivfähige Druckprodukte zu erzeugen. Viele Kassenquittungen sind derzeit nicht die gesamte Garantiezeit lang zu erhalten, sodass durch weitere Kopien der Papierverbrauch erhöht wird.

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag UV02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Mehr Anreize – weniger Antibiotika in der Tiermast!

Antibiotische Chemotherapeutika, die zu den Substanzklassen der Reserveantibiotika gehören, sollen für die Veterinärmedizin im Rahmen der Verordnung für Tiere in Massentierhaltungen verboten werden. Hygienemaßnahmen sollen mit einer positiv-Liste für Landwirtinnen und Landwirte reizvoller werden.

Begründung:

Die Übertragung von Krankheitserregern von Tier auf Mensch und umgekehrt (Zoonose) ist ein bekannter Prozess. Der im Rahmen der intensivierten Tiermast erhöhte Verbrauch von Antibiotika aller Substanzklassen, der

- auf Grund der Tierhalteart notwendig wird
- auf berechtigten Indikationen beruht
- auf relativen Indikationen beruht

ist an und für sich schon diskutabel. Darüber hinaus werden viele Anzeichen für einen zu weiten Einsatz der Antibiotika zur Prävention und zur Wachstumsstimulation (hormoneller Effekt) in der Tiermast diskutiert.

Dies hat Resistenzsituationen zur Folge, die im Rahmen zoonotischer Infektionen eine beständige und wachsende Infektionsquelle für Menschen (aber auch Tiere) darstellt. Eine adäquate antibiotische Behandlung ist bei resistenten Bakterien dann nicht mehr möglich, fulminante, letale Verläufe bei immunsupprimierten Patienten (bspw. Alter +65, Diabetes mellitus, Nikotinabusus, Nephropathie, Krebsleiden, systemisch, autoimmune Erkrankungen, etc.) sind gehäuft die Folge. [1]

Ein Grund für diese Situation ist der Einsatz sog. Reserveantibiotika in der Veterinär- als auch in der Humanmedizin. Dadurch kommt es unweigerlich zu diesen gefährlichen Resistenzen. [1],[2]

Es ist sinnvoll die Substanzklassen der Reserveantibiotika (bspw. Teicoplanin, Linezolid, Vancomycin, Fluorchinolone, Cephalosporine 3. & 4.Generation) aus dem Einsatz für Tiermastanlagen herauszunehmen, um einen Faktor des Selektionsdruckes für diese meist fakultativ pathogenen Bakterien zu eliminieren.

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

- 45 Des Weiteren ist es richtig ein Anreizsystem zur natürlichen Reduktion der Morbidität von
46 Infektionen in der Tiermast, -aufzucht und -reproduktion einzuführen.
47 Besonders sind bspw. beständige Lieferketten, Hygienemaßnahmen, geschultes Personal
48 und größere Mastflächen zu fördern. Die bisherigen bürokratischen Maßnahmen (zusätz-
49 liche Dokumentationspflichten, leider nur der Menge, nicht der Dosen) haben zwar zu ei-
50 ner Mengenreduktion geführt, diese lassen aber keinen Rückschluss auf die Dosisreduk-
51 tion zu. Der Trend zur Singel-Shot-high-Dose kann so nicht abgebildet werden. [3]
52
- 53 Die Fachgesellschaften der Veterinärmedizin werden aufgefordert einen eindeutigen Indi-
54 kationenkatalog für Tiermastanlagen mit alternierenden Substanzklassen und Wall-Thera-
55 pieschemata zu entwickeln. [2]
56
- 57 Nicht leitliniengerechte Therapie sollte darüber hinaus grundsätzlich justiziabel werden,
58 sodass Tierärzte*Innen in Zukunft grundsätzlich dann ihre Therapieentscheidung begrün-
59 den müssen (Beweispflicht des Therapeuten statt Nachweispflicht des Klägers).
60
- 61 Siehe auch:
62 [1] http://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Antibiotikaresistenz/LA_MRSA_und_ESBL.html
63 #doc2774670bodyText1
64
- 65 [2] [http://www.bundestieraerztekammer.de/downloads/btk/leitlinien/Antibiotika-
66 Leitlinien_01-2015.pdf](http://www.bundestieraerztekammer.de/downloads/btk/leitlinien/Antibiotika-Leitlinien_01-2015.pdf)
67
- 68 [3] [http://www.bvl.bund.de/DE/08_PressInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_
69 Hintergrundinformationen/05_Tierarzneimittel/2014/2014_08_01_pi_Abgabemengen
70 _korrigiert_29_08_2014.htm](http://www.bvl.bund.de/DE/08_PressInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_Hintergrundinformationen/05_Tierarzneimittel/2014/2014_08_01_pi_Abgabemengen_korrigiert_29_08_2014.htm)

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag UV03

Votum der Antragskommission:

gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Wir fordern:

- ein langfristiges Verbot aller Pestizide, die schädlich für Bienen und andere Bestäuber sind. Dabei handelt es sich vor allem um Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin.
- die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern. Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen zu erhöhen.
- die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu einer ökologischeren, umweltschonenderen Alternative. Hierzu sollen vor allem auf EU-Ebene mithilfe einer stärkeren öffentlichen und privaten Finanzierung die Erforschung und Entwicklung ökologischer Anbaupraktiken gefördert werden.
- die Schaffung eines landwirtschaftlichen Beratungssystems, welches auf EU-Ebene über ökologische Schädlingsbekämpfung und Anbaumethoden informiert.
- die Ausweisung von Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen: Die Mitgliedsstaaten der EU sollen soweit wie möglich sicherstellen, dass durch die Ausweisung von Flächen als „im Umweltinteresse genutzt“ die Biodiversität sowie natürliche Funktionen von Agrarökosystemen wie Bestäubung und Kontrolle von Schädlingspopulationen geschützt und verbessert werden.

Begründung:

Die Imkerei ist eine Tradition zur Gewinnung von Naturprodukten, die seit Jahrhunderten in Europa Bestand hat. Seit Anfang der 2000er ist diese Tradition jedoch gefährdet: Imker*innen international beobachten das Sterben erwachsener Bienen im Bienenstock, während Jungtiere und Brut, Honig und bereits gesammelte Pollen noch vorhanden sind. Die Verbreitung des sogenannten Colony Collapse Disorder (CCD) nahm ihren Anfang in

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

46 Nordamerika und breitete sich schnell über weitere Kontinente aus. In Europa sind vor al-
47 lem Frankreich, Irland, Großbritannien, aber auch Deutschland, Spanien, Italien und viele
48 weitere Länder davon betroffen. Das Überleben des Winters ist dabei für die statistische
49 Erhebung entscheidend. In
50 Deutschland waren 2014 durchschnittlich 8-9% aller Bienenvölker vom CCD betroffen.
51 dieses Jahr waren es -mit regionalen Unterschieden- im Schnitt etwa 20%.

52
53 Trotz des technischen Fortschritts auch in der Landwirtschaft ist eine Bestäubung der
54 Pflanzen essentiell für eine ertragreiche Ernte. Ob Apfel oder Möhre, 71 von 100 Nutz-
55 pflanzen würden einen Ausfall der natürlichen Bestäubung durch fehlende Bienen, Hum-
56 meln oder andere Insekten nicht überleben und aussterben. Das sind 90% aller Nutzpflan-
57 zen weltweit. Neben Lebensmitteln wäre auch das Futter für Tiere betroffen, aber auch
58 Wachs für die Industrie und im Alltag, Propolis¹ für medizinische Anwendungen, Gelée
59 Royale² zur Aufzucht weiterer Bienen. Der ungewöhnliche Rückgang der Bienenvölker hat
60 also nicht nur Auswirkungen auf Umwelt oder Natur, sondern auch weltweit auf Fragen
61 der Ernährung und weiterer Anwendungsfelder.

62
63 Die Ursachen für das CCD sind vielfältig und auch oftmals voneinander abhängig. Der
64 Mensch ist dabei ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Die intensive Landwirtschaft und
65 der Einsatz von Pesti- oder Herbiziden tun ihr Übriges für eine Unter- und Fehlernährung
66 der Bienen und anderer Bestäuber. Aber auch pathogene³ und invasive Tierarten, wie
67 z.B. die Varroamilbe (*Varroa destructor*), die asiatische Hornisse (*Vespa velutina*), den
68 kleinen Beutekäfer (*Aethina tumida*) und die Milben der Gattung *Tropilaelaps* befallen Bie-
69 nen, deren Jungtiere und ihre Lebensräume. Genetisch veränderte Pflanzen und Umwelt-
70 veränderungen, die zu einer Fragmentierung und damit zum Verlust natürlicher Lebens-
71 räume führt, gehen jedoch vom Menschen aus und könnten durch ein Umdenken in land-
72 wirtschaftlichen Fragen zumindest eingedämmt werden. Umweltveränderungen sind dabei
73 zum Beispiel die Vermeidung von Grünstreifen zwischen Feldern oder in Obstplantagen.

74
75 Daher sind Lösungen gefordert, an denen sich der Mensch beteiligen kann. Das wäre
76 zum Beispiel eine verstärkte Konzentration auf die ökologische Landwirtschaft. Dabei
77 könnte die Ernährung der kleinen, arbeitsamen Tiere beeinflusst werden durch Streublü-
78 menfelder an Feldrändern, durch das Hegen verschiedener Blühstreifen am Ackerrand
79 bzw. zwischen Obstplantagen. Bei letzterem wäre der Verzicht auf (genveränderte) Mono-
80 kulturen evtl. schon völlig ausreichend, bzw. auch eine Wiederherstellung artenreicher
81 Grünland- und Heuflächen. Der Anbau von Deckpflanzen, wie Kohl könnte für Abwechslung
82 im Speiseplan sorgen. Der Erhalt von Waldflächen und die Förderung der Bereitstel-
83 lung von Nist- und Brutplätzen könnten Anreize setzen, um sich für die Artenvielfalt der
84 Bienen einzusetzen.

¹ Eine von Bienen hergestellte Masse mit antibiotischer, antiviraler, antimykotischer (d.h.: verhindert Pilzinfektionen) Wirkung, Verwendung im naturmedizinischen Bereich, aber auch Nahrungsergänzungsmittel und Naturkosmetik

² Futtersaft, gebildet aus Saft zweier Drüsen der Arbeiterinnen zur Aufzucht der Bienenlarven

³ Potenziell tödlich

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

85 Schädlingbekämpfungsmittel, die zur Gruppe der Neonicotinoide zählen, wie zum Bei-
86 spiel Thiamethoxam, sind, nach ersten Studien zufolge, verantwortlich für einen Orientie-
87 rungsverlust der Honigbiene und in den üblich eingesetzten Dosen auf jeden Fall ein
88 Grund für das Auftreten des CCD. Ein anderes Mittel, Imidachlopid, ist nachweislich für
89 die Unfruchtbarkeit von Hummeln verantwortlich. Beide Schädlingbekämpfungsmittel
90 sind seit 2013 in der EU nur in bestimmten Zeiträumen, z.B. nach der Blüte erlaubt. Die
91 einzige Pflanze, die damit behandelt werden kann, ist die Zuckerrübe, da die Ernte vor der
92 Blüte erfolgt.

93 Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sind Neonicotinoide aber zur Schädlingbekämpfung
94 im Gartenbereich noch erlaubt, genauso wie zur Parasitenbekämpfung bei Haustieren.
95 Die Dosen sind hierbei natürlich sehr viel geringer.

96

97 Nicht zuletzt: das Umdenken hin zu einer ökologischen Schädlingbekämpfung -zumin-
98 dest in der Landwirtschaft- wäre hier am zukunftsfähigsten. Dabei wird von Expert*innen
99 folgendes vorgeschlagen: einerseits eine vorbeugende und indirekte Bekämpfung durch
100 Erhöhung der Artenvielfalt und Erhöhung der natürlichen Feinde von Schädlingen und an-
101 dererseits auch die direkten Maßnahmen, wie bspw. Biopestizide (Pheromone), Lock-
102 stofffallen und physikalische Maßnahmen, wie bspw. Käferwälle in der Mitte von Feldern
103 gegen Blattläuse. Letztere Schritte werden nur eingesetzt, wenn sie mitten im Jahresab-
104 lauf notwendig sind. Wer jetzt mit Ernteverlusten argumentiert, der irrt: diese konnten in
105 der Praxis durch den verringerten Bedarf an Pestiziden ausgeglichen werden. Zwei wei-
106 tere Methoden moderner ökologischer Landwirtschaft sind die funktionelle Agrobiodiversi-
107 tät (kurz: FAB), dabei wird auf die Erforschung neuer maßgeschneiderter Samenmischun-
108 gen für Bienen und Schädlingfressfeinde gesetzt; und den integrierten Pflanzenschutz
109 (IPM), die die*den Anwenderin*Anwender dazu bringen soll, das Schädlingbekämp-
110 fungsverfahren zu wählen, welches die geringsten Auswirkungen für Mensch und Tier
111 hat⁴.

112

113 Literatur: Plan Bee – Leben ohne Pestizide/ Auf dem Weg in Richtung ökologische Land-
114 wirtschaft, Studie von Greenpeace 2014

⁴ IPM wurde von Fachleuten in der EU entwickelt, verwendet jedoch trotzdem Chemikalien, die für anfällige Organismen schädlich sein können.

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag UV04

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Glyphosat aus dem Verkehr ziehen

Das als Herbizid deklarierte Glyphosat soll so bald als möglich in Sachsen nicht weiter im Handel sein und auch nicht auf jedweder Fläche in Sachsen ausgebracht werden.

Begründung:

Seit 1974 ist der Wirkstoff Glyphosat als Unkrautvernichter zugelassen. Eine besondere Bedeutung erlangt es seit 2004. Seit dieser Zeit kann gentechnisch verändertes Saatgut mit Resistenz (Fa. Monsanto) gegen selbiges im Ackerbau verwendet werden (nicht EU). In der Folge ergaben sich hohe Ernten durch entsprechendes Unterdrücken von Unkräutern mit weiterem massivem Einsatz dieser Kombination in weiten Teilen der Landwirtschaft v.a. Südamerikas.

Resistenzen sorgen für Probleme

Durch das Aufkommen von Resistenzen bei Unkräutern – und somit sinkenden Ernten, zum Teil unter dem Niveau vor Glyphosat - gegen Glyphosat sind zusätzlich immer größere Mengen aufwändiger (Flugzeuge) auf Agrarflächen auszubringen.

Das hat einen höheren Anteil von Glyphosat in der Umwelt zur Folge. Die beobachteten Auswirkungen des Unkrautvernichters „Round Up“ (Fa. Monsanto) sind bei Eu- und Prokaryonten, Tieren, Pflanzen, Pilzen und Menschen beobachtet worden. So finden sich in ausgesetzten Individuen Gedeihstörungen, Embryopathien, Aborte, Hepato-, Reno-, Pulmo-, und Cardiotoxizität.

Erhöhte Belastungen in Futtermitteln sind seit 2012 auffällig geworden durch Leistungsabfall, unstillbare Wunden, Kraftlosigkeit und Apathie zum Teil mit konsekutiver Letalität bspw. bei Milchkühen.

„Hysterie“ beherrscht die Debatte

Betrachtet man das Thema länger, so ist die schier überschaubare Literatur, die unerschöpfliche Zahl an Quellen, Stellungnahmen und Bewertungen Ausdruck von Unsicherheit, Strukturlosigkeit und Verwirrung. [1],[2],[6], [7]

Bspw. leitet das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) eine Erklärung von ihrer Bewertung der Unbedenklichkeit so ein:

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

46 „Wie wirkt Glyphosat in Pflanzen?

47 Glyphosat hemmt das Enzym 5-Enolpyruvylshikimat-3-phosphat (EPSP)-Synthetase, das
48 in Pflanzen für die Biosynthese der Aminosäuren Phenylalanin, Tyrosin und Tryptophan
49 essenziell ist. Dieses Enzym kommt bei Tieren und beim Menschen nicht vor.“ (kursiv =
50 von uns bearbeitet) [4]

51

52 Schon allein dieser Satz hinterlässt beim Leser viele Interpretationsspielräume – es bleibt
53 offen, warum darauf nicht weiter eingegangen wird.

54

55 Nur weil ein Enzym beim Menschen nicht existiert (der interessanterweise keine Pflanze
56 ist), ist der Schluss auf die Unwirksamkeit beim Menschen nicht gerechtfertigt. Selbstver-
57 ständlich wird das nicht behauptet, aber auch nicht ausgeschlossen – da es schlicht nicht
58 möglich ist.

59 Generell liest sich diese Bewertung alles andere als neutral. So wird vielen Labors die
60 „Gute Laborpraxis“ abgesprochen, Toxizität auf Embryonen wird bei Einzeldosen getestet
61 und der Vergleich mit dem vollen Pflanzenschutzmittel selbst nicht durchgeführt. Der Res-
62 pekt vor Studien auch in anerkannten Journalen scheint hier zu fehlen. [5]

63

64 *Eine bekannte Studie* [3]

65

66 der Veterinärmedizin des Uniklinikums Leipzig beinhaltet so auch Hinweise auf:

67

- 68 • Förderung auch wie humanpathogener Bakterien (Cl.perf., Cl.tet., Cl.bot.,
69 Sal.spp.)
- 70 • Hemmung salutogenetischer Bakterien (Entcc.spp., Lact.spp.)
- 71 • Embryotoxizität
- 72 • Nephro- und Hepatotoxizität
- 73 • Systematisch in der Futterkette
- 74 • Herabsetzung von Wundheilung und Infektabwehr (generalisiertes Herabsetzen
75 des zellulären Turn-Overs Wirkung von klassischen Chemotherapeutika)

76

77 Die Ursache ist hier in der Tatsache der Chelatbildnereigenschaften (Bildung fester,
78 schwer löslicher Verbindungen mit Metallen, häufig Spurenelemente) zu suchen. Aus die-
79 sem Grund kann dieses „Herbizid“ nicht selektiv wirken.

80

81 Auch hierzu gibt es eine *Gegendarstellung des BfR*:

82

- 83 • Messmethoden zum Teil ungenügend, Referenzwerte werden nicht angegeben
- 84 • Ergebnisse fragwürdig, da Futterstoffe nicht eindeutig vorgemessen und klassifi-
85 ziert
- 86 • Keine Kausalitäten nachweisbar [4]

87

88 Man kann jedoch entgegenhalten:

- 89 • Ökologische Studie – natürlich keine Kausalitäten nachweisbar!

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

- 90
- Messmethoden sind klassische Methoden in der Medizin, natürlich nicht in der analytischen Chemie
 - Die generelle Anfälligkeit dieser Studie ist klar, sie ist auch kein Beweis, sondern ein Hypothesengenerator Korrelationen!
 - Die Studie untersucht nicht die Wirkung eines Einzelstoffes, sondern die Gesamtheit des Umweltgiftes (Glyphosat vs. Round Up) und seine potentiellen Auswirkungen

97

98 Die Kritik des BfR ist damit zwar grundsätzlich berechtigt, aber dem Studientyp (ökologische Studie, Beobachtungsstudie) geschuldet. Dieser muss jedoch bei epidemiologischen und klinischen Studien gewählt werden.

101 Eine Kausalität, die der Vorgehensweise bei der Zulassung von Höchstwerten bei potentiellen Umweltgiften angewandt wird, kann gar nicht erzeugt werden.

103 Es ist davon auszugehen, dass die Wissenschaftler des BfR das wissen. Die Frage dieser unnötigen Kritik stellt sich.

105

106 Es lässt sich als generelles Problem festhalten:

107 viele Studiendesigns, viele Mess-Methoden, viele Cut-Offs, viele Ein-und Ausschlussfaktoren, viele unbeachtete Variablen

109 → keine Einheitlichkeit

110 → keine Kausalitäten möglich, nur Korrelationen

111

112 **Man muss in der Debatte jedoch differenzieren**

113

114 1. Glyphosat als Chelatbildner

115 → Dosis-Wirkungs-Beziehungen (welche Dosis, einzeln oder kumulativ, Zeiträume, Zusätze, Verabreichung, welcher Organismus, welche Messmethode)

117

118 2. eindeutige Futtermittelabhängigkeit der Befunde?

119 Seit 1974 zugelassen warum erst jetzt diese Verwerfungen?

120 → massiver Einsatz seit Gentechnik!

121 → nicht nur beim Tier, sondern auch Wirkung beim Menschen (Epidemiologie!)

122

123 3. Herbizidbeimischungen müssen beachtet werden

124 → dienen der besseren Wirkung

125 → In welchen Ländern

126 → Welche Mengen

127 → Welche Stoffe

128 → superadditive Effekte dieser mit Glyphosat auf die Targets

129

130 4. Nebeneffekte der Monokultur der Landwirtschaft

131 → Andere Herbizide, höhere Dosen

132 → Resistenzen von „Unkräutern“ (Unkraut?)

133

134

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

135 *Die Basis der Forderung ist das Vorsorgeprinzip*

136

137 „Die Anwendung des Vorsorgeprinzips gehört [...] zum Risikomanagement, erfolgt also
138 dann, wenn wegen der wissenschaftlichen Unsicherheit keine umfassende Risikobewer-
139 tung möglich ist, die Entscheidungsträger aber der Meinung sind, dass das festgelegte
140 Schutzniveau für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen be-
141 droht sein könnte.“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2.2.2000) [8]

142 Dies trifft auf die Diskussion um Glyphosat und Round Up eindeutig zu. Auf diesem Hin-
143 tergrund bauend, bewerten wir folgende Forderungen als sinnvolle:

144

145 Solange die Ungefährlichkeit auf Mensch, Tier, Bakterien und Pilze nicht eindeutig geklärt
146 ist, ist ein weiteres Zuführen von Glyphosat zu unterbinden. Die Richtwerte von Glyphosat
147 im Futtermittel sollten zum Schutz der Tiere und des Menschen im zweistelligen ng/kg-Ber-
148 eich in ausgeschiedenen Flüssigkeiten liegen.

149

150 Besondere Stufenuntersuchungen (kumulative Dosis und Einzeldosen) bei humanen Zell-
151 kulturen zum eindeutigen Ausschluss der Pathogenität für den Menschen sind notwendig.
152 Wichtige zu untersuchende Aspekte, die reproduziert werden müssen, sollen sein

- 153 • Embryonale Auswirkungen (bspw. Homöobox-Gene und downstream Regulator-
154 proteine, Transkriptionsinduktionen)
- 155 • Hormonell (Wirkung auch auf Rezeptoren)
- 156 • Cell cycle check points
- 157 • Immunmodulation
- 158 • Auswirkungen der Chelatwirkung auf die Homöostase der Zelle
- 159
- 160 • Bereits stattgehabte Untersuchungen können einbezogen werden. Systemische
161 Auswirkungen müssen untersucht werden für Glyphosat und für das gesamte Mit-
162 tel Round Up (ggf. superadditive Effekte)
- 163 • Absorption
- 164 • Reaktion/Interaktion
- 165 • Elimination
- 166 • Verteilungsvolumina (Extra/Intrazellulär, Halbwertszeiten, etc.)
- 167 • Exekretion (Überprüfung von Restbeständen ökolog. Kreislauf!
- 168 • Systemische Wirkungen wie auf Regelkreisläufe (v.a. Wirkung als Hormon und/o-
169 der Cytokin)

170

171

172 Quellen:

173

174 [1] <http://www.glyphosat.de/startseite>

175

176 [2] <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/roundup-und-gentechnik-pflanzen.html>

177

178 [3] <http://www.zivilcourage.ro/pdf/Risiko-Glyphosat.pdf>

179

Anträge Umwelt und Verbraucherschutz

- 180 [4] http://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zur_gesundheitlichen_bewertung_von_glyp_hosat-127823.html
- 181
- 182
- 183 [5] <http://www.thelancet.com/journals/lanonc/article/PIIS1470-2045%2815%2970134-8/fulltext>
- 184
- 185 [6] <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-135322521.html>
- 186
- 187 [7] <http://www.faz.net/aktuell/wissen/natur/glyphosat-macht-der-unkrautvernichter-krebs-13685121-p4.html>
- 188
- 189
- 190 [8] <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2000:0001:FIN>

Anträge Parteileben

Antrag PL01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema:

Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid

Die SPD Sachsen möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD wird aufgefordert, den § 14 „Verfahren des Mitgliederentscheids“ des Organisationsstatuts der SPD durch folgenden Absatz zu ergänzen:

„Die Vorbereitung und Durchführung des Mitgliederentscheids muss demokratischen Grundsätzen entsprechend durchgeführt werden. Die einseitige Förderung einer zur Entscheidung stehenden Position durch Parteigelder und -strukturen ist unzulässig. Die Kosten für die jeweiligen Werbekampagnen werden transparent offengelegt.“

Begründung:

Wir wollen eine SPD, deren Basismitglieder sich aktiv in die innerverbandliche Meinungsbildung einmischen und auf den verschiedenen Entscheidungsebenen eine echte Mitsprachemöglichkeit haben. Das Instrument des Mitgliederentscheids ist dafür gut geeignet. Hier können wir direkten und damit klar erkennbaren Einfluss auf grundlegende Richtungsentscheidungen unserer Partei nehmen. Die Diskussionen im Vorfeld des Entscheids genießen eine überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit seitens der Mitglieder und der Öffentlichkeit. Viele bisher inaktive Mitglieder bringen sich wieder in die Debatten ein. Interessierte Menschen erhalten einen zusätzlichen Anreiz, sich in der Sozialdemokratie zu engagieren.

Der jüngste Beweis für die grundsätzlich positive Wirkung eines Mitgliederentscheides war die Abstimmung zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD im Jahr 2013. Der zur Entscheidung stehende Vertrag wurde intensiv und unter großer Beteiligung in der gesamten Partei diskutiert.

Gleichwohl herrschte vor dem Mitgliederentschied ein bedenkliches Ungleichgewicht. So laut und deutlich die Argumente für den Koalitionsvertrag seitens der Parteispitze kommuniziert wurden, so leise und kurz kamen die kritischeren Stimmen zu Wort. Sei es über die zahlreichen Mitgliedermails oder die Statements des Parteivorstands in der Medienberichterstattung - eine ausgeglichene und faire Wiedergabe der Pro- und Contra-Argumente war nicht zu erkennen.¹ Diese Tendenz gipfelte in einer ganzseitigen Annonce in

¹ <https://jw.is/spd-anzeige-bild-partiegelder-groko-mitglieder>

Anträge Parteileben

- 44 der BILD nur wenige Tage vor Ende des Votums (Zitat: "DESHALB SAGEN WIR JA"
45 [Großbuchstaben im Original]).² Selbst den Wahlunterlagen waren noch, für eine Position
46 einseitig werbende Unterlagen beigelegt.
47
48 Mit der angestrebten Ergänzung des Organisationsstatutes der SPD wollen wir dafür sor-
49 gen, dass zukünftige Mitgliederentscheide auch das bekommen, was sie verdienen: eine
50 fairen und ausgeglichenen Wahlkampf.

² Nach damaligem Listenpreis 445.170,00 € heute 479.000,00 nach http://www.axelspringer-mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html

Anträge Parteileben

Antrag PL02

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: AG Selbst Aktiv Sachsen

Thema:

Information zur Inanspruchnahme des „Fonds für behinderungsbedingten Mehraufwand“ in Einladungen der SPD Sachsen und ihrer Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Landesparteivorstand und die Vorstände der Untergliederungen sowie der Arbeitsgemeinschaften bei allen Einladungen zu Veranstaltungen ausdrücklich auf den „Fond für behinderungsbedingten Mehraufwand“ hinzuweisen hat, damit Menschen mit Beeinträchtigungen zur Teilnahme an den Veranstaltungen ermutigt werden.

Begründung

Mit dem Budget für behinderungsbedingten Mehraufwand leistet die SPD einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen innerhalb der SPD Sachsen und ihren Untergliederungen sowie den Arbeitsgemeinschaften. Damit in Zukunft noch mehr Menschen mit Beeinträchtigungen dazu ermutigt werden, an Veranstaltungen teilzunehmen, ist es erforderlich, auf den „Fond für behinderungsbedingten Mehraufwand“ bereits in den Einladungen hinzuweisen.

Viele Menschen mit Beeinträchtigungen verfügen nicht über die finanziellen Mittel, die auf Grund ihrer Beeinträchtigungen erhöhten Kosten für die Teilnahme an politischen Veranstaltungen selbst zu tragen. Mit dem Hinweis, dass sie für diese Kosten auf Antrag eine Kostenerstattung erhalten, erreichen wir, dass dieser Personenkreis sich eher in der Lage sieht, an Veranstaltungen teilnehmen zu können. Mit der Nutzung dieses Budgets gehen wir einen richtigen und wichtigen Schritt zur Schaffung einer inklusiven SPD in Sachsen.

Anträge Parteileben

Antrag PL03

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Meißen

Thema:

Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen

Die SPD Sachsen will, dass mehr Menschen sich an unserer Politik beteiligen, in das politische Ehren- oder Hauptamt einsteigen und aktiv bleiben, gerade wenn sie in familiärer Verantwortung für Kinder oder auch zu pflegende Angehörige stehen. Um eine Kultur und Praxis der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt zu befördern, beschließen wir die folgende Selbstverpflichtung:

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung derjenigen, die sich in Lebensphasen befinden, in denen Kinder oder die Pflege älterer Menschen mit beruflichen Herausforderungen zusammentreffen, ist erklärtes politisches Ziel der SPD. Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für dieses Ziel ein.

Begleitet werden muss die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber nicht nur durch gesetzliche Regelungen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und finanzielle Erleichterungen, sondern auch von einer Kultur der Akzeptanz des Privaten; des Rechts darauf, Zeit zu haben.

Dies gilt auch und besonders dort, wo Menschen haupt- oder ehrenamtlich Politik machen. Die SPD Sachsen steht für eine Kultur, die verschiedene Lebenslagen berücksichtigt und in der mit der Zeit ihrer Mitglieder und Aktiven sorgfältig umgegangen wird. Die SPD Sachsen geht als gutes Beispiel voran, indem sie Mitarbeit erleichtert und zur Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einlädt.

Menschen in Lebensphasen mit vielfältigen Herausforderungen haben auch Vielfältiges in die Parteiarbeit einzubringen. Eltern wissen wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Berufstätige kennen die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt, ist Expertin oder Experte in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

Gerade für Menschen in diesen Lebensphasen ist es besonders schwierig, die Zeit dafür zu finden, diese Erfahrungen und dieses Wissen einzubringen. Ihnen werden Möglichkeiten geboten, sich auch projekthaft, kurzfristig oder auch anwesenheitsunabhängig in die Parteiarbeit einzubringen. Wir wollen verbindliche wie auch flexible Strukturen für die politische Arbeit schaffen, die auf diese Anforderungen Rücksicht nehmen.

Anträge Parteileben

46 **Rahmenbedingungen**

47

- 48 • Freie Sonntage: begründen sollte der-/diejenige, der/die sonntags zu Veranstaltungen einlädt und nicht der-/diejenige, der/die diesen einen Tag mit ihrer/seiner Familie verbringen will
- 49
- 50
- 51 • Langfristige und verlässliche Terminplanung, mit festen Endzeiten: Eine Betreuung von Kindern oder eine Ersatzpflegeperson muss für die Familien planbar sein
- 52
- 53 • Verbindlichkeit, Ergebnisse und Transparenz in Gremien: Politik findet in den Gremien statt und nicht beim Bier danach
- 54
- 55 • Kinderbetreuung auf Parteitag und Klausuren
- 56 • Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen zur partiellen Loslösung der Meinungsbildung von Ort und Zeitpunkt: Telefon-, Skype- oder Videokonferenzen
- 57
- 58
- 59

60 **Modernisierung und Ergänzung der demokratischen und Organisationsstruktur der SPD – Änderung Parteiengesetz**

61

- 62
- 63 • Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Parteistruktur vom Örtlichkeitsprinzip losgelöst werden kann, Erweiterung der Ortsvereine als unterste Organisationsebene um
- 64
 - 65 ○ Betriebsgruppen (Synergie- und Effizienzgewinne durch Sitzungen in der
 - 66 Frühstücks- oder Mittagspause) und
 - 67
 - 68 ○ Überwiegend netzbasierte, regional abgegrenzte Vereinsstrukturen
 - 69

70 **Engagement in Parlamenten – Änderung Wahlgesetz**

71

72 Wir setzen uns dafür ein, dass

73

- 74 • Mutterschutz und Elternzeit in Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaparlament möglich ist ohne Nachteile für die betreffenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Zeitlich begrenztes Nachrücken wird als eine Option geprüft.
- 75
- 76 • Wir sind bereit zu Pairing im Parlament und unterstützen diese Form des Stimmenaushleichs, um Eltern nicht dazu zu bringen, zugunsten der Mehrheitsverhältnisse auf ihr Mandat oder auf ihre Familie verzichten zu müssen.
- 77
- 78
- 79 • Vertretungsregelungen innerhalb der Fraktionen ermöglichen wir. Gegebenenfalls
- 80 ändern wir hierzu die Geschäftsordnungen ab.
- 81
- 82

83 **Hauptamtliche und Mitarbeiter_innen in der SPD Sachsen**

84

85 Die SPD steht auch als Arbeitgeberin in der Verantwortung, für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Vereinbarkeit von Beruf, (oftmals zusätzlichem Ehrenamt) und Familie zu ermöglichen.

86

87

Anträge Parteileben

- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- Von den gesetzlichen Regelungen, wie etwa Eltern- oder auch Pflegezeit, die in Verantwortung von SPD-Regierungen eingeführt bzw. ausgebaut wurden, profitieren auch unsere Mitarbeiter_innen. Nutzen unsere Mitarbeiter_innen diese Instrumente, erfahren sie unsere Unterstützung.
 - Teilzeitmodelle können auf Wunsch vereinbart werden.

93

94 Möglichkeiten der Telearbeit und Homeofficevarianten werden geprüft.

95

96 **www.eltern-in-der-politik.de**

97

98 Die SPD Sachsen dokumentiert öffentlich ihr Bekenntnis für eine bessere Vereinbarkeit
99 von Familie und Politik. Dafür schließen wir uns der bundesweiten und parteiübergreifen-
100 den Selbstverpflichtung „Eltern in der Politik“ an.

101 Wir verpflichten uns, achtsam mit den familiären Belangen der Menschen, die sich poli-
102 tisch engagieren oder die im politischen Bereich arbeiten, umzugehen. Wir kennzeichnen
103 unsere Unterstützung durch den Button auf unseren Websites. Wir laden die Unterbe-
104 zirke, Ortsvereine und Fraktionen der SPD in Sachsen ein, die Initiative ebenfalls zu un-
105 terstützen.

106 Die Initiative „Eltern in der Politik“ beinhaltet folgende Punkte:

107

- 108
- Der Sonntag sollte politikfrei sein. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.
 - Wir laden nur zu solchen Veranstaltungen am Wochenende ein, bei denen die ganze Familie willkommen ist. Wir freuen uns, wenn andere Veranstaltungen familienfreundlich gestaltet werden und besuchen solche Veranstaltungen besonders gerne.
 - Als Vorsitzender oder Vorsitzende von Gremien des Parlaments oder der Partei achten wir auf eine effiziente Sitzungsleitung. Wir laden grundsätzlich unter Angabe eines Endzeitpunktes ein. Bei Terminierungen nehmen wir auf Belange von Kolleginnen und Kollegen mit Kindern besondere Rücksicht.
 - Als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin setzen wir auf Effizienz statt auf Präsenz. Wir ermöglichen flexible Arbeitszeiten und Teilzeit auch in Führungspositionen. Wir wollen die Arbeitszeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und am Wochenende so weit wie möglich reduzieren.
 - Als politische Wettbewerber oder Wettbewerberinnen nehmen wir besondere Rücksicht auf politische Konkurrenten, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Wir kommentieren es grundsätzlich nicht negativ, wenn aus familiären Gründen Termine nicht wahrgenommen werden.

126

127 **Begründung:**

128 erfolgt mündlich

Anträge Parteileben

Antrag PL04

Votum der Antragskommission:

gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: Jusos Sachsen

Thema: Lebendige Partei – gerade in Regierungszeiten

Die SPD-Mitglieder haben mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU gestimmt. Damit ist die Aufgabe für unsere SPD-Fraktion und SPD-Minister*innen im Sächsischen Landtag klar. Sie müssen die Vereinbarungen, Prüfaufträge und Gesetzesvorhaben mit Leben füllen. Schließlich wollen wir zeigen, dass eine Regierung unter SPD-Beteiligung in jedem Fall besser ist, als eine SPD in der Opposition. Viele Pflöcke konnten so schon eingeschlagen werden. Der neue Doppelhaushalt stärkt die Themen und Projekte, die den sächsischen Sozialdemokrat*innen wichtig sind.

Neben der Freude über die Erfolge gilt es aber auch weiterhin zu betonen, in welchen Bereichen SPD und CDU Grundlegendes trennt. Zu nennen sind hier in erster Linie die Themenbereiche Asyl & Willkommenskultur sowie Familien- und Frauenpolitik, aber auch der große Komplex der demokratischen Kultur oder das Verständnis von Bildung. Ein grundlegender Politikwechsel ist in Sachsen nur möglich, wenn wir noch mehr sozialdemokratische Ideen platzieren und umsetzen können. Wir sind überzeugt: Die SPD kann weit mehr als die Juniorpartnerin sein. Wir haben Gestaltungsideen und -kraft. Unser Sachsen für morgen ist noch lange nicht erreicht.

Wir sind überzeugt, dass die SPD Sachsen gerade in Zeiten der Regierungsbeteiligung eine aktive Basis und einen lebendigen Diskurs über gesellschaftspolitische Grundfragen braucht. Welche neuen Themen und Herausforderungen liegen vor uns? Wo können wir zufrieden sein und wo müssen wir weiter kämpfen? Welche Positionen müssen wir überdenken und welche verstärkt in die Öffentlichkeit tragen? Wie gewinnen wir an Struktur? Welche Wege gibt es in der sächsischen Fläche? All das sind Fragen, die ein aktiver Landesverband diskutieren kann und sollte.

Besonders die geringe Mitgliederbasis unseres Landesverbands ist ein Problem. Kein anderer SPD-Landesverband hat bezogen auf die Bevölkerung einen so geringen Organisationsgrad. Dies spüren wir an vielen Stellen: In zahlreichen sächsischen Gemeinden treten wir bei Kommunalwahlen überhaupt nicht an, in vielen anderen nur mit recht übersichtlichen Listen. Ortsvereine umfassen teilweise riesige Flächen, wobei dem zugleich oftmals nur sehr bescheidene Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gegenüberstehen. Einzelne Parteimitglieder sind mit einer Vielzahl an parallel ausgeführten Funktionen und Mandaten zeitlich extrem beansprucht. Daher muss die

Anträge Parteileben

45 Gewinnung von Neumitgliedern für unseren Landesverband oberste Priorität haben, um
46 unsere Partei auch wirklich nachhaltig spürbar zu stärken.

47

48 Gerade die Einbindung vieler engagierter Menschen auf allen Ebenen ist Grundstock für
49 zukünftige Erfolge. Überzeugte Sozialdemokrat*innen können unsere Ideen und Erfolge
50 weiter tragen und helfen Neues zu entwickeln.

51

52 Daher fordern wir:

53

54 - Als geeignetes Mittel, um an prominenter Stelle bundespolitische Themen zu bearbeiten,
55 fordern wir die Einrichtung eines Arbeitskreises Bundespolitik. In diesem sollen
56 interessierte Mitglieder insbesondere mit unseren Bundestagsabgeordneten
57 zusammenkommen. Das bringt mehrere Vorteile: Es wird eine breitere Beteiligung der
58 Partei an bundespolitischen Themen sowie ein Wissenstransfer ermöglicht. Dies würde
59 das informierte Wirken in politischen Debatten, die in den allermeisten Fällen
60 bundespolitischer Natur sind, erheblich unterstützen, aber auch Neumitgliedern eine
61 schnelle und unkomplizierte Anlaufstelle geben.

62

63 - Eine **Neumitgliederkampagne** für das Jahr 2016, um noch mehr aktive Menschen für
64 die Parteiarbeit zu begeistern. Dabei ist es uns wichtig, konkrete Ziele zu vereinbaren und
65 vorab zu definieren, wie die gewonnenen Neumitglieder eingebunden werden können.
66 Der Fokus sollte zudem auf der Gewinnung (junger) Frauen liegen. Bei der Entwicklung
67 der Kampagnen sollten die Arbeitsgemeinschaften eingebunden werden.

68

69 - Eine Diskussion mit anschließender Konzepterarbeitung zu den **Strukturen in der**
70 **Fläche**. Hierbei ist es uns wichtig, jenseits von Wahlkämpfen zu überlegen, wie man in
71 den Regionen idealerweise präsent sein sollte. Dabei geht es uns nicht nur um Büros,
72 sondern auch um Vernetzung und potenzielle Kandidat*innen. Für uns ist klar: Wir
73 müssen kommunal Fuß fassen, um langfristig Wahlen zu gewinnen.

74

75 - Die Einrichtung einer **Grundwertekommission** oder -arbeitsgruppe der SPD Sachsen,
76 um den parteiinternen Kompass zu stärken. Gerade in schnelllebigen Zeiten wird es
77 immer notwendiger, den sozialdemokratischen Kern zu diskutieren. Was bedeuten unsere
78 Grundwerte für uns und unsere Beschlusslagen im 21. Jahrhundert?

79

80 - Die **Vereinbarung klarerer Zuständigkeiten im Landesvorstand der SPD Sachsen**,
81 um die Ansprechbarkeit transparenter zu gestalten. Uns sind klare Ansprechpartner*innen
82 wichtig, da sie die Kommunikation und Zusammenarbeit erleichtern. Hier kann das
83 Gleichstellungsteam des Landesvorstandes als gutes Beispiel dienen.

84

85 - **Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften** sind der Quell inhaltlicher Arbeit. Wir
86 begrüßen Arbeitskreise wie den AK Energie. Deshalb würden wir uns wünschen, dass in
87 Zukunft verstärkt inhaltliche Themen in Arbeitsgruppen von Partei oder Landtagsfraktion
88 diskutiert werden. Dabei ist es wichtig, dass alle Mitglieder Zugang zu den schon
89 bestehenden Gruppen haben.

Anträge Parteileben

90 - **Mitgliedschaft in der Partei** sollte für die Mitglieder einen Wert haben und ihre Stim-
91 men sollten gehört werden. Deswegen begrüßen wir es, dass die SPD Sachsen verstärkt
92 ihre Mitglieder zu grundlegenden Entscheidungen wie der Schuldenbremse oder dem Ko-
93 alitionsvertrag befragt. Vollversammlungen in Sachen Kandidat*innenkür gehören für uns
94 genauso zur innerparteilichen Demokratie wie transparente Strukturen bei Arbeitskreisen.

95
96 **Begründung:**
97 erfolgt mündlich

Anträge Parteileben

Antrag PL05

Votum der Antragskommission:

Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Stadtverband Leipzig

Thema: Landeslisten mit echtem Reißverschluss auf allen Ebenen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Landesvorstand wird aufgefordert, bei der Aufstellung der Landeslisten bei zukünftigen Landtags- und Bundestagswahlen über die SPD-Statuten hinausgehend einen echten Reißverschluss zwischen Männern und Frauen herzustellen. Das heißt, die Kandidaten und Kandidatinnen werden alterierend aufgestellt, bis es entweder keine Kandidatinnen oder keine Kandidaten mehr gibt. Dann erst können zwei aufeinanderfolgende Plätze mit Personen des gleichen Geschlechtes besetzt werden.
2. Bei der Aufstellung der Landeslisten werden die Kandidaten und Kandidatinnen aus einem Kreis- oder Stadtverband im Reißverschlussverfahren in die Liste eingefügt.

Begründung:

zu 1.

Nach § 11, Absatz 3 des Statuts der sächsischen SPD müssen die Listenplätze ab Platz 4 nicht mehr im Reißverschlussverfahren besetzt werden, sofern bei jeder potentiellen Fraktion eine Geschlechterquote von 40 Prozent erreicht wird. Dadurch kommen – wie auch auf der aktuellen Landesliste – in der Regel die Kandidatinnen ins Hintertreffen. Wir wollen aber, dass mehr Frauen Verantwortung in der Parteiarbeit übernehmen können.

Die SPD fordert daher über das Statut hinausgehend ein Bekenntnis zu absoluter Parität zwischen Männern und Frauen und eine geschlechtergerechte Listenaufstellung. Es ist an der Zeit, eine wirkliche Gleichstellung auch formal zu erreichen.

zu 2.

Die SPD hat sich auf die Fahnen geschrieben, Frauen zu mehr politischem Engagement und Verantwortungsübernahme zu motivieren. Wenn in einem Stadt- oder Kreisverband bei einer Landtagswahl dann doch wieder nur Männer Mandate erhalten und keine Frau – so geschehen in Leipzig 2014 – fällt es schwer, von einer Chancengerechtigkeit zu sprechen. Daher muss innerhalb eines konsequenten Reißverschlussverfahrens auch die jeweiligen Angehörigen eines Stadt- oder Kreisverband alterierend in die Liste eingefügt werden.

Anträge Parteileben

1 **Antrag PL06**

2 **Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Leipzig-Mitte

7
8 **Thema: Tag der Sozialdemokratie in Leipzig**

9
10 Ab 2016 wird der Landesverband der SPD jährlich am 23. Mai einen „Tag der Sozialdemo-
11 kratie“ in Leipzig durchführen.

12
13 **Begründung:**

14 An diesem Tag, der als Gründungstag der SPD gilt, wurde 1863 der ADAV in Leipzig ge-
15 gründet und an diesem Tag wurde 1949 das Grundgesetz, der Verfassung des vereinten
16 Deutschlands, verabschiedet. Daran waren Sozialdemokraten wesentlich beteiligt. Beide
17 Ereignisse sollten jedes Jahr durch den „Tag der Sozialdemokratie“ gewürdigt werden.

18 Der Landesvorstand wird beauftragt, für die Gestaltung dieses Tages einen Vorberei-
19 tungsausschuss einzuberufen.

Anträge Parteileben

Antrag PL07

Votum der Antragskommission:
erledigt durch Beschlusslage von 2013
Votum des Parteitags:

Antragsteller: SPD-Stadtverband Leipzig

Thema:

Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich intensiv und nachdrücklich für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Politik und politischen Veranstaltungen ein. Dazu wird ein Treffen zwischen Behindertenverbänden und den jeweiligen Vorständen der Organisationseinheit (UB, OV) organisiert. Dies dient dazu, größere und Großveranstaltungen so zu konzipieren, dass politische Teilhabe für Jede/n möglich ist. Gleichzeitig werden Veranstaltungen der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften finanziell unterstützt, um Barrierefreiheit nach Möglichkeit und Bedarf zu gewährleisten (z. B. Finanzierung von Dolmetschern).

Begründung:

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung auch am politischen Leben und politischen Meinungsaustausch sowie Meinungsbildungsprozess gehört zweifelsfrei zur uneingeschränkten Gleichstellung und Selbstbestimmung. Diese Einbeziehung sollte auch bei größeren und Großveranstaltungen unserer Partei aktiv gelebt werden

Die SPD achtet bei der Planung und Durchführung von politischen Veranstaltungen unter anderem darauf, dass

- vorab mit den Behindertenverbänden die Art und der Bedarf von Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen an der Politik abgestimmt wird und gezielt diese eingeladen werden (ggf. via E-Mail-Verteiler)
- die Veranstaltungsorte barrierefrei zugänglich sind
- Gebärdensprachdolmetscher anwesend bzw. Induktionsanlagen vorhanden sind
- ggf. Videoübertragungen Untertitelt werden
- bei Zweckmäßigkeit Materialien in „einfacher Sprache“ erstellt werden
- Materialien in Brailleschrift zur Verfügung stehen

Anträge Parteileben

- 44 Die SPD erstellt eine Handreichung für alle Gliederungen der Partei, um Veranstaltungen
45 barrierefrei(er) zu gestalten und unterstützt diese bei der Umsetzung.
46 Gleichzeitig sollten die Behindertenverbände über die künftig barrierefreien Veranstaltun-
47 gen jeweils zeitnah durch die jeweiligen Vorstände der Organisationseinheiten informiert
48 und die spezifische Barrierefreiheit beworben werden.
49 Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können sich nur so deutlich und ehrlich
50 für die inklusive Gesellschaft einsetzen, wenn sie selbst diese Teilhabe aktiv beachten
51 und leben.